

## Editorial

---

Unser April-Heft beschäftigt sich in seinem Hauptteil mit dem Themenkreis Ethik, Recht und Politik. Das geschieht im Vorgriff auf den rechtspolitischen Kongress der FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG Ende dieses Monats in Karlsruhe vornehmlich aus prinzipieller Sicht, also in dem Bestreben, Grundstrukturen herauszuarbeiten. Wir sprechen mit der Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin über globale Werte und globales Recht und drucken konzeptionelle Texte zur Biopolitik und Bioethik (Margot von Renesse) sowie zur Medienpolitik in der digitalen Ökonomie (Bernd Holznagel). Außerdem publizieren wir exklusiv den viel diskutierten Vortrag der amerikanischen Sozialphilosophin Martha C. Nussbaum über die »aristotelische Sozialdemokratie«, gehalten auf einer Ethik-Tagung des KULTURFORUMS.

---

Die Vergewisserung über Prinzipien ist unverzichtbar – und gehört zu den zentralen Aufgaben einer »Theoriezeitschrift« (in diesem Fall: der sozialen Demokratie, der europäischen Linken). Die Prinzipien müssen aber immer wieder auf ihre Realitätstüchtigkeit, ihre Bewährung im alltäglichen Leben, im Konflikt zwischen Individuen und gesellschaftlichen Verknotungen geprüft werden. Beispiel Medienpolitik: Wenn Bernd Holznagel das »regulative Ziel« expliziert, »sicherzustellen, dass alle existierenden und geplanten Programme und Dienste auf allen im Markt befindlichen Set-Top-Boxen empfangen werden können«, bleibt immer noch zu fragen, was diese ohne Zweifel gerechte Regulation für Wachstum, Beschäftigung und publizistischen Wettbewerb bedeutet. Ethik, Recht und Politik: Zuerst nötigt die europäische Wettbewerbsbehörde die Deutsche TELEKOM, ihr Kabelnetz zu verkaufen, dann findet die Firma mühsam einen (amerikanischen) Kunden. Schließlich verbietet die deutsche Wettbewerbsbehörde diesen Verkauf, weil sie vom Käufer Investitionen

verlangt, die sich offenbar nicht rechnen. So bleibt das »regulative Ziel« gewahrt, aber das Kabelsystem verrottet. Wollen wir uns das leisten?

---

Beispiel Parteienfinanzierung: Offenbar haben Kölner Sozialdemokraten das Parteiengesetz missachtet, Spenden gestückelt und falsche Spendenquittungen verteilt. Im Zusammenhang mit dem Bau einer Müllverbrennungsanlage wird auch Korruption vermutet. Diese Vorwürfe müssen schnellstens aufgeklärt und die Verantwortlichen rasch zur Rechenschaft gezogen werden. Dass manche SPD-Politiker nun ihren selbstgerechten Moralismus gegenüber Helmut Kohl und der CDU zurückgezahlt bekommen, ist der Lauf der Welt. Aber ist es unter dem Eindruck dieser Affäre sinnvoll – und realistisch – Industriespenden überhaupt zu verbieten oder auf unerhebliche Beträge zu reduzieren? Will man stattdessen die staatliche Parteienfinanzierung erhöhen? Oder will man in einer medialisierten Gesellschaft, in der politische Kommunikation teure Medien braucht, die politischen Parteien weiter schwächen? Dann soll man sich aber bitte nicht mit kommunitaristischen Untertönen darüber beschweren, dass die Individualisierung, die Segmentierung und die Entpolitisierung im digitalen Kapitalismus zunehmen. Unsere Leser bitten wir, die erörterten Prinzipien in vielen Gedankenspielen mit der unwürdigen Realität zu konfrontieren, in der sie sich (schließlich) täglich behaupten müssen.

---

Unser Mitherausgeber und Kolumnist Klaus Harpprecht wird in diesen Tagen 75. Das hindert ihn nicht, auf allen (seriösen) Kanälen seinen Kampf gegen engstirnige Verstocktheit, neuen Nationalismus und anti-europäische Ressentiments fortzusetzen. Wir gratulieren.

PETER GLOTZ

## Editorial

## Aktuelles

- 196 ALBRECHT VON LUCKE  
**Schröders blaue Mitte**
- 199 JOCHEN THIES  
**Eingeschränkte Solidarität**
- 202 GÜNTER FRANZEN  
**Kollektive Unschuldsvermutung**

## Nahost kontrovers

- 205 KLAUS FABER  
**Die Dämonisierung Scharons  
durch die Macht der Bilder**
- 208 LUDWIG WATZAL  
**Für eine europäische  
Friedensinitiative**

## Das Thema: Ethik, Recht und Politik

### *a. Ethische Fragen*

- 210 MARTHA C. NUSSBAUM  
**Die Verteidigung universaler Werte  
in einer pluralistischen Welt**
- 215 WOLFGANG THIERSE  
**Zivilgesellschaft und  
öffentliche Güter**
- 219 GLOTZ – METZ – SIEP  
**Diskurs über die Menschenwürde**
- ### *b. Gemeinsame Werte – globales Recht*
- 222 GESPRÄCH MIT HERTA DÄUBLER-GMELIN  
**Vor dem Karlsruher Kongress  
»Recht schafft Zukunft«**



Foto: Stephan Falk

Im Gespräch mit Bundes-  
justizministerin Herta  
Däubler-Gmelin.

- 228 MARGOT VON RENESSE  
**Zum Kompromiss in  
der Stammzellendiskussion**

- 232 BERND HOLZNAGEL  
**Medienmacht und digitales Fernsehen**

## Kultur

- 236 ULRICH BARON  
**Abgegras(s)te Geschichte**

### Berliner Facetten

#### Rot-Rot

- 239 WINFRIED HAMANN  
**Die Stunde der Strukturreform**

#### Lokalitäten

- 240 CLAUDIA ALDENHOVEN/  
 FRANZISKA WODARZ  
**Im »Zentrum für Weltraumforschung«**

#### Berliner Bezirke

- 243 DOROTHEE KNAB  
**Das Rathaus in  
 Charlottenburg-Wilmersdorf**

### Kritik

- 247 NORBERT SEITZ  
**Gunter Hofmanns  
 unvollendetes Projekt**

- 250 TANJA BUSSE  
**Franz Walter erzählt die  
 Geschichte der SPD**

- 252 ALEXANDRA PRZYREMBEL  
**Der neue Essayband  
 von Esther Dischereit**

- 253 KLAUS HARPPRECHT  
**Die Kriegsbriefe  
 Heinrich Bölls**

- 255 ZU DEN AUTORINNEN UND AUTOREN

- 256 IMPRESSUM

Titelfoto: Amtsgericht Berlin-Tiergarten,  
 Stephan Falk

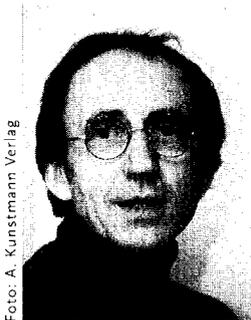


Foto: A. Kunstmann Verlag

Wo steht die Linke?  
 Wir rezensieren  
 Gunter Hofmanns  
 »Abschiede, Anfänge«.

### ALBRECHT VON LUCKE Schröders blaue Mitte

»Die Mitte ist doch blau, Franz.« Kein Satz des SPD-Wahlkampfauftakts wurde häufiger kolportiert als jener erste, mit dem der Kanzler handstreichartig den groß angelegten Werbefeldzug seines Generals – »In Deutschland ist die Mitte rot« – konterkarierte. Bloßes Missgeschick? Sollte der Kanzler wirklich in einem Augenblick der Unachtsamkeit und ohne jede Intention die Luft aus der aufgepumpten *Kampa*-Kampagne gelassen haben? Nichts als schlichter Rückfall in die Zeiten des Spaßkanzlerturns? Wohl kaum. Ironie ist stets eine Form der Distanzierung. Keiner weiß das besser als der Medienprofi Schröder. Sein »Gag« war zielsicher platziert, in vollem Bewusstsein der absoluten Medienaufmerksamkeit, als wolle der Ernstkanzler gar nicht erst den Verdacht aufkommen lassen, hinter dem *Kampa*-Slogan könne sich mehr verbergen als das Spiel mit dem Mittelstreifen in der Deutschlandfahne – und der ist nun einmal zufällig rot. Denn anders als seine Werbeprofis verfügt der Instinktpolitiker Schröder über jenes untrügliche Gespür für die Befindlichkeit der Mehrheitsmeinung. Und dieses sagt ihm: Die Mitte in der Bundesrepublik Deutschland war nie rot – und wird es so bald wohl auch nicht sein.

#### Ob gelb, ob grün – nie rot allein

Begreift man Mitte zunächst schlicht als Mehrheit, stellte Rot nie die Mitte. Rot allein benötigte stets – anders als Schwarz – auf der Bundesebene des farblichen Korrektivs, von '69 bis '82 des gelben, seit '98 des grünen. Als soziale Kategorie wiederum liegt die Mitte zwischen oben und unten. Rot hingegen ist die Farbe der unteren »zehn Millionen«, der *underdogs* und ihrer gerechten Wut. Historisch und im Bewusstsein der Bürger ist rot

somit die Farbe der Linken, aber gerade nicht die der Mitte. Die Mitte dagegen ist kein Begriff der politischen Farbenlehre. Die Mitte als soziale und historische Kategorie changiert und entzieht sich somit farblicher Bestimmung. Mitte und rot – das sind, jedes für sich genommen, zwei hochgradig aufgeladene Symbole, die sich nicht zum Zwecke der Werbung beliebig kombinieren oder gar gleichsetzen lassen. Was aber trieb die Köpfe in der *Kampa*, dies doch zu tun? Die Antwort ist einfach: Das Dilemma, in dem sich die SPD seit Godesberg befindet, in besonderer Weise aber seit '99.

#### Das Dilemma der SPD

Mit dem Entschluss zur Volkspartei 1959 ging bekanntlich der Verzicht einher, originäre Linkspartei zu sein. Godesberg markierte den Abschied der SPD vom Proletariat. Seither bestand das Problem der Sozialdemokratie darin, zumindest zwei Strömungen integrieren zu müssen: einerseits die alte Linke, die industrielle Arbeiterschaft, und andererseits jene wachsende *Neue Mitte* in der nivellierenden Mittelstandsgesellschaft der alten Bundesrepublik. Die SPD wurde zur »lose gekoppelten Anarchie« (*Peter Lösche*). Neue Wählerschichten erschloss die Partei vor allem unter jenen Aufsteigern, die mit der Bildungsexpansion der 60er und 70er Jahre den Sprung in die Mitte geschafft hatten. Ihr prominentester Exponent: Gerhard Schröder. Später kam noch jene neue hochmobile Klientel des post-industriellen Dienstleistungssektors hinzu, die 1998 unter dem Label *Neue Mitte* firmierte. Der damalige Wahlkampfslogan schlug die Brücke zwischen den verschiedenen Milieus und bediente die Ansprüche sowohl der potentiellen Auf- als auch der Absteiger: »Innovation und Gerechtigkeit«. Der Wahlkampfesfolg basierte vor allem auf dieser Ausbalancierung.



Foto: dpa/Achim Scheidemann

Was heißt hier schon »die Mitte«? Schröder ist überall.

1998 gewann der Herausforderer Schröder gerade deshalb, weil er nicht als primär rot, sondern als Ergänzung und partielles Korrektiv des »roten Oskar« erschien. Gerhard Schröder war gewissermaßen der beste Kandidat, den die bürgerliche Mitte hatte. Seine Devise: Bloß nicht zu rot, selbst auf die Gefahr hin, als »Genosse der Bosse« zu erscheinen. Sein Credo damals: Es gibt keine linke oder rechte Wirtschaftspolitik, es gibt nur eine gute oder schlechte. Zur Freude der Wirtschaftsliberalen wandelte Gerhard Schröder als Manager der DEUTSCHLAND-AG auf den Spuren Helmut Schmidts. Und er konnte es sich leisten, da er immer in der Gewissheit operierte, dass Lieblingsenkel Lafontaine, vom Tabubrecher der 80er Jahre längst zum Gralshüter sozialdemokratischer Werte mu-

tiert, den Brandt'schen Part übernehmen und die Seele der Partei bedienen werde.

### Partei auf der Suche nach der eigenen Mitte

Vier Jahre später hat sich der Wind massiv gedreht. Die *Neue Mitte* hat längst ausgedient und kommt in den Kanzler-Reden nicht mehr vor. Aber schlimmer noch: Mit dem Rücktritt Oskar Lafontaines geriet die empfindliche innerparteiliche Tektonik vollkommen durcheinander. Seither sucht die SPD ihre eigene Mitte, hin und hergerissen zwischen Modernisierung und Bewahrung. Die Frage lautet, was kann im Wahlkampf 2002 diese Brücke zwischen Mitte und unten schlagen? Münteferings »In Deutschland ist die Mitte rot« will die Mitte kurzerhand rot anstreichen. Das ist

der gleichermaßen halsbrecherische wie hilflose Versuch, die Balance zwischen links und bürgerlich rhetorisch dadurch wiederherzustellen, dass man die Mitte und links kurzerhand in eins setzt, die Mitte gleichsam als links definiert und damit das eigene Lager zur Mitte erklärt. Das aber war als Strategie so durchschaubar, dass es scheitern musste. Zu sehr steht rot noch immer für links, gerade jetzt angesichts der umstrittenen rot-roten Koalition in Berlin. Die Proteste folgten auf den Fuß, von Merkel über Stoiber bis Westerwelle: »Die Mitte ist rot – vor Wut«.

### **Die Mitte ist, wo Gerhard Schröder ist**

Was aber bleibt der SPD in dieser fatalen Situation? Was könnte die Symbiose zwischen der Mitte, insbesondere jener nervösen Masse der Wechselwähler und dem angestammten, aber zunehmend in Auflösung befindlichen SPD-Milieu leisten? Gerhard Schröders Rede gibt eine andere Antwort: Was bleibt, ist Gerhard Schröder. Und der Versuch, seine Biografie als exemplarisch für die heutige Mitte auszudeuten. Der Kanzler verfällt damit auf seine stärkste Waffe: die eigene Vita. Wie sie ihm die Zustimmung in der SPD verschafft hat, so soll sie das auch bei der Bundeswahl leisten. Deshalb beansprucht Schröder die Mitte auch »ganz persönlich« für sich: Wo ich bin, da ist die Mitte, in politischer, sozialer und kultureller Hinsicht.

Und tatsächlich verkörpert Gerhard Schröder in seiner Person exemplarisch die Verbindung von unten und Mitte. Aus einfachen Verhältnissen kommend und »nicht in die Mitte hineingeboren« (Schröder), ist sein Leben geprägt von dem Betreiben, Mitte und mehr zu werden. Schröder weiß, warum er sein *Ich weiß, woher ich komme*, wie eine Monstranz vor sich her trägt. Schließlich ist es die Beglaubigung seiner sozialdemokratischen Integrität. Denn auf der andern Seite verkörpert Schröder wie kein anderer das: *Ich will da raus*. Mit seiner Vita überwindet Schröder somit die Kluft zwischen Unter-, Mittel- und Oberschicht. Deswegen klingt aus seinem Munde das Plädoyer

für die individuelle Leistung so glaubhaft. Nicht eine Partei, sondern die eine Persönlichkeit an der Spitze wird gewählt, so sein Credo. Wie schon in der Fischer-Debatte wird die Arbeit mit der eigenen Biografie zur stärksten Waffe der Symbolpolitik.

### **Wen vertritt die SPD?**

Aber auch die Biografie Schröders kann nicht darüber hinwegtäuschen: Die Interessen derer »in der Mitte« und derer »da unten« sind nicht deckungsgleich – und sie driften zunehmend auseinander. Gerade in Zeiten der Verunsicherung wird die Mitte geleitet von der Angst vor dem Absturz in die Schicht der Verlierer. Dem trägt auch der neue Wahlkampfeslogan der SPD Rechnung: *Sicherheit im Wandel*. Damit sind aber viel weniger jene gemeint, die nichts zu verlieren haben, um das sie fürchten müssen: Die Arbeitslosen und sozial Schwachen. Was ist mit denen, die zu einer Leistung für die Gesellschaft überhaupt nicht in der Lage sind? Bezeichnenderweise kommen die Arbeitslosen in Schröders Beschreibung der Mitte nicht vor. Hier erweist sich: Das Bild der Mitte exkludiert. 1969 wollte die SPD jene jungen hungrigen Arbeiterkinder wie Gerhard Schröder erst in die Mitte führen, sie an gesellschaftlichem Reichtum und politischer Einflussnahme partizipieren lassen. 2002 besteht die Gefahr, dass daraus ein defensiver Akt der Verteidigung der erworbenen Besitzstände wird, gerade gegen jene, die heute außen vor sind. Am liebsten wäre es deshalb der SPD, alles wäre Mitte und Schröder ihre Verkörperung. Wo aber Mitte alles bezeichnet, steht Mitte wiederum für nichts. Als *catch-all*-Begriff wäre der Begriff der Mitte tatsächlich völlig substanzlos geworden.

### **Die Mitte allein ist nicht gerecht**

Wenn also die SPD sich heute primär als »mittig« definiert, dann heißt das vor allem eins: Die SPD will nicht mehr links sein – jedenfalls rhetorisch. Damit aber gibt die Partei den Anspruch auf, gerade jene zu vertreten, die

noch nicht in der Mitte sind, jene, die an Arbeit und gesellschaftlichem Reichtum erst teilhaben wollen. Edmund Stoiber hat diese Chance sofort erkannt. Er deklariert sich als »mitfühlender Konservativer« und gibt den Part des sozialen Sachwalters der Schwachen. Tatsächlich hat spätestens die *Pisa-Studie* den Beweis erbracht, dass die soziale Schere in Deutschland wieder aufgeht. Die Gerechtigkeitsfrage ist in die Gesellschaft zurückgekehrt (*Thierse*). Wie in keinem anderen europäischen Land entscheidet die Herkunft in Deutschland über die zukünftigen Bildungschancen, hängen schulischer Erfolg und die Aneignung von Kompetenzen vom sozialen Status der Eltern ab.

Dabei hatte sich mit der Bildungsexpansion der sechziger Jahre die Erwartung verknüpft, sie würde zu mehr Chancengleichheit führen. Heute ist das Gegenteil der Fall. Es wiederholt sich die Bildungskatastrophe, die Georg Picht bereits 1964 diagnostizierte – und die den Ausbau des Bildungssektors unter der sozialliberalen Koalition zur Folge hatte. Wenn heute ein liberales Urgestein wie Ralf Dahrendorf vor der Entstehung neuer Unterklassen und der Spaltung der Gesellschaft warnt, dann ist zuerst die Sozialdemokratie gefragt. Gerhard Schröder hat recht: »Bildung ist die neue soziale Frage des 21. Jahrhunderts«. Die Schaffung von Bildungsgerechtigkeit ist eine originär sozialdemokratische Aufgabe. Ihr gerecht zu werden, reicht es jedoch nicht, eine Politik für die Mitte zu machen. Und erst recht reicht es nicht, die Mitte kurzerhand als rot zu definieren. Dafür gilt es, viel entschiedener die Interessen der sozial Schwachen zu organisieren, damit diese überhaupt erst Mitte werden können – notfalls auch gegen die Interessen der bestehenden Mitte. Wenn aber die SPD den Wert der Gerechtigkeit nicht konsequenter vertritt, werden ihn andere im Wahlkampf für sich reklamieren. Die PDS reibt sich bereits die Hände. Wie sagte Warnfried Dettling auf dem Kongress *Die Mitte in Deutschland*: Die SPD war eine linke Partei. Widersprochen wurde ihm nicht.

## JOCHEN THIES Eingeschränkte Solidarität Der europäisch-amerikanische Schulterschluss hielt nicht lange

Wer in diesen Wochen die USA bereist, sich nicht nur in den Zentren an der Ostküste aufhält, dem kann nicht entgehen, dass sich das Land in einem engem Schulterschluss mit seiner politischen Führung befindet. Der mit schwacher Legitimation und äußerst hölzernen gestartete George W. Bush muss wohl mittlerweile als authentischer Führer der amerikanischen Nation angesehen werden. Eine patriotische Grundwelle hat die USA erfasst. Amerikanische Fahnen und Fähnchen flattern an Autos, schmücken Restaurants wie Kirchen. Man hat den Eindruck, es mit einer Art von moderner nationaler Sammlungsbewegung zu tun zu haben, die in gewisser Weise an die patriotischen Massenbewegungen des deutschen Kaiserreiches von 1871 erinnert.

Dagegen war der Schulterschluss zwischen Amerika und Europa in der Folge des 11. September 2001 nicht von langer Dauer. Die Feststellung des Bündnisfalls für die NATO erwies sich als Knalleffekt, der ohne Wirkung verpuffte. Danach führte Amerika mit einigen hundert Elitesoldaten, massiv aus der Luft unterstützt und vorbereitet, in Afghanistan seinen Anti-Terrorkrieg, der kurzfristig erfolgreich war. Ob die Stabilisierung des gebirgigen Landes, weitgehend von Westeuropa getragen, am Ende gelingen wird, muss nach einer ersten optimistischen Einschätzung als offen bezeichnet werden.

Der militärische und zivile Einsatz der Europäer leidet an einer Überdehnung seiner Kräfte. Schon der Balkan band im Grunde genommen jenes Potenzial, das Westeuropa zur Krisenbewältigung gegenwärtig zur Verfügung stellen kann. Mehr als zehn Jahre nach Ende des Kalten Krieges und dem Golfkrieg ist die Fehlentwicklung der europäischen Sicherheitspolitik in Kabul und auf den Wegen dorthin zu besichtigen: Westeuropa

hat die Friedensdividende kassiert, seine Armeen reduziert und zu wenig für die Modernisierung und Vereinheitlichung seiner Streitkräfte getan. Das rächt sich nun bitter und trägt maßgeblich zu der sich anbahnenden Auseinandersetzung mit den Vereinigten Staaten von Amerika bei. Im Kern ist es das Ringen um eine neue Weltordnung, von der die Europäer zwölf Jahre nach der Vereinigung ihres Kontinents nichts wissen wollen.

Während sich die öffentliche Debatte in Deutschland und in Europa weiterhin auf Afghanistan konzentriert, wird übersehen, dass die Bush-Administration längst zu neuen Ufern aufgebrochen ist. Aller Wahrscheinlichkeit nach hat die amerikanische Führung zur Jahreswende den Rubikon in ihrer Haltung gegenüber dem Irak überschritten. Westeuropa muss sich darauf einstellen, dass die Supermacht noch im Verlaufe dieses Jahres den »Fehler« von Bush sen. aus dem Golfkrieg '91 korrigieren wird.

Die USA werden Bodentruppen in den Irak schicken, um Saddam Hussein zu beseitigen. Die beiden anderen Staaten, die Bush zur »Achse des Bösen« zählt – Iran und Nordkorea – sind auf der Skala der amerikanischen Prioritäten in Verbindung mit der Zerschlagung des *Al-Quaida*-Terrornetzes weit nach vorn gerückt. Washington plant offenkundig, den dortigen Regimes die Fähigkeit zu nehmen, Massenvernichtungswaffen herzustellen. Bush ist mit seinen Beratern zu der Überzeugung gekommen, dass die Zeit zum Handeln drängt, eine präemptive Politik angebracht sei, um eine Bedrohung der zivilisierten Welt zu vermeiden. Ihre Opfer sind die Vertreter einer Annäherungspolitik nach deutschem Vorbild in Südkorea, sowie die moderaten Kräfte in Teheran. Nicht ausgezahlt hat sich somit auch die iranische Anti-Taliban-Politik, ohne die der Norden von Afghanistan nicht zu halten gewesen wäre.

Amerikanisches und europäisches Denken stoßen nun zusammen. Und mit Recht können die Westeuropäer beklagen, dass ihr Solidaritätsbeitrag seit dem 11. September

2001 nicht honoriert worden sei. Vor allem die Bundesrepublik Deutschland ist außen- und sicherheitspolitisch in den letzten Monaten Wege gegangen, die noch kurz zuvor nicht für möglich gehalten worden wären. Ausgezahlt hat sich dies nicht. Die Supermacht hat ihre eigenen Vorstellungen vom weiteren Fortgang der Entwicklungen. Selbst die loyalen und kampferprobten Briten haben auf bittere Weise erfahren, dass sie für eine echte Koalitionskriegsführung wie am Golf nicht benötigt werden. Die USA sind in der Lage und willens, Kriege allein zu führen. Mit dem Rest der Welt verfahren sie nach dem Motto: Wer will, kann sich beteiligen. Nötig ist es jedoch nicht. Lediglich bei einer militärischen Auseinandersetzung mit dem Irak braucht man einige Partner: Großbritannien, Kuwait und die Türkei, deren strategische Bedeutung – mit vielerlei Rückwirkungen auf Westeuropa – durch die Doppelkrise im Mittleren und Nahen Osten fortlaufend zunimmt. Hinzu kommt mittelfristig der demografische Faktor: in 10 bis 12 Jahren wird die Türkei mehr Einwohner als die Bundesrepublik haben.

Die USA, schon heute mit einem schwindelerregend hohen Verteidigungshaushalt in der Größenordnung von € 350 Milliarden ausgestattet, der jetzt nochmals um knapp 50 Milliarden DOLLAR aufgestockt wird (der Etat der Bundeswehr hat € 24 Milliarden) bauen damit die Weltwirtschaft um. Der militärisch-industrielle Komplex Amerikas wird schon bald seine Sogwirkung auf den Rest der Welt entfalten. Im Bereich multilateraler Absprachen und finanzieller Verpflichtungen halten sich die USA dagegen zurück. Die Europäische Union leistet dreimal soviel Wirtschaftshilfe wie die Supermacht, die sich auf dem eigenen Doppelkontinent, Stichwort: Argentinien-Krise, bei weitem nicht so engagiert, wie es die Europäer tun würden. Gewiss ist der Vorwurf der Amerikaner berechtigt, dass die Europäer – gemessen am Bruttosozialprodukt – zu wenig für ihre Verteidigung ausgeben.

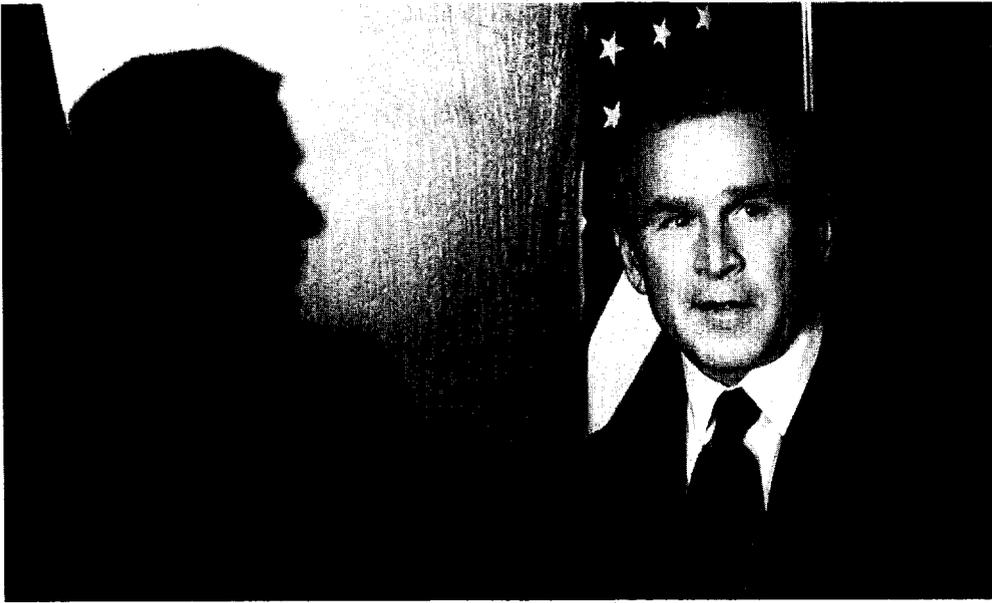


Foto: Reuters/Kevin Lamarque

**Schulterschluss wirft Schatten. Droht ein Konflikt zwischen den USA und Europa um eine mögliche militärische Intervention im Irak?**

Aber der Konflikt zwischen Amerika und Europa, der nun auszubrechen droht, geht in Wirklichkeit tiefer. Westeuropa mag militärisch schwach sein. Aber es handelt politisch mit einem historischen Bewusstsein, das Amerika nicht hat. Europa weiß – vielleicht wegen seiner geografischen Nähe zu den heutigen Krisengebieten, vielleicht wegen des geistigen und materiellen Austausches mit Nahem und Mittleren Osten über viele Jahrhunderte hinweg – dass es »saubere« Lösungen im Stile amerikanischer Anti-Terrorpolitik nicht geben kann. Zwei weitere, sehr wichtige Gesichtspunkte für die gegenwärtige Debatte kommen hinzu.

Wie in Zeiten der Völkerwanderung verändert sich Europa auf dramatische Art und Weise in seiner demografischen Zusammensetzung. Das Ende des Zeitalters des Kolonialismus hat Millionen von Menschen aus der Dritten Welt nach Europa gebracht. Unter ihnen befinden sich nicht weniger als 15 Millionen Muslime. Und noch etwas macht die politischen Führungen in Europa in diesen Wochen skeptisch angesichts der Töne aus Washington. Den Kampf gegen den Terror-

rismus hat Westeuropa schon hinter sich. Er wurde in den 70er und 80er Jahren mit großer Brutalität ausgefochten. Aber nirgendwo kam es in Westeuropa – weder in Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Spanien oder in Italien – zu einer ernsthaften Radikalisierung des Systems. Die Gesellschaften hielten den Konflikt aus. Wahrscheinlich trug die moderate Antwort der Nationen mit dazu bei, dass die Terroristen der RAF und ihre Gesinnungsgenossen anderswo ihr jeweiliges Umfeld verloren. Bis zum heutigen Tage sind Briten und Spanier der Terrorismus-Problematik im übrigen in besonderer Weise ausgesetzt.

Vor allem die Reaktion der vergleichsweise jungen spanischen Demokratie auf den brutalen Terror der baskischen Extremisten verdient größten Respekt. Wer kann den Europäern verdenken, dass sie die *Auge-um-Auge*-Politik der Regierung Scharon in Israel unter solchen Umständen als Weg in die Sackgasse betrachten? Gleiches gilt vermutlich auch für die Bewertung einer amerikanischen Politik, die vorhat, den Terrorismus zwischen Kabul, Bagdad und Mogadischu mit

Stumpf und Stil auszurotten. Zeigt nicht die palästinensische Reaktion auf das israelische Vorgehen, dass die Durchhalte- und Leidenfähigkeit von religiös erregten Menschen durch keine Macht auf dieser Welt gestoppt werden kann? Hat Israel nicht auf umgekehrte Weise diese Fähigkeit unter Beweis gestellt, als es 1948 bei seiner Staatsgründung – hoffnungslos unterlegen und von allen Seiten umzingelt – überlebte?

Es kann am Ende durchaus sein, dass die Auseinandersetzung zwischen Europa und Amerika um die richtige Politik gegenüber einem Teil der Welt, der sich in einem außerordentlichen Erregungszustand befindet, schließlich einmünden wird in eine Debatte über die Zukunft unserer Gesellschaften. Die Globalisierung hat binnen weniger Jahre eine Art von Raubtier-Kapitalismus geschaffen, der in schwindelerregendem Tempo unser Arbeitsleben erfasst hat. Während die Löhne und Gehälter der Arbeitnehmer bestenfalls stagnieren, verschaffen sich die Top-Manager in Europa amerikanische Bezüge. Die europäische Arbeits- und Gesellschaftskultur ist in Gefahr. Auch darüber muss mit Amerika gesprochen werden, wenn es gelingen soll, den gewaltigen Graben zuzuschütten, der sich aufgetan hat – verschärft durch den katalytischen Effekt des 11. September.

Wenn Amerika an seinem sicherheitspolitischen Kurs festhalten sollte, ist schließlich auch der europäische Einigungsprozess in Gefahr. Die NATO hat binnen weniger Wochen dramatisch an Einfluss verloren. Eine Zukunft mit Bündnissen auf Zeit zwischen der Supermacht und einzelnen Staaten zeichnet sich ab. Um den großen Konflikt mit den USA zu vermeiden und den eigenen Zusammenhalt zu fördern, wird Westeuropa nichts anderes übrig bleiben, als für einige Jahre sehr viel mehr als bisher geplant für die Verteidigung auszugeben. Dabei muss gleichzeitig durch eine Vereinheitlichung der Waffensysteme Geld gespart werden, daher ist der AIRBUS sehr wichtig. Nur dann wird es möglich sein, den Ameri-

kanern das abzufordern, was nicht nur im Sinne der Europäer ist: eine multilaterale Vorgehensweise, der Einsatz diplomatischer, nicht-militärischer Mittel, die Vergabe von Wirtschaftshilfe. Dazu gehört aus europäischer Sicht auch ein engerer Kontakt mit den großen Staaten Asiens und mit Russland. Ihre Stimme darf bei der Diskussion um das Für und Wider einer neuen Weltordnung nicht überhört werden. Nur wenn Europa stark ist, wird es in den USA gehört, hat es Einfluss auf eine amerikanische Gesellschaft, deren Sozialisation durch Europa und das Zeitalter der Weltkriege nachlässt, während sich die Prägung durch Lateinamerika und durch die Zuwanderung aus Asien auf dem Vormarsch befindet.

---

GÜNTER FRANZEN

### **Kollektive Unschuldvermutung Die Deutschen und der Krieg**

Am 19. September 1943 landen deutsche Fallschirmjäger auf dem in den Abruzzen gelegenen Gran Sasso, befreien Benito Mussolini aus der Hand der zu den Amerikanern übergelaufenen Carabinieri und liefern den bereits recht zerzaust wirkenden Duce zwei Tage später vor dem Bunker der Berliner Reichskanzlei ab. An dem Kommandounternehmen »Eiche«, das für den Kriegsausgang unerheblich war und den sinkenden Stern des Diktatorenspanns nicht aufzuhalten vermochte, ist aus heutiger Sicht zweierlei bemerkenswert: es war ebenso sinnlos wie erfolgreich. Wenn man einen Moment lang darauf verzichtet, an dem Propagandagefecht dieser im Orkus der Geschichte versunkenen »Achse des Bösen« einmal mehr den durch und durch verwerflichen Charakter des Gesamtunternehmens durchzubuchstabieren, wird man nicht umhin können, die Ausweichmanöver der demokratisch legitimierten Bundeswehr nach Eintreten des Bündnisfalls am 11. September im Lichte die-

ses selbstredend denkmalunwürdigen Husarenstreichs zu betrachten: Pleiten, Pech und Peinlichkeiten.

Seit das Versprechen der »uneingeschränkten Solidarität« das notorisch durchlässige Gehege der Kanzlerzähne passierte, macht der Verteidigungsminister und die ihm anvertraute Streitmacht aus der Not der Unterfinanzierung eine Tugend und übt sich in der nachträglichen Entdeckung der Langsamkeit. Während sich das Vorauskommando vierzehn Tage in einem türkischen Badeort die Beine in den Bauch steht und wechselweise mit mangelnden Transportkapazitäten, der Ungnade des Wettergottes und dem Virus der Langeweile kämpft, sucht ihr oberster Dienstherr seinen Parteivorsitzenden im Vieraugengespräch davon zu überzeugen, dass er sich nach dem erotisch konnotierten, auf den Balearen vor laufenden Kameras erlittenen Badeunfall einen Genesungsurlaub in der Südsee verdient hat.

Das vage Gefühl, im falschen Film zu sitzen, weicht nach und nach der unheimlichen Gewissheit, der Reinkarnation eines gebrochenen Charakterdarstellers beizuwohnen, der mit Rudolf Scharping weder verwandt noch verschwägert ist.

Horst Buchholz, der 1956 in den *Halbstarken* mit trotzigem Blick und quengelndem Diskant den Aufstand gegen die falschen Fuffziger probt, aber eigentlich »nur das Ding drehen will, um in Familie zu machen«, verirrt sich 1960 in die cineastische Schwergewichtsklasse. Dreißig geschlagene Filmminuten lang stolpert er auf seiner Schindmähre hinter den *Glorreichen Sieben* her und bittet händeringend um die Aufnahme in die angloamerikanische Männerriege, die den NATO-Novizen zum Einstand erst einmal ein wenig im Dreieck springen und durch die Maisfelder robben lässt. Nach den genreüblichen Initiationsriten mit abschließendem *Showdown* – der *Warlord* und seine Anhänger liegen tot im Staub, die tyrannisierte Dorfbevölkerung atmet erleichtert auf –, reiten die überlebenden *Gunmen* ins Abendrot, und während der verwegene Steve

McQueen mit Yul Brynner zu neuen Abenteuern aufbricht und die Winchester zum vorläufig letzten Gefecht durchlädt, wirft der deutsche Samurai die Flinte ins Korn und rührt mit seiner mexikanischen Liebsten in der Polenta. Fortan, verspricht er ihr unter Tränen, will er seinen Lebensunterhalt mit Ackerbau und Viehzucht verdienen.

Sicher, der Vergleich hinkt, der Western ist eine ausgestorbene Filmgattung mit abnehmendem Erklärungswert, aber die Häme über den unbeholfenen Parteisoldaten, der von sich nie behauptet hat, das Pulver erfunden zu haben, mit dem er höchst ungern hantiert, kann nicht länger darüber hinwegtäuschen, dass die bundesrepublikanische Gesellschaft mit einem inneren Rudolf geschlagen ist, in dem sich jeder mühelos wiedererkennen kann, der das Feuilleton nicht mit dem Feldherrenhügel verwechselt: Wir zeigen uns wild entschlossen, die Freiheit, die wir genießen, bis aufs Messer zu verteidigen, aber die damit verbundenen Unannehmlichkeiten sollten bis zum Einbruch der Dunkelheit beendet sein, damit wir die letzte Maschine erreichen, die uns vor Beginn der Tagesthemen sicher in die Arme des geliebten Menschen geleitet, der uns freundlicherweise schon mal das Badewasser eingelassen hat.

Es bedarf keiner seherischen Qualitäten und keiner apokalyptischen Neigungen um im Zusammenhang mit dem 11. September nicht nur zu mutmaßen, dass der psychische Effekt des Anschlags weit über die unmittelbare physische Zerstörung von Menschen und Immobilien hinausging, sondern auch die Prognose zu wagen, dass eine zeitlich gestaffelte Anzahl weiterer Terroraktionen zu einer mit keinen Mitteln mehr abzuwendenden Implosion des kapitalistischen Wirtschaftsgefüges führen würde. *We are prepared to go down like gentlemen?* Dem von Panik getriebenen universellen *Shareholder* ist der spätbürgerliche Ehrenkodex der *TITANIC*-Besatzung ebenso gleichgültig wie die paradoxe Beschwörung einer patriotischen Ökonomie, auf die er pfeift,

sobald die Luftfahrtpapiere ins Bodenlose rutschen und der leere und stille Himmel über der westlichen Welt nur noch von globalen Spielern durchmessen wird, deren Aktivitäten an keiner Börse verhandelt werden: den Zugögeln.

Karl Heinz Bohrer hat im November-Heft 2001 des MERKUR vor einem deutschen »Wegducken« beim militärischen Kampf gegen den Terrorismus gewarnt und an die Bereitschaft appelliert, »für unsere Lebensform Opfer zu bringen«. Unter all den Ordnungsrufen, die dem Herausgeber der ZEITSCHRIFT FÜR EUROPÄISCHES DENKEN daraufhin aus dem deutschen Blätterwald entgegenschallten, zeichnet sich die Wortmeldung der ZEIT vom 15.11.2001 durch ihre besondere Merkwürdigkeit aus. Es handele sich bei dem Aufruf um einen Akt »der rechtsintellektuellen Selbstaufrüstung aus dem Geiste Carl Schmitts«, wurde Bohrer knapp beschieden. Mit dieser ultrakorrekten und höchst originellen Einschätzung kommen wir im notwendigen Prozess der Feindbestimmung auf den bekannten Trampelpfad der Erkenntnis wieder bei jener historisch kontaminierten Zielgruppe an, von der wir auch im Augenblick größter Gefahr nicht absehen können, weil wir ihr in Hassliebe verhaftet bleiben: uns selbst.

Der österreichische Jude Sigmund Freud mochte nach dem Ersten Weltkrieg nicht ausschließen, dass die Menschheit im Verlauf der allgemeinen Kulturentwicklung irgendwann zu einer »konstitutionellen Intoleranz« gegenüber den handgreiflichen Formen der sozialen Konfliktregulierung heranreifen könnte. Dass Deutschland das erste Mitglied der internationalen Staatengemeinschaft ist, welches sich rühmen darf, das vom Vater der Psychoanalyse formulierte Klassenziel der erfolgreich verinnerlichten Abrüstung erreicht zu haben, konnte der Weltöffentlichkeit bislang wohl nur deshalb verborgen bleiben, weil das nationale Heiligengewand bei Licht betrachtet von der Pharisäerkutte und dem Narrenkleid kaum zu unterscheiden ist.

Niemand würde den deutschen Kombattanten das Eingeständnis verübeln, sich nach einem halben Jahrhundert der kriegerischen Abstinenz über ihre Rolle noch nicht ganz im klaren zu sein. Statt dessen reagiert die politische Führung der Bundeswehr auf die Thematisierung dieser Unsicherheit derart gereizt und unwillig, dass der öffentliche Zweifel an der Zurechnungsfähigkeit der Akteure immer neue Nahrung erhält. Auf der einen Seite wird der mitleidende Zivilist den Verdacht nicht los, die Kritik am übermächtigen, global agierenden amerikanischen Bündnispartner erwachse aus der kränkenden Unfähigkeit es ihm gleich zu tun; auf der anderen Seite scheint die Geheimniskrämerei um den Einsatz des KOMMANDOS SPEZIALKRÄFTE (KSK) einzig und allein dem Zweck zu dienen, den pazifistisch gesonnenen Wählergruppen bis zum Ende der Legislaturperiode den durchgehend karitativen Charakter des Unternehmens vorzugaukeln. Im gestelzten Gerede von den »peripher stationierten Bodentruppen« wird dem Nachrichtenkonsumenten der Krieg als eine Veranstaltung verkauft, bei welcher der Tod zur unaussprechlichen Restgröße schrumpft. Das Rumpelstilzchen heißt Rudolf und der Riss geht mitten durch uns durch. Wenn die bundesrepublikanische Gesellschaft daran festhält, das tödliche Wesen des Kriegshandwerks zu leugnen, droht der Gemeinschaft der reinen Toren im weiteren Fortgang der militärischen Begebenheiten nicht etwa ein böses Erwachen, sondern der Rücksturz ins Gehäuse der kollektiven Unschuldsumutung: Wir sind einfach zu gut für diese schmutzige und rohe Welt.

Wer sich daran erinnert, dass diese Selbstwahrnehmung unter den Stichworten »edle Einfalt, stille Größe« seit Hölderlins *Gesang der Deutschen* einen historischen Sonderweg plante, der die Volksgemeinschaft mit den abgründigsten Gefällstrecken überraschte, wird der ständig zur Disposition stehenden Bündnistreue zu den in imperialer Grobheit erstarrten Amerikanern womöglich doch eine Träne nachweinen wollen.

## Nahost kontrovers

KLAUS FABER

### Die Dämonisierung Scharon's durch die Macht der Bilder

Mehr als jeder andere Politiker werde Scharon vor allem in Europa dämonisiert, erklärte Lord George Weidenfeld jüngst auf einer Konferenz jüdischer Organisationen, die den wachsenden europäischen Antisemitismus sowie einen aggressiven Anti-Israelismus zum Thema hatte. Die Angriffe gegen Juden und jüdische Gemeinden nehmen z.B. in Frankreich zur Zeit deutlich zu. Nicht nur symbolische Bedeutung kommt dem vor kurzem noch undenkbar Spray-Text *traître* (Verräter) auf einem Dreyfus-Denkmal zu, das an jenen jüdischen Offizier der französischen Armee erinnert, der zu Unrecht der Spionage für Deutschland verurteilt worden war. Die antisemitische Kampagne in Frankreich hatte Theodor Herzl zu der Auffassung gebracht, nur die Gründung eines jüdischen Staates, nicht dagegen die offenbar gescheiterte Assimilation könne den jüdischen Minderheiten akzeptable Perspektiven bieten.

Die früher noch mögliche Unterscheidung zwischen antisemitischen und anti-israelischen Tendenzen ist zunehmend schwieriger geworden. Die innerjüdische Debatte über den Zionismus wurde lange Zeit mit großer Heftigkeit geführt – wie heute die Auseinandersetzung über den richtigen Weg zum Frieden. Die grundsätzliche Ablehnung eines jüdischen Staates oder gar Feindschaft gegenüber Israel ist in der innerjüdischen Debatte inzwischen selten geworden. Manche Autoren in deutschen Medien stehen mittlerweile in einer vergleichbaren Kritiktradition gegenüber dem Zionismus und Israel. In absehbarer Zeit wird die größte jüdische Gemeinschaft in Israel leben. Dass anti-israelische Positionen ebenso für antijüdische oder antisemitische Haltungen stehen können, wird auch vor diesem

demografischen Hintergrund zukünftig eine Prüffrage. Israel wird – moralisch und politisch – immer weniger vom Judentum getrennt werden können.

Für die innerarabische und die innerislamische Debatte gilt diese Annäherung zunehmend in anderem Sinn. Der Orientalist Bernard Lewis hat bereits in den achtziger Jahren nachgewiesen, dass breite Strömungen im arabischen Islam den christlichen Antisemitismus übernommen haben. Der traditionelle Islam kannte zwar durchaus eine Gegnerschaft zum Judentum, aber nicht die spezifisch christliche Form des Antisemitismus. Sichtbar wurde dies im arabischen Terror, der sich in der Anfangsphase nur gegen israelische – zivile und militärische – »Ziele«, aber bereits sehr früh auch gegen nicht-israelische jüdische Opfer richtete. Auf der *Durban*-Konferenz der Vereinten Nationen im letzten Jahr hat sich die These, dass der Zionismus eine Form des Rassismus sei, nur deshalb nicht durchgesetzt, weil »Vermittler« deutlich machen konnten, dass ein derartiger – Israel delegitimierender – Beschluss der arabischen Sache eher schaden würde.

Just in der Nicht-Akzeptanz des nicht-islamischen Staates Israel im Haus des Islam liegt der Kern des arabisch-israelischen Konflikts, nicht im Krieg gegen die israelische »Besatzung« oder in der »nationalen Befreiung« der arabischen Palästinenser. us-Präsident Clinton und der israelische Ministerpräsident Barak hatten 2000 Arafat die Rückgabe von 97 Prozent des von Israel im *Sechs-Tage-Krieg* besetzten Territoriums angeboten. Für den Rest wurde ein Tausch vorgeschlagen, bei dem Israel eigenes Gebiet zur Vergrößerung des Gazastreifens abgetreten hätte. Arafat hat dieses Angebot ausgeschlagen und stattdessen die neue Phase der *Intifada* eingeleitet.



Foto: Reuters/Loay Abu Haykri

### Jugendliche Palästinenser machen Front.

Der Historiker Benny Morris von der Universität Beersheva, hat kritische Fragen an die eigene Geschichte gestellt – auch zur Verantwortung für die Flucht und Vertreibung von etwa 700.000 Arabern im arabisch-israelischen Krieg von 1948. Er brachte einige Zeit in einem israelischen Gefängnis zu, weil er sich weigerte, den Militärdienst im damals noch ganz von Israel besetzten Westjordanland zu leisten. In seinen Hoffnungen auf den Oslo-Friedensprozess sieht er sich, wie die große Mehrheit der Israelis, enttäuscht. Die palästinensische Autonomiebehörde sei, so Morris im britischen *GUARDIAN* ein »Königreich der Lügen«. Tagtäglich würden westlichen Journalisten tendenziöse Versionen über angebliche israelische »Massaker« und »Bombardierungen« von palästinensischen Zivilisten erzählt, wobei es, was Israel anbelange, tatsächlich nur gegen leere Gebäude der Autonomiebehörde gerichtete Bombardierungen gegeben habe. Die Ablehnung des Barak-Clinton-Vorschlags, der *Intifada*-Krieg und die palästinensische Forderung nach »Rückkehr« der arabischen »Flüchtlinge« in das Staatsgebiet von Israel

vor 1967 haben Morris davon überzeugt, dass zumindest die jetzt lebende Palästinensergeneration keinen Frieden wolle.

Lea Fleischmann, 1979 aus Deutschland nach Israel ausgewandert, die sich in den achtziger Jahren für die Anerkennung der PLO als Vertretung der Palästinenser ausgesprochen hat, kommt zu dem gleichen Urteil. Arafat und der PLO hält sie vor, mit Hilfe der Europäischen Union, die für die arabischen Palästinenser global die höchsten Förderbeträge pro Kopf der Bevölkerung leistet, ein Polizeiregime aufgebaut zu haben, das den Waffenschmuggel fördert und den Ausbau von Terrornetzen zumindest duldet. Arafats eigene FATAH-Organisation hat übrigens die Saudi-Vorschläge, als Gegenleistung für eine Israel-Anerkennung zu den Grenzen von 1967 zurückzukehren, ablehnend kommentiert. Es gehe darum, auch die »Besatzung« von 1948 – also ganz Israel – zu bekämpfen. Saudi-Arabien habe nicht das Recht, in einer strategischen Schwächephase des Feindes auf diese Rechtsposition zu verzichten.

Man muss bei der Bewertung der von Arafat selbst, aber z.B. auch von der iranischen

Staatsführung erhobenen Rückkehrforderung berücksichtigen, dass die meisten arabischen »Flüchtlinge« Israel nie gesehen haben, weil sie lange nach 1948 außerhalb Israels geboren wurden. Fast 900.000 Juden sind aus arabischen und islamischen Ländern nach Israel eingewandert, häufig unter Umständen, die sie ohne weiteres als Flüchtlinge oder aus ihren früheren Heimatländern Vertriebene qualifizieren. Sollen sie und ihre Nachkommen ein bei Bedarf und günstiger Lage einzulösendes Rückkehrrecht haben? Und gilt dies etwa auch für die rund 20 Millionen Flüchtlinge aus der Zeit der Teilung Indiens sowie für deren Nachkommen, die *Harki*-Familien aus Algerien und die Algerienfranzosen, für die Nachkommen der griechischen und türkischen Auswanderer, die im Rahmen eines Bevölkerungsaustausches ihre Wohngebiete verlassen mussten, für die aus der Türkei stammenden Armenier oder für die ungefähr 12 Millionen deutschen Flüchtlinge und ihre Nachkommen?

Selektive Moral ist wenig glaubwürdig; und selektive Gerechtigkeit gibt es nicht. Wer kein Wort über die vielen Toten und Vertriebenen im Krieg des islamisch-arabischen Nordsudan gegen den überwiegend nicht-islamischen und nicht-arabischen Südsudan oder über den irakischen Krieg gegen die Kurden verliert, aber pro-arabische Positionen einschließlich der Rückkehrforderung für »Flüchtlinge« vertritt, hat offenbar inkonsistente Bewertungsmaßstäbe. Es lässt sich wohl nicht behaupten, dass die Medien und Politik in Europa auf derartige Fragen zur Zeit eine befriedigende Antwort geben können. Die Macht der Bilder – israelische Panzer und Flugzeuge auf der einen, demonstrierende arabische Jugendliche auf der anderen Seite – erklärt nicht zureichend eine verbreitete Tendenz zur Parteilichkeit selbst in der Sachinformation, in der häufig zuerst über die israelische Reaktion und dann erst, wenn überhaupt, über den Anlass – arabische Terrorakte – berichtet wird. Fast schon die Regel ist die moralisch fragwürdige Gleichsetzung von Terrorakt und militärischer Antwort.

Debatten über die richtige oder falsche Reaktion auf Terror- und Guerillakriegsakte gehören in Israel zum täglichen Medienstreit. Dass dagegen auf arabischer Seite eine derartige kritische Auseinandersetzung kaum stattfindet, signalisiert weder Friedensbereitschaft noch Stärke. Die in deutschen Medien manchmal, leicht erkennbar nur in rhetorischer Absicht, aufgeworfene Frage, ob denn Kritik an Israel überhaupt erlaubt sei, stellt sich in Wahrheit gar nicht: Die Medien kritisieren überwiegend und oft parteilich Israel.

Wer das Existenzrecht Israels in Zweifel zieht, wie in der internationalen Politik ganz offen der Iran, oder Gefährdungen bewusst in Kauf nimmt, sollte sich in der europäischen Diskussion endlich dazu bekennen. Lord Weidenfeld jedenfalls bemerkte dazu, das Problem der selektiv-negativen Darstellung Scharons und Israels löse sich vermutlich durch den sehr wahrscheinlichen Erfolg der USA im Antiterrorkampf. Das mag eine zutreffende Prognose sein. Einige Fragen zur europäischen Politik, zu ihrer Distanz und Glaubwürdigkeit im Nahostkonflikt bleiben dabei allerdings offen.

**Rechtspolitischer Kongress 2002**  
**Karlsruhe**  
**26.-28.4.**

**Recht  
 schafft  
 Zukunft.**

**Gemeinsame Werte –  
 globales Recht?**

Informationen und Anmeldeunterlagen bei  
 Friedrich-Ebert-Stiftung · Rechtspolitischer Kongress  
 Hiroshimastraße 17 · 10785 Berlin  
 Telefon (030) 2 69 35-840 · Telefax (030) 2 69 35-857  
 irina.mohr@fes.de · www.rechtspolitischer-kongress.de

**FRIEDRICH  
 EBERT  
 STIFTUNG**

LUDWIG WATZAL  
**Für eine europäische  
Friedensinitiative**

Seit dem 11. September 2001 scheint jedes Ereignis, das den Interessen der herrschenden Eliten nicht in ihr machtpolitisches Konzept passt, unter »Terrorismus« abgebucht zu werden – so auch der Nahostkonflikt. Denn die israelische Regierung unter Ariel Scharon tut alles, um den 11. September für die fortgesetzte Unterdrückung nicht nur gegenüber den Palästinensern, sondern auch für ihre eigenen geopolitischen Ziele zusammen mit den USA zu instrumentalisieren. So wurde der Iran zum Erzfeind stilisiert. Israel als regionale Supermacht führt einen Krieg gegen ein Dritte-Welt-Volk, das um seine Unabhängigkeit und sein Selbstbestimmungsrecht kämpft. Die USA wollen im Zuge des »Antiterrorkrieges« ihre hegemoniale Machtposition global etablieren. Jedes Land, das sich diesem Ziel widersetzt, gerät in den Ruch der Sympathisantschaft zum »Terrorismus«. Ein probates Denunziationsmuster. Wer den legitimen Anspruch eines unterdrückten Volkes auf sein Selbstbestimmungsrecht für terroristisch hält, handelt aber politisch verantwortungslos.

Die Ursache des Terrors und der Gewalt im Nahen Osten ist nicht der Widerstand eines unterdrückten und strangulierten Volkes gegen seine Besatzer, sondern die brutale Besatzungs- und Unterdrückungspolitik Israels. Dass die USA das Verlangen der Palästinenser nach Freiheit von Unterdrückung nicht akzeptieren wollen, ist umso unverständlicher, da sie als Staat doch aus einem siebenjährigen Antikolonialkrieg gegen englische Unterdrückung hervorgegangen sind. Die jungen Palästinenser kämpfen – gewiss mit verwerflichen terroristischen Mitteln – für eine Sache, mit der sich alle die Völker identifizieren können, die unter Unterdrückung leben und gelebt haben. Im Gegensatz dazu können die *Al-Quaida*-Terroristen keinerlei Legitimität für ihre Verbrechen

reklamieren. Ihre völlig inakzeptable Berufung auf die legitimen Anliegen der Palästinenser wurde von diesen zu Recht zurückgewiesen.

Scharons USA-Besuch hatte nicht nur den Zweck, die amerikanische Unterstützung für die weitere Unterdrückung der *Al-Aqsa*-Intifada und die Zerschlagung von Arafats Autonomiebehörde zu erhalten, sondern den Boden psychologisch für einen Angriff auf den Iran vorzubereiten. Mit Scharon weilten Verteidigungsminister Ben-Elieser und Außenminister Peres in Washington. Sie führten intensive Gespräche im amerikanischen Kongress, der zu 95 Prozent eine Pro-Israel-Haltung vertritt.

Die Behauptung Israels, der Iran produziere Massenvernichtungswaffen, konnte selbst vom CIA bisher noch nicht bewiesen werden. (Iran hat in den letzten Jahren der Internationalen Atomenergiebehörde mehrmals seine Anlagen zur Inspektion geöffnet und den Atomwaffensperrvertrag unterzeichnet.) Dagegen verfügt Israel als einziger Staat des Nahen Ostens über ein großes Arsenal von Atomwaffen sowie über chemische und bakteriologische Kampfstoffe. Alle anderen Länder wurden von den USA gezwungen, dem Atomwaffensperrvertrag beizutreten. Diese doppelte Moral ist eine der Ursachen für den Hass in der Dritten Welt auf die USA.

Die Spirale von Gewalt und Gegengewalt, von Terror und Gegenterror dreht sich seit Scharons Regierungsübernahme immer schneller und in immer kürzeren Abständen. Scharon hat zusammen mit anderen rechts-extremistischen, religiös fundamentalistischen Kreisen den ehemaligen Ministerpräsidenten Yitzhak Rabin vor dessen Ermordung unter anderem als »ss-Schergen«, »israelischen Pétain« oder »Rabin-Judenrat« diffamiert. Er war offenbar nie an einem echten Friedensprozess interessiert. Sofort nach seiner Regierungsübernahme begann Scharon mit einer unsinnigen Politik der Provokation, um auf terroristische Anschläge fanatischer

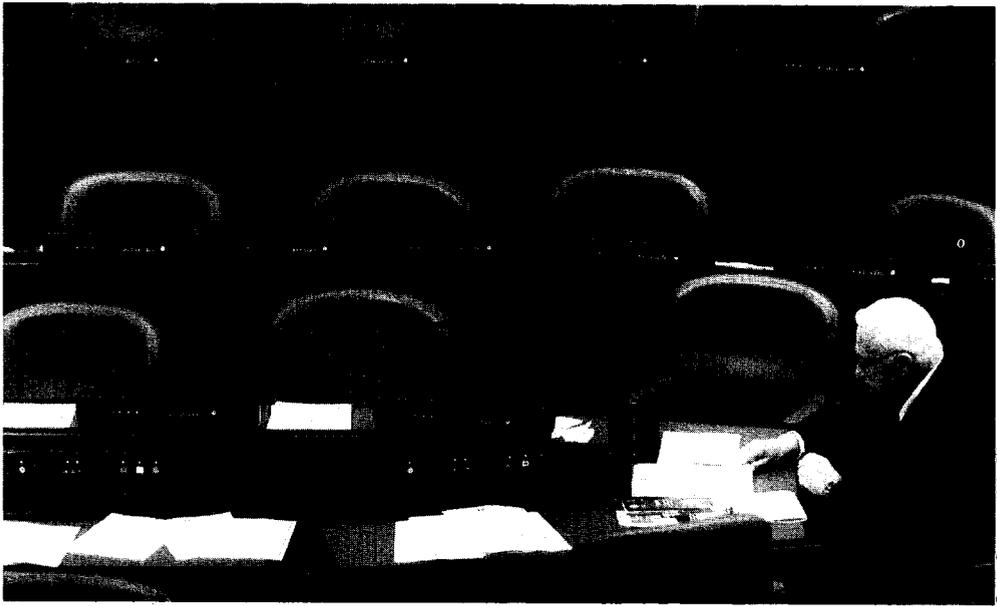


Foto: Reuters/Nir Elias

**Allein auf weiter Flur? Israels Premier Scharon kann auf die Unterstützung der USA zählen.**

Palästinenser mit militärischen Gegenschlägen reagieren zu können. Dieses Szenario können wir bis heute fast täglich bei jedem Ereignis verfolgen. Mit Kampfjets, F16-Kampfbombern und Panzern wird gegen palästinensische Einrichtungen vorgegangen, ganze Wohnviertel zerstört wie in Rafah im Gaza-Streifen, wo fünfzig Wohnhäuser dem Erdboden gleich gemacht und 1.700 Menschen obdachlos wurden.

In diesem Konflikt ist Israel schon lange vom Opfer zum Täter geworden. Warum verhängt die EU keine Wirtschaftsanktionen gegen Israel, nachdem die Armee zahlreiche Einrichtungen der Palästinenser zerstört hat, die mit EU-Mitteln gebaut wurden?

Scharons Bin Laden ist PLO-Chef Arafat. Der israelische Ministerpräsident hat noch eine Rechnung mit Arafat aus dem Jahr 1982 offen, als er ihm in Beirut gerade noch einmal durch die Lappen gegangen war, obwohl er ihn eigentlich töten wollte, wie er kürzlich in einem Interview freimütig bekannte. Er hält Arafat wie seinen quasi persönlichen Gefangenen und demütigt ihn damit vor den Augen seines eigenen Volkes. Bis auf die physische Liquidierung Arafats

kann Scharon mit Unterstützung der USA alle Mittel im vermeintlichen »Antiterrorkrieg« gegen das palästinensische Volk einsetzen.

Auf Arafat könnte Scheich Ahmed Yassin von der Terrororganisation HAMAS folgen. Dann wären die Fronten klar, eine Zerschlagung seitens Israel fände den Beifall aller. Israels Sicherheitsminister Uzi Landau wünscht sich dies: »Lieber eine ungeschminkte Hamas, als eine geschminkte Autonomiebehörde.«

Was ist zu tun? Es scheint paradox zu klingen, aber um dem beiderseitigen Terror Herr zu werden, bedarf es einer Friedensinitiative seitens der Europäer, die den legitimen Rechten der Palästinenser Rechnung trägt. Noch ein »Waffenstillstand« wäre unzureichend, ebenso eine zivile Beobachtergruppe. Eine internationale bewaffnete Schutztruppe könnte die Israelis vor dem Terror radikaler Palästinenser schützen und die Palästinenser vor weiteren israelischen Militärschlägen. Sie könnte aber auch dafür sorgen, dass die UN-Resolution 242 endlich umgesetzt würde, die den Rückzug Israels aus allen besetzten Gebieten verlangt. Damit wäre dem Frieden allemal mehr gedient als mit der Fortsetzung des »Friedensprozesses« à la Oslo.

# Das Thema: Ethik, Recht und Politik

## a. Ethische Fragen

### MARTHA C. NUSSBAUM Die Verteidigung universaler Werte in einer pluralistischen Welt Programm für eine aristotelische Sozialdemokratie

#### I

Die Werte der sozialen Demokratie sehen sich in der heutigen Welt einem Angriff ausgesetzt. Zuerst geraten sie von Seiten der neo-liberalen Rechten unter Beschuss, ausgehend von einer Konzeption des politischen Lebens, das freie Märkte hoch bewertet und einen kleinen Staat begünstigt. (...)

Nun aber sind die Werte der sozialen Demokratie auch von Seiten der Linken unter Beschuss geraten. (...) Weil Sozialdemokraten normalerweise bestimmte sehr allgemeine Ziele anstreben, von denen sie glauben, dass sie für alle menschlichen Wesen von Bedeutung sind, und dieser Universalismus wird nun angeklagt, naiv und tyrannisch zu sein. Naiv, weil er die ungeheure Vielfalt der Kulturen und Religionen in der heutigen Welt vernachlässigt; tyrannisch, weil er alle Menschen zu einer einfachen Menge von Berechtigungen und Standards nötigt und sich gleichgültig gegenüber ihren eigenen Gruppen- oder Kulturwerten verhält. (...)

#### II

Sobald Europäer den Namen Aristoteles hören, denken sie höchstwahrscheinlich an eine konservative katholische Politik. Und tatsächlich hatte Aristoteles – oder vielmehr seine mittelalterliche Interpretation (...) – Einflüsse auf der Rechten. Deshalb scheint es bedeutsam, mehr über die Tradition des

linksgerichteten Aristotelismus zu sagen, dem sich mein Vorschlag eingliedert. (...)

Eine Abzweigung dieser aristotelischen Orientierung ist das Denken des jungen Karl Marx über »wahrhaftiges menschliches Funktionieren«. Marx' Ökonomische und Philosophische Schriften aus dem Jahr 1844 wurden zu einem Zeitpunkt niedergeschrieben, als er sich eingehend mit Aristoteles befasste. Und er entlehnte Aristoteles den Gedanken, dass menschliches Funktionieren zu seiner Verwirklichung materielle Bedingungen erfordert, in deren Abwesenheit Menschen gezwungen sind, auf einer bloß tierischen Ebene der Existenz zu leben. (...)

#### III

Der »Ansatz der Fähigkeiten« (*approach of capabilities*), den Sen (Nobelpreisträger 1998 für Ökonomie, die Red.) und ich entwickelt haben, bezieht sich auf aristotelische Ideen. Er soll eine Grundlage für eine zeitgemäße Interpretation der Sozialdemokratie liefern. (...)

Die zentrale Frage, die durch den Ansatz der Fähigkeiten gestellt wird, besteht demnach nicht darin »Wie wohlhabend ist diese Nation in ihrem Aggregat?«, sondern vielmehr, »Was ist jede Person ihrer Bevölkerung tatsächlich imstande, zu tun und zu sein?« – befragt in einem weiten Spektrum, das für das menschliche Leben eine zentrale Bedeutung hat. (...)

Die Kernidee des menschlichen Wesens scheint die eines würdevollen freien Wesens zu sein, das imstande ist, sein oder ihr eigenes Leben zu umreißen, mehr als dasjenige Wesen, dem es passiv vorgegeben wird und das in der Welt in der Art einer »Schar« oder »Herde« herumgestoßen wird. (...) Es ist ganz verkehrt, die Bedürfnisse von einigen Indivi-

den von anderen unterzuordnen oder einige Individuen als bloße Werkzeuge von anderen zu behandeln. (...)

Nach meiner Erfahrung kann die Liste für politische Zwecke von all jenen angenommen werden, die dennoch sehr verschiedene Ansichten darüber besitzen, was ein vollendetes gutes Leben für ein menschliches Wesen bedeutet. (...)

Die zentralen menschlichen funktionalen Kompetenzen sind:

1. *Leben*. Die Möglichkeit besitzen, bis zum Ende eines menschlichen Lebens von normaler Dauer zu leben; nicht vorzeitig sterben, oder vor jenem Zeitpunkt, in dem das eigene Leben so reduziert ist, dass zu leben nicht mehr wertvoll erscheint.

2. *Körperliche Gesundheit*. Die Möglichkeit zu einer guten Gesundheit besitzen, einschließlich Fortpflanzungsgesundheit (*reproductive health*); angemessen ernährt werden; eine angemessene Unterkunft besitzen.

3. *Körperliche Unversehrtheit*. Die Möglichkeit haben, sich frei von Ort zu Ort zu bewegen; vor gewaltsamen Angriffen sicher sein, einschließlich Vergewaltigung und Gewalttätigkeit in der Familie; die Gelegenheit zur sexuellen Befriedigung besitzen und eine Auswahl hinsichtlich der Fortpflanzung (*matters of reproduction*) treffen zu können.

4. *Sinne, Vorstellung und Gedanke*. Die Kompetenz haben, empfinden, sich vorzustellen, denken und ergründen zu können – und diese Dinge in einer »wirklich menschlichen« Weise ausführen. (...)

5. *Gefühle*. Das Vermögen zur Sympathie mit Dingen und Menschen außerhalb unser selbst besitzen; jene lieben, die uns lieben und für uns sorgen, und während ihrer Abwesenheit Kummer empfinden; im Allgemeinen das Begehren lieben, um Dankbarkeit bekümmert sein und berechtigten Ärger erfahren; die eigene emotionale Entwicklung nicht durch Angst und Furchtsamkeit ruiniert sehen. (...)

6. *Praktische Vernunft*. Fähig sein, eine Vorstellung von dem Guten zu entfalten

und sich in der Planung des eigenen Lebens in kritischer Reflexion darauf zu verpflichten. (Dies schließt den Schutz eines freiheitlichen Bewusstseins und der religiösen Gebote ein.)

#### 7. Zugehörigkeit (*Affiliation*).

a. Die Möglichkeit besitzen, mit anderen und in Zuwendung zu anderen zu leben, sie zu erkennen und für ihre Belange Interesse zu zeigen; sich in verschiedenen Formen des sozialen Austausches engagieren; fähig sein, sich die Situation eines anderen zu vergegenwärtigen. (Diese Kompetenz zu schützen bedeutet, Institutionen zu schützen, die solche Formen der Zugehörigkeit einrichten und unterhalten, (...).

b. Die sozialen Hintergründe der Selbstachtung und Nicht-Erniedrigung besitzen; die Gelegenheit haben, als eine würdige Person behandelt zu werden, deren Wert mit anderen gleich ist. Dies schließt Vorkehrungen der Nicht-Diskriminierung auf der Basis von Rasse, Geschlecht, sexueller Orientierung, ethnischer Zugehörigkeit, gesellschaftlichem Rang, Religion und religiöser Herkunft ein.

8. *Andere Lebewesen*. Das Vermögen haben, in der Sorge für und in Beziehung auf Tiere, Pflanzen und die Naturwelt zu leben.

9. *Spiel*. Das Vermögen haben, zu lachen, zu spielen und erholsame Tätigkeiten zu genießen.

10. Die Kontrolle über die eigene Umgebung.

a. *Politisch*. Die Möglichkeit haben, effektiv an politischen Entscheidungen teilzuhaben, die das eigene Leben regulieren; (...)

b. *Materiell*. Die Möglichkeit haben, Besitz zu unterhalten (sowohl Grundstücke als auch bewegliche Güter) und Besitzrechte auf einer Gleichheitsbasis mit anderen zu genießen; (...).

Wie ich bereits bemerkt habe, unterscheiden sich die Themen dieser Liste in einer distinkten Weise von ihrer Qualität. Wir können nicht einen Belang befriedigen, indem wir einem anderen eine größere Gel-



**In seiner Spur mit neuem Geist: Prof. Martha C. Nussbaum referierte auf dem Ethik-Kongress des Kulturforums über eine zeitgemäße Interpretation der Sozialdemokratie.**

tung einräumen, und alle sind demnach von zentraler Bedeutung. (...)

Die nicht reduzierbare Pluralität der Liste schränkt zugleich die gegenseitigen Gleichmöglichkeiten ein, die vernünftigerweise zu akzeptieren sind. Dabei sind die Themen der Liste aber auf vielfältige Weise miteinander verknüpft. Eine der wirkungsvollsten Arten, die Kontrolle von Frauen über ihre soziale Umgebung und ihr tatsächliches Recht der politischen Teilnahme zu motivieren, besteht zum Beispiel darin, ihre Schreib- und Lesefähigkeit voranzutreiben. (...)

Unter den Kompetenzen ragen zwei, die praktische Vernunft und die Verbundenheit mit anderen Menschen, wegen einer besonderen Bedeutung heraus. Beide nämlich sind von den anderen erfüllt, indem sie sie organisieren und deren Verfolgung als wirklich human ausgestalten. Die eigenen Sinne zu benutzen, ohne dabei auf den charakteristischen Gebrauch menschlicher Gedankenfähigkeit und Planung zu achten, kommt einer unvollkommenen Anwendung gleich. (...)

Die fundamentale Intuition, auf deren Grundlage der Ansatz der Fähigkeiten im politischen Bereich beginnt, besteht darin, dass menschliche Fähigkeiten den moralischen Anspruch ausüben, sie zu entwickeln. Menschliche Geschöpfe sind derartige Kreaturen, die zu diesen menschlichen Funktionen völlig imstande sind, sobald sie eine richtige Erziehung und materielle Unterstützung genossen haben. Dies bedeutet, sie stellen Geschöpfe mit bestimmten Kompetenzen auf niedrigem Niveau dar (ich nenne sie »Basisfähigkeiten«), um die fraglichen Funktionen zu erfüllen.

Wenn diese Fähigkeiten der Versorgung beschränkt sind, die sie auf die hohe Ebene der Kompetenzen in meiner Liste hebt, dann sind sie fruchtlos, abgeschnitten, in einer bestimmten Art nur ein Schatten ihrer selbst. Wenn einer Schildkröte ein Leben gegeben würde, das nur eine animalische Ebene der Ausübung verlangt, dann würden wir keine Empörung empfinden, auch keine Bedeutung von Verschwendung und Tragödie.

Wenn aber einem Menschen ein Leben verliehen wird, das die menschlichen Kräfte und ihren Ausdruck vernichtet, dann gibt uns dies einen Sinn von Vergeudung und Tragödie.

Wir fangen sodann an, den Sinn von Wert und fundamentalen menschlichen Kräften zu artikulieren, indem wir sie als Ansprüche zu einer Chance der richtigen Funktion begreifen, Ansprüche, die korrelierte soziale und politische Pflichten veranlassen. Und in der Tat gibt es drei verschiedene Arten von Kompetenzen, die in der Analyse eine Rolle spielen.

Zuerst gibt es die Basisfähigkeiten: die eingeborene Ausstattung von Individuen, die notwendig ist, um die fortgeschritteneren Fähigkeiten zu entwickeln, dabei ein Fundament von moralischem Belang.

Zum Zweiten gibt es interne Fähigkeiten: dies bedeutet, Zustände der Person, die als persönlich anhängige auch hinreichende Bedingungen darstellen, um die übrigen Funktionen zu erfüllen. Die meisten erwachsenen Menschen besitzen die interne Kompetenz dafür, ihre Stimme zu geben, für religiöse Freiheit und die Redefreiheit. (...)

Schließlich gibt es kombinierte Fähigkeiten, die als interne Kompetenzen definiert werden können, kombiniert mit den geeigneten externen Bedingungen, um ihre Funktion auszuüben. Bürger repressiver nicht-demokratischer Regime besitzen nur die interne, aber nicht auch kombinierte Kompetenz, um ihre Gedanken in Übereinstimmung mit ihrem Gewissen zu äußern. Frauen, die durch Gewalt bedroht werden, wenn sie ihre Wohnung verlassen, haben vielleicht die interne Kompetenz für viele Arten von Arbeiten, aber sie besitzen nicht die kombinierte Kompetenz, eine Beschäftigung zu suchen.

Die Liste stellt demnach eine Abfolge von kombinierten Kompetenzen dar. Eine von den Themen der Liste zu verwirklichen, schließt daher nicht nur ein, die zugehörigen internen Kompetenzen einer Person voranzubringen, sondern auch die Umgebung so

einzurichten, dass sie die Ausübung von praktischer Vernunft und der anderen Hauptfunktionen begünstigt.

Mit anderen Worten, ihre Freiheiten und Gelegenheiten bedeuten nicht dünne Freiheiten, die in einem von staatlichen Eingriffen leeren Raum gegenwärtig sind. Sie verlangen, dass der Staat eine aktive Rolle übernimmt, indem er allen Bürgern die notwendigen materiellen und konstitutionellen Bedingungen garantiert.

#### IV

Die Liste der Fähigkeiten hat eine nationenübergreifende Bedeutung. Sie wird bereits in einer komparativen Weise angewandt, indem sie die Lebensqualität in verschiedenen Nationen miteinander vergleicht. Und ich habe schon oben dafür argumentiert, dass sie auch als ein Denkmodus angesehen werden kann, um sich über fundamentale Berechtigungen zu verständigen, die alle Verfassungen enthalten sollten. (...)

Ich werde nun *drei* der bedeutsamsten Einwände beschreiben. Bei dieser Gelegenheit werde ich Beispiele meiner eigenen Entwicklungsarbeit in Indien heranziehen. (...)

Zuerst gibt es das von mir so bezeichnete *Argument auf Grund von Kultur*. Der Opponent sagt: Alle diese Kategorien, die Sie aufzählen, stammen von Aristoteles, und daher von einer westlichen Kultur. Wie also können sie gerechtfertigt werden, um auch für eine nicht-westliche Gesellschaft angemessen zu sein? Bedeutet Ihre Theorie nicht einen erneuten Fall von kolonialer Herrschaft?

Im Einklang mit dieser Auffassung vernimmt man oft eine niedrige Version dieser Anklage der »Verwestlichung«. (...) Wenn Lee Kuan Yew (i. Premier Singapurs nach der Unabhängigkeit 1959, *d. Red.*) zum Beispiel sagt, dass der »Osten« die Freiheit nicht schätzt, dann wissen wir, was wir denken sollen: Er will einheimische demokratische Bewegungen als ausländisch brandmarken, um sie in Verruf zu bringen. (...)

Manchmal aber ist der Opponent auf- richtig: Er mag wirklich glauben, dass die indische Kultur den Gegenständen auf mei- ner Liste wie Gesundheit, körperliche Inte- grität, praktische Vernunft, Zugehörigkeit (etc.) keine Schätzung entgegenbringt. In die- ser Form ist der Einwand, auch wenn er auf- richtig ist, sowohl ignorant als auch an- maßend. Indem er sogar versucht, für eine kulturelle Differenz Achtung aufzubringen, beweist er tatsächlich ein erstaunliches Maß des Gegenteils: weil er ohne weitere Unter- suchung annimmt, dass die Vorstellungen von Freiheit, praktischer Vernunft in Indien selbst der Möglichkeit nach nicht anzutreffen sind. Nur der Westen könne solche wunder- baren Ideen erfunden haben.

Nach meiner Erfahrung ist diese Annah- me erstaunlich falsch. Überall in Indien, wo ich mich aufgehalten habe, gemeinsam mit Frauen auf dem Fußboden sitzend, die nicht schreiben und nicht lesen können und die höchstwahrscheinlich nichts über Aristoteles wissen, fand ich eine natürliche Wertschät- zung gegenüber der Entscheidungsfreiheit, gegenüber der Kompetenz, für sich selbst Ver- nunft gebrauchen zu können, für körperliche Unversehrtheit und die anderen Titel auf mei- ner Liste. (...)

Das zweite Argument, dass ich als das Argument über das *Gut der Vielfalt* bezeichnen werde, erinnert uns daran, dass unsere Welt im Detail reichhaltig ist, weil wir uns nicht alle auf dieselbe einfache Menge von Handlungs- weisen und Normen berufen. Wir glauben, dass die verschiedenen Sprachen der Welt Wert und Schönheit besitzen. Und dass es etwas Schlechtes bedeutet, wenn die aus- drucksvollen Quellen des menschlichen Le- bens vermindert werden und irgendeine Spra- che aufhört zu existieren. (...)

Stellt aber kulturelle Vielfalt einen Wert an sich dar? Und wie weit reicht er angesichts sprachlicher Vielfalt? Das Problem der Analogie besteht darin, dass Sprachen von sich aus nicht verletzen, kulturelle Praktiken dies aber häufig tun. Wir können beispielsweise der

Meinung sein, dass Korsisch oder Bretonisch erhalten werden sollten, ohne dasselbe über Gewalt innerhalb der Familie oder Diskrimi- nierung während der Arbeit zu meinen. Am Ende unterminiert der Einwand die Suche nach universalen Werten nicht, sondern er ver- langt sie: Wozu er uns einlädt, bedeutet die Untersuchung, ob sich die fraglichen Werte unter denen befinden, die eine Erhaltung ver- dienen. Diese Frage schließt zumindest einen sehr allgemeinen Rahmen der Beurteilung mit ein, der uns erklären wird, was diesseits und was jenseits des Messstabs anzutreffen ist.

Lassen Sie uns eine wirkliche Frau vor- stellen und nicht ein Exponat in einem Muse- um, das zu einer nostalgischen Kontemplati- on aufruft.

Diese Frau wird auch jede Nacht von ihrem Ehemann geschlagen, und die Polizei unternimmt nichts, um einzugreifen. (...) Sie war noch nie auf der Schule und kann weder lesen noch schreiben. Nun, dies mag wieder- um vor dreihundert Jahren in Ordnung gewe- sen sein, heute aber schließt dieselbe Unfähig- keit sie von den meisten Arbeitsmöglichkeiten aus, die sie stattdessen wählen könnte, auch davon, die nötige Information zu bekommen, um an der Politik teilzunehmen, und so wei- ter. So zeigt sich die Angelegenheit in einem schlechten Licht, da auch die örtliche Regie- rung ihrer Pflicht nicht nachgekommen ist, allen Bürgern eine Ausbildung zukommen zu lassen.

Kurzum, traditionelle Handlungsweisen sind nicht schon deshalb wert, erhalten zu wer- den, nur weil sie da und sehr alt sind. Um in ihnen einen Fall zu sehen, der die Erhaltung verdient, müssen wir den Beitrag abschätzen, den sie gegenüber der Verletzung, die sie zugleich ausüben, innehaben. Und dies ver- langt einen Satz, eine Ausstattung von Werten, die uns einen kritischen Erwerb von kulturel- len Besonderheiten gestatten.

Das Argument verleiht uns Gründe, Typen der Vielfalt zu erhalten, die mit mensch- licher Würde und anderen fundamentalen Werten kompatibel sind; nicht dass es unter-

miniert, es unterstützt sogar die Suche nach einem allgemeinen Rahmenwerk der kritischen Beurteilung. (...)

## V

Um es zu rekapitulieren: Das Kultur-Argument bringt uns nicht weit, weil Kulturen vielfältig und nicht einfach, dynamisch und nicht statisch sind. Das Argument über das *Gut der Vielfalt* erklärte uns etwas Wichtiges über jeden Vorschlag, den wir billigen sollten: dass es Freiräume bereitstellen sollte, in denen verschiedene wertvolle Formen menschlicher Aktivität aufblühen können.

Wir sollten Vielfalt ohne einen starken Grund weder ausklammern noch sogar einer Gefahr aussetzen. In der Anerkennung der Tatsache, dass einige traditionelle Praktiken verletzend und böse sind und einige gegenüber anderen Elementen einer anderen Kultur lebhaft feindlich, sind wir durch unser Interesse an einer Vielfalt gezwungen, eine Gruppe von Kriterien zu entwickeln. (...) Auf ihrer Grundlage sind die Praktiken, die wir vorfinden, einzuschätzen, indem wir fragen, welche sind es wert, aufbewahrt zu werden und welche nicht. (...)

Noch darüber hinaus: Unsere Welt enthält viele verschiedene Kulturen und Religionen, viele verschiedene Traditionen und viele verschiedene Vorstellungen darüber, was im Leben einen Wert besitzt. Die Achtung für diese Pluralität scheint eine wichtige Eigenschaft für jede angemessene moderne Sozialdemokratie zu sein. (...) Der Ansatz, auf Kompetenzen zu bauen, hat deshalb einen Großteil seiner Aufmerksamkeit der Frage nach der Achtung des Pluralismus gewidmet. Zusätzlich zu den Antworten auf die drei kritischen Argumente, die ich soeben entworfen habe, verleiht der Ansatz dem positiven Respekt der Pluralität seine wirkliche Struktur. (...)

*Der Vortrag wurde auf dem Ethik-Kongress des KULTURFORUMS DER SOZIALDEMOKRATIE im Februar 2002 in Berlin gehalten. Die vollständige Version können Sie unter [www.frankfurter-hefte.de](http://www.frankfurter-hefte.de) nachlesen.*

WOLFGANG THIERSE

## Das gute Leben.

Zivilgesellschaft  
und öffentliche Güter

Nach dem Terrorangriff auf die USA und dem Afghanistan-Krieg ist das Aufeinandertreffen der Kulturen mehr denn je Thema. Es kommt jetzt darauf an, genau zu klären, was wir mit dem Wort Kultur meinen, wenn wir einerseits von kultureller Selbstvergewisserung, andererseits von kultureller Toleranz sprechen. Vielleicht stehen jetzt auch manche Illusionen eines flotten Multikulturalismus auf dem Prüfstand. Beliebigkeit wäre falsch, es führt kein Weg an einem normativen Minimalkonsens vorbei, der auch als universelle Geltung von Menschenrechten unter allen Religionen und Regierungen beschreibbar ist

Martha C. Nussbaum hat in ihrem Beitrag einem kulturellen Relativismus menschliche Gemeinsamkeiten an Bedürfnissen und Fähigkeiten entgegen gestellt, kulturübergreifende Standards, die in aristotelischer Tradition essenzialistisch begründet werden. Ausgehend vom Recht des Einzelnen auf ein möglichst gutes Leben wird so postmoderner Relativierung von Werten und neoliberalen Anti-Universalismus widersprochen.

Wo der Selbstlauf der Ökonomie und verkürztes betriebswirtschaftliches Denken die Lebensqualität einzelner oder vieler bedrohen, ist nicht mehr nur der Staat, sondern auch die Zivilgesellschaft gefordert. Es geht um die Verteidigung der öffentlichen Güter gegen Zerfallstendenzen der zunehmend individualisierten, liberalen Wohlstandsgesellschaft, in der die Orientierung an Werten wie sozialer Verantwortung und Solidarität nachzulassen droht. Die Aktivierung der Zivilgesellschaft hat hierbei dreifache Bedeutung: als Sozialisation »gesellschaftsfähiger« Einstellungen und Verhaltensweisen, als Partizipation verstärkter Teilhabe und direkter Demokratie, sowie als effiziente und bedürfnisgerechte Bearbeitung gesellschaftlicher Probleme.



Gutes Leben unter globalisierten Bedingungen? Jugendliche Arbeitslose in Dortmund.

### Zivilgesellschaft:

#### Gefährdungen und Auswege

Auch in Europa signalisieren das plötzliche Wiederauftauchen rechtsradikaler Gewalt und die Renaissance ethnischer Konflikte neue, aber gleichwohl bekannte Gefahren. Die Wahrnehmung sozialer Polarisierungen, von Gewalt in Schulen oder öffentlichen Räumen über Räume der Gesetzlosigkeit, sogenannten *No-Go-Areas*, bis zur Verödung der Kultur auf dem Markt kommerzieller Medien erzeugt Angst vor Zerfallsprozessen, die auch die Mittelschichten ergreift und einen merklichen politischen Rechtsruck auch in so wohlhabenden Ländern wie Österreich oder Dänemark unterstützen. Je deutlicher Erscheinungen zunehmender Anomie und sozialer Ausgrenzung ins Blickfeld treten, umso dringlicher stellt sich jedenfalls die Frage nach den Werten. Der Bedarf an zivilgesellschaftlichen Lösungen steigt in Zeiten beschleunigten Wandels, des Zerfalls tradierter Institutionen und Bindungen, entsprechend nimmt das Verlangen nach Sicherheiten, nach sozialer Kon-

trolle und nach der Erneuerung »alter« Werte zu. Es geht um die Stärkung des sozialen Zusammenhalts. Auf die Zivilgesellschaft richten sich viele Hoffnungen, wenn der Sozialstaat und seine Integrationsinstrumente zu versagen drohen. Das ist berechtigt, verstehen wir sie vor allem als eine Art dritte Kraft, die nach dem Prinzip der demokratischen Selbstregulierung die Balance zwischen Staat und Individuum, zwischen Gerechtigkeit und Freiheit, Solidarität und Individualität austariert. Sie setzt einerseits Initiative und Eigenverantwortung frei, andererseits organisiert sie den Schutz der Schwachen.

Es geht dabei nicht darum, den Staat aus seiner sozialen Verantwortung zu entlassen, sondern um ein Arrangement von Rechten und Pflichten innerhalb des Dreiecksverhältnisses Individuum, Gesellschaft und Staat, um eine Art von Gesellschaftsvertrag. Seine drei Säulen sind bürgerschaftliches Engagement, gesellschaftliche Öffentlichkeit, die sich durch kooperative Zusammenschlüsse formiert, sowie öffentliche, durch den Staat geschützte Güter und Räume.

## Politische Tugenden und psychische Dispositionen

Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität bezeichnen die aus der Französischen Revolution stammenden gemeinsamen Grundwerte. Eine funktionierende Demokratie ist darauf angewiesen, dass individuelle Rechtsansprüche und soziales Verantwortungsgefühl einander ergänzen, dass Bürger sowohl ihre individuellen Rechte einfordern als auch ihren sozialen und politischen Pflichten nachkommen, zum Beispiel der Teilnahme an Entscheidungen über ihre allgemeinen Angelegenheiten.

Das Modell des autonomen und rationalen Bürgers muss jedoch um wenigstens zwei Merkmale erweitert werden: Einmal bedarf es der Entwicklung und Pflege von Empathie, d.h. der vornehmlich emotionalen Fähigkeit, sich in andere Menschen und ihre jeweiligen Empfindungen bzw. Wahrnehmungen einzufühlen. Denn wir sind im Horizont der Globalisierung auch im eigenen Land immer mehr mit anderen, mit »fremden« Welten konfrontiert, die manchen Angst machen. Wenn wir den demokratischen Zusammenhalt der Gesellschaft sichern wollen, müssen wir uns darum bemühen, Verständnis und Kooperationsbereitschaft auch über kulturelle Grenzen hinweg zu stärken.

Die zweite Dimension rekurriert auf die Fähigkeit, persönliche und ideelle Bindungen einzugehen und zu erhalten. Sie sind in der gegenwärtigen Erfahrung von rapidem Wandel und ausgreifenden Mobilitätsanforderungen notwendig, um Selbstvertrauen und Ich-Stärke als Grundlage von Demokratie und aktiver Bürgerschaft zu stützen und zu fördern.

Empathie und die Bereitschaft, Bindungen einzugehen, vereinigen sich in der Fähigkeit zu Selbst- und Fremdvertrauen. Deren Praxis vermehrt das sog. »Sozialkapital«, das man als psychische Substanz einer aktiven Zivilgesellschaft bezeichnen kann.

## Gesellschaftliche Öffentlichkeit und Kooperation

Im neoliberalen Diskurs der neunziger Jahre stand das Konzept *Zivilgesellschaft* vor allem für eine Strategie der Entlastung des Staates. Wenn die Einrichtungen der Zivilgesellschaft soziale Aufgaben besser erfüllen können, als eine Staatsbürokratie, dann deshalb, weil sie kommunikative oder kooperative Beziehungen zwischen Gebern und Nehmern von Leistungen etablieren können. Dadurch können die Leistungen qualitativ womöglich besser, unter bestimmten Umständen gewiss auch effektiver gestaltet werden. Allerdings hat dies auch seinen Preis: Wo gesellschaftliche Bindungen soziale Rechte ersetzen, ergeht Gnade vor Recht, entstehen also Abhängigkeiten und bleibt Freiheit auf der Strecke.

Die Konzeption der Stärkung der Zivilgesellschaft läuft keinesfalls auf weniger Politik hinaus und auch nicht in jedem Fall auf weniger Staat. Wenn die Zivilgesellschaft festlegt, welche Themen und Bereiche in welcher Weise zum Gegenstand der Politik werden, ist auch der Umfang der staatlichen Verantwortung ein Produkt zivilgesellschaftlicher Konsensbildung. Immer wenn relevante gesellschaftliche Kräfte Handlungsbedarf sehen, weil die spontane Selbstorganisation keine akzeptablen Resultate hervorbringt, kommt zumindest die Politik ins Spiel. Auch wenn vorgegebene Sachzwänge den politischen Entscheidungsspielraum einzuengen scheinen, so sind es in letzter Instanz die Bürgerinnen und Bürger selber, die entscheiden, in welchem Gemeinwesen sie leben wollen.

Natürlich trifft das auch dort zu, wo die Gesellschaft Bereiche der spontanen wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Selbstregulierung überlässt. Auch dabei handelt es sich um eine politische Entscheidung. Aber auch die Umkehrung muss gelten: Zivilgesellschaftliche Bewegungen und Debatten können auch zu einer Erweiterung der staatlichen Kompetenzen führen. Beispiele der Vergangenheit sind die Umweltpolitik oder die Pflegeversicherung. Das Spektrum der

staatlichen Verantwortung unterliegt also einer ständigen Überprüfung und Revision seitens der Zivilgesellschaft und ihrer Assoziationen. Die Zivilgesellschaft delegiert einen Teil der gesellschaftlich relevanten Entscheidungen an die gewählten Politiker, sie gibt damit aber gleichzeitig vor, welches die Gegenstände der Politik sind.

### **Zivilgesellschaft braucht öffentliche Güter und Räume**

Die Zivilgesellschaft ist, anders als mancher Zungenschlag in der Debatte nahe legt, keine Alternative zum demokratischen und sozialen Staat. Der rechtsstaatliche Rahmen und das sozialstaatliche Fundament bleiben die entscheidenden Voraussetzungen für eine Entfaltung bürgergesellschaftlicher Subsidiarität. Es geht aber um einen Lernprozess hin zu einem veränderten staatlichen Selbstverständnis. Die Modernisierung des Staates bezieht sich vor allem darauf, zu lernen, wie er intermediäre Strukturen, die öffentliche Sphäre und neue Organisationsformen jenseits von Markt und Staat fördern und stützen kann.

Die liberale Auffassung, dass eine Reduzierung der Regelungsdichte der Königsweg zur Freisetzung der gesellschaftlichen Selbsthilfekräfte sei, greift deshalb zu kurz. Wichtiger sind der Regelungstypus und das Interventionsmodell. Ein Staat, der nicht nur das Ziel, sondern auch die Mittel zur Erreichung des Ziels vorschreibt, lässt den Bürgern zu wenig Raum, den konkreten Bedingungen entsprechend an der Lösung der Probleme mitzuwirken. Zu den Reformaufgaben, die bewältigt werden müssen, gehört u.a.: die bessere Gleichstellung der ausländischen Mitbürger, die Ergänzung der repräsentativen parlamentarischen Demokratie durch Elemente der direkten Demokratie, die Förderung des föderalen Aufbaus des Staates durch die Stärkung der Finanzkraft vor allem der Gemeinden.

Trotz der zunehmenden Selbsthilfekompetenz der Bürger wird es in den mei-

sten Fällen wohl nicht möglich sein, öffentliche (Dienst-)Leistungen vollständig durch individuelle oder gemeinschaftliche Selbsthilfe zu ersetzen. Oft bietet sich aus Effizienzgründen die Kombination von professioneller Leistung und Laienmitwirkung, Selbsthilfe und sozialstaatlicher Unterstützung an. Diesen kombinierten Modellen wird wohl in vielen Bereichen die Zukunft gehören. Damit aber solche flexiblen Kooperationsmodelle ihre volle Wirkung entfalten können, müssen die öffentliche Verwaltung und die sozialen Sicherungssysteme grundlegend reformiert werden. Das betrifft die Sozialgesetzgebung und den vorherrschenden konditionalen Regelungstypus, die Organisation öffentlicher sozialer Dienste, die auch hier unübersehbare Dominanz der Anbieterinteressen, die Kooperationsfähigkeit der Dienstleister und des Verwaltungspersonals.

Zivilgesellschaftliche Strukturen können durch Freistellungsregelungen, Fortbildungs-, Qualifizierungs- und sonstige Maßnahmen der materiellen und immateriellen Anerkennung gefördert werden. Die Voraussetzungen dafür sind gesetzgeberisch im Stiftungsrecht, Steuerrecht, Vereinsrecht, Sozialrecht, Arbeitsrecht, Gemeinnützigkeitsrecht, im Haftungsrecht und im Versicherungsschutz zu schaffen. Eine wertorientierte Politik der sozialen Demokratie braucht also die Förderung zivilgesellschaftlicher Strukturen. Doch sie ersetzt keinesfalls die öffentliche Daseinsvorsorge, die einen gleichen, solidarischen und erschwinglichen Zugang zu lebenswichtigen Diensten und Leistungen für alle Bürger gewährleistet. Es muss öffentliches Gut bleiben, über die bloße Existenzsicherung hinaus die Teilhabe am öffentlichen und gesellschaftlichen Leben zu fördern. Und es bleibt Aufgabe der politischen Gestaltung, auch unter globalisierten Bedingungen möglichst viel des guten Lebens im Sinne des Wertekatalogs von Martha C. Nussbaum zu ermöglichen.

## GLOTZ – METZ – SIEP Diskurs über die Menschenwürde

*Worin besteht angesichts biomedizinischer Entwicklungen, aber auch im aktuellen Zusammenhang sozialer, religiöser und ethnischer Konflikte, die Würde des Menschen? Welchen Humanismus brauchen wir? Welches Gedächtnis braucht die Zukunft des Menschen? Diese Fragen diskutierten Theologen, Philosophen und Soziologen im Rahmen des Ersten »Ahauser Forums Politische Theologie«. Den Abschluss bildete eine Podiumsdiskussion über das Thema »Die Würde des Menschen – theologisch, politisch, philosophisch« mit Johann Baptist Metz, emeritierter Professor der Theologie in Münster/Wien und Begründer der neuen Politischen Theologie, dem Chefredakteur dieser Zeitschrift, Peter Glotz, und Ludwig Siep, Professor für Philosophie an der Universität Münster und Mitglied verschiedener Ethik-Kommissionen.*

*Die Diskussion wurde von Johannes Sabel zusammen gestellt.*

*Wo ist die Würde des Menschen heute bedroht?*

**Peter Glotz:** Am stärksten könnte die Menschenwürde bedroht werden durch einen neuen Dreißigjährigen Krieg. Ich beziehe mich dabei auf den Terrorismus und den Konflikt zwischen der Aufklärungswelt, in der wir leben, und Menschen, die offensichtlich bereit sind, ihr eigenes Leben zu opfern, weil sie diese Art von Welt, Säkularisierung und Massenkultur als Bedrohung ihrer eigenen Lebenswelt und ihrer eigenen religiösen Existenz halten. Man muss sich Folgendes vorstellen: Es muss nicht immer ein *World Trade Center* in die Luft gesprengt werden. Was passiert eigentlich, wenn alle drei Monate – und zwar nicht nur in den USA, sondern auch in London, in Lyon, in Zürich und in München – ein Supermarkt gesprengt wird, eine Bombe vor einem Kindergarten explodiert, ein Privatflugzeug in ein Atomkraftwerk rast oder eine kleine Stadt mit einem Flugzeug überflogen wird und Giftstoffe da-

rüber ausgesprüht werden? Das erste, was passieren wird, ist der starke Staat – die Rückkehr des Leviathan. Und was passiert, wenn die Menschen den Eindruck bekommen, auch der starke Staat kann uns nicht schützen? Denn es ist ja nicht gesagt, dass Fingerabdrücke im Pass und Militäraktionen von George W. Bush, unterstützt von Deutschland, Frankreich und anderen Ländern aus Europa, dies wirklich verhindern. Was passiert, wenn das zu einer zerfallenden Loyalität mit dem Staat führt, sozusagen als nächste Stufe nach dem starken Staat?

Zweitens stehen wir vor einem neuen Phänomen. Der Industriekapitalismus wird abgelöst durch den digitalen Kapitalismus, geprägt durch vier Trends: *Dematerialisierung* – der Weg von der Hardware zur Software, *Beschleunigung* – was unser aller Leben betrifft, *Dezentralisierung* und *Globalisierung*. Das bringt einerseits Wachstum und Wohlstand. Vielleicht kann man andererseits diese neue Welt-Finanzarchitektur, die durch Informations- und Kommunikationstechniken entwickelt worden ist, international bekämpfen – die EU ist dazu vielleicht ein Versuch. Bisher sind die Globalisierungsgegner mit ihren Vorschlägen aber relativ hilflos. Das scheint mir eine zweite Gefahr, weil sich die Kluft zwischen Reich und Arm unglaublich vergrößert.

*Letzte Bemerkung:* Ich glaube nicht, dass die Menschenwürde insbesondere durch maßlose Aufklärer aus der Naturwissenschaft gefährdet wird. Wir sind weit davon entfernt, dass die Natur das Produkt unserer eigenen Wunscherfüllung werden könnte. Die Idee, dass wir inzwischen dabei sind, die Natur beliebig verändern zu können, manipulieren zu können, kann eigentlich nur aus der Geisteswissenschaft kommen.

**Johann Baptist Metz:** Die erste Tendenz, die ich feststelle, ist eine Tendenz zum äquivalenten Denken oder zum Tauschdenken, das ich in unserer gegenwärtigen Situation erkennen kann. Die Würde des Menschen ist ja kein klassisch theologischer Begriff oder



**Ahauser Gespräche:  
Peter Glotz im  
Dialog mit dem  
Theologen Johann  
Baptist Metz.**

in den Geisteswissenschaften gesicherter Begriff. Deshalb greife ich auf Kant und seine *Grundlegung der Metaphysik der Sitten* zurück, wo es heißt: »Im Reich der Zwecke hat alles entweder einen Preis oder eine Würde. Was einen Preis hat, an dessen Stelle kann auch etwas anderes als dessen Äquivalent gesetzt werden. Was dagegen über allen Preis erhaben ist, mithin kein Äquivalent verstattet, das hat eine Würde.«

Es gibt gegenwärtig eine Diskussion um die Frage, inwieweit das Dasein eines behinderten Kindes womöglich als Schadensfall betrachtet werden muss. Das wurde im Kassationsgericht in Paris entschieden und zwar auf die Klage einer Mutter hin, dass ihr Arzt sie nicht rechtzeitig bei der FND, der pränatalen Untersuchung, darauf aufmerksam gemacht hätte, dass ihr Kind behindert sei. Sie hat es zur Welt gebracht und gesteht im Nachhinein, sie hätte es abgetrieben, wenn sie das von ihrem Arzt gesagt bekommen hätte. Dafür hat sie dann hundertprozentigen Schadensersatz bekommen. Der Selbstwert verwandelt sich zum Tauschwert. Und wir leisten in unseren Prozessen womöglich Schrittmacherdienste in diese Richtung.

Ich sehe eine Tendenz im Hintergrund, die auch wieder mehr als Gefahr – nichts

anderes – gekennzeichnet sein will: Ich glaube, dass es heute nicht nur Kulturkämpfe an den Grenzen des Westens hin zu den östlichen islamischen Ländern gibt, sondern dass wir auch innerhalb des Westens selber so etwas wie einen Konflikt von Kulturen haben: Zwischen einer primär experimentierorientierten Kultur und einer immer auch noch gedächtnisorientierten Kultur, die sich den begrenzten Einspruch des Menschen, der eben nicht nur sein eigenes Experiment ist, sondern auch sein ihn und andere verpflichtendes Gedächtnis erlaubt. Da sehe ich Gefahren.

*Zweitens* sehe ich eine Tendenz zum Verschwinden des Menschen in der Sprache der Wissenschaften. Der wissenschaftliche Diskurs ist eigentlich in allen seinen Bereichen – auch in denen der Geisteswissenschaften und in der Philosophie – heute mindestens von einem methodologischen Atheismus geprägt. Gott kommt – das ist heute Konsens – in der Wissenschaftswelt nicht mehr vor. Gut, aber meine Rückfrage ist eben: Kommen denn wir, kommt denn der Mensch noch vor in unserer Wissenschaftssprache? Oder ist nicht die Rede von dem Menschen inzwischen zu dem ersten und eigentlichen Anthropomorphismus unserer

Wissenschaftswelt geworden? Und zwar auch in der immer subjektloser, technomorpher werdenden Systemsprache der Geisteswissenschaften.

Wer also von Gott reden will, der wird immer wieder und immer noch von einem Menschen reden müssen, der eben nicht nur sein Experiment ist, seine eigene Objektivität, Resultat reiner Beobachtungs- und Analysensprache, sondern fundamentaler sein eigenes Gedächtnis. Und die Theologie erzwingt, so meine ich, für den rationalen Diskurs auch und trotz allem die Differenzierung der Rationalität in eine technische und in eine anamnetische Rationalität, die ich für wichtig halte nicht nur für die Rede der Theologen von Gott, sondern auch für die Rede vom Menschen, solange der Mensch als Mehr und Anderes gilt denn als das letzte noch nicht völlig durchexperimentierte Stück Natur.

*Dritter Punkt:* Es gibt so etwas wie Entwürdigungstendenzen in der heutigen Welt, und zwar würde ich das gerne auch sagen im Spiegel der Reaktionen auf den Terroranschlag vom 11. September.

Wir haben sehr schnell den 11. September und seinen Terrorismus in den uns vertrauten Schemata der Entwürdigung interpretiert: Das sei Ausdruck der Unterdrückung, der Ausbeutung der bisherigen, sogenannten Dritten Welt, Ausdruck auch der Globalisierungsoffer usw. Aber natürlich, das ist es auch, und die Forderung, endlich müsste der Westen lernen, sich selber nicht nur mit seinen eigenen Augen zu schauen und zu schätzen, sondern auch gerade mit den Augen dieser übrigen Welt, ist richtig. Etwas wichtiges kommt aber noch dazu: Es ist interessant, dass die islamische Welt nicht primär von Unterdrückung, von Ausbeutung, Verelendung spricht, sondern von Entwürdigung, von Demütigung, von Unterschätzung der kulturell-religiösen Eigenart. Hier geht es nicht nur um soziale, sondern hier geht es auch um kulturell-religiöse Konflikte. Und da würde ich vorsichtig sein, wenn uns gesagt wird, das sei kein Kampf der Kulturen, sondern es sei ein

Kampf um Kultur. Das kann man so sagen, wenn man hinzufügt: Kampf um eine künftige Kultur. Wenn es denn ein Kulturkampf ist, dann dürfte er nicht so vonstatten gehen wie die Wiedervereinigung in Deutschland: Der Bestand ist fertig und der Osten passt sich dem Westen an.

Einer der entscheidenden Punkte, der z.B. Jürgen Habermas bewogen hat, über unsere säkularisierte Welt und den Prozess der Säkularisierung in einer neuen Sprache nachzudenken, ist genau diese Beobachtung, dass man gewisse Konflikte überhaupt nicht begreifen kann, wenn man das religiös-kulturelle Sprachspiel, in dem sie sich ausdrücken, nicht ernster nimmt, als wir das in unserer säkularisierten Welt tun und meinen, dieser Säkularisierungsprozess sei ein undialektisch abgeschlossener und überschaubarer Prozess. Das ist er nicht. Wenn ich sage, die Würde des Menschen habe mit Kultur zu tun, heißt das nicht, die Würde ist Resultat einer kulturellen Zueignung, Attribution. Würde kann man sich nicht zusprechen. Wenn man sie sich zuspricht, kann man sie sich auch absprechen. Sie ist unantastbar.

**Ludwig Siep:** Wo ist die Würde des Menschen jetzt gefährdet? Immer noch am ehesten durch menschenunwürdige Lebensbedingungen vor allen Dingen in den Megastädten der Dritten Welt, durch totalitäre Herrschaftsmethoden, von denen es immer noch zu viele auf dieser Welt gibt. Auch durch Terrorismus in dem zunehmenden Maße der Instrumentalisierung des Menschen – wenn sie sich etwa dieses volle Flugzeug mit Menschen als Waffe vorstellen. Möglicherweise auch durch die Reaktionen auf den Terrorismus, insofern man zumindest die Befürchtung haben muss, dass in diesen Reaktionen die Kriegsrechte und die Völkerrechte, die sich seit einigen Jahrhunderten durchgesetzt haben, und die Verrechtlichung der internationalen Beziehungen auf der Strecke bleiben könnten. Weiterhin ist sie immer noch sehr gefährdet durch Repressionen gegen Min-

derheiten – bis zu Vertreibungen, Massakern, Diskriminierung von Fremden. Schließlich ist sie auch gefährdet durch einen ausschließlich technischen Umgang mit dem Menschen – da würde ich Herrn Metz zustimmen –, den es nicht nur in der Medizin und der Biotechnologie gibt, sondern auch im totalen Ökonomisieren der sozialen, menschlichen Verhältnisse.

Wenn ich diese Liste aufzähle, dann habe ich offenbar verschiedene Begriffe von Menschenwürde gebraucht oder zumindest verschiedene Konnotationen. Und ich denke, man sollte unterscheiden – die Philosophen tun das immer gerne –, Distinktionen ansetzen im Begriff der Menschenwürde. Offenbar habe ich in der ersten Bemerkung einen positiven Begriff von Menschenwürde verwandt, indem ich sage, die Menschen leben unter menschenunwürdigen Verhältnissen. Da ist also Menschenwürde eine Art von Lebensniveau oder Lebensart, die dem Menschen zusteht, und wenn er die nicht erreicht, dann lebt er menschenunwürdig. Dieser Begriff hat sich am stärksten im 19. Jahrhundert in der Gegenbewegung gegen die frühen industrialisierten Verelendungen gebildet und ist im 20. Jahrhundert natürlich jetzt in unserer Erfahrung vor allen Dingen auf Verhältnisse in den ganz armen Ländern ausgedehnt worden. Das ist ein positiver Begriff von Menschenwürde.

Wenn ich von den Menschenwürdeverletzungen spreche, benutze ich einen negativen Begriff von Menschenwürde, und das ist der Begriff, der in erster Linie in unserem Grundgesetz verankert ist: Die Menschenwürde ist unantastbar. Dies wird dann ausgefaltet in den Grundrechten. Überall da, wo diese Grundrechte verletzt werden, ist die Menschenwürde betroffen. Wir haben hier einen Abwehrbegriff von Menschenwürde.

Einen *dritten* Begriff von Menschenwürde, der wieder eher ein positiver Begriff ist, ergibt sich aus bestimmten Formen des Umgangs mit dem Menschen, und dazu gehört möglicherweise auch der gentechno-

logische, biotechnologische, medizinische Umgang. Hier beziehe ich mich auf ein bestimmtes Menschenbild und sage, dass wir eine bestimmte Vorstellung vom Menschen haben, die beeinträchtigt werden könnte, verloren gehen könnte. Das heißt, wir haben verschiedene Begriffe von Menschenwürde, die in unterschiedlicher Weise und in verschiedenen Formen gefährdet ist.

Was die Gefährdung durch die moderne Biotechnologie angeht, so müssen wir zwei Dinge unterscheiden. Das eine ist die Möglichkeit, den Menschen zu optimieren. Herr Glotz bezweifelt, dass es die Möglichkeit gibt. Aber die Frage, wie weit wir in die Nähe dieser Möglichkeit kommen, ist nicht so entscheidend, sondern die Frage ist, welches Ziel wir haben im Umgang mit dem Menschen. Denn es gibt ein Projekt mit dem Menschen, das sie von Bacon an, seit dem 16. Jahrhundert, verfolgen können, ein Projekt zunächst mit der Natur – die Natur so zu verbessern, dass sie dem Menschen dienstbar wird, auch wenn wir davon noch weit entfernt sind. Und durch die Möglichkeiten, in die Natur einzugreifen auf dem Gebiet der genetischen Pläne für das Lebendige und schließlich auch des Menschen, besteht die Möglichkeit, dass diese Zielsetzung für unseren Umgang mit der Biotechnologie und dann auch mit der Medizin leitend sein wird.

Wenn sie sich z. B. in der Ausstellung »Genwelten«, die durch Deutschland gegangen ist, die Samenbank ansehen, die man in Amerika gesammelt hat von berühmten, sozusagen vorbildlichen Menschen, Nobelpreisträgern und anderen – dann erkennt man eine bestimmte Zielsetzung, die intuitiv viele Menschen immer noch leitet: Dass man Menschen verbessern könnte nach einem ganz bestimmten Bild. Insofern würde ich auch von Tendenzen sprechen. Die Frage ist, ob diese Tendenzen auch da anzutreffen sind, wo wir es in erster Linie mit Therapie, mit Heilung zu tun haben.

*Müsste nicht gerade das geisteswissenschaftliche Denken vor dem Hintergrund des 11. Sep-*

tembers auf seine ideologisierende und radikalisierte Kraft hin überprüft werden? Führt es nicht – viel mehr als die Naturwissenschaften – zu einer Verdinglichung des Menschen?

**Siep:** Die Geisteswissenschaften können als Wissenschaften nicht die totale Einspinning in eine Weltanschauung, wie sie dem religiösen oder auch politischen Fanatiker eignen, unterstützen. Diese Geisteswissenschaften sind dazu verpflichtet, die Kulturen nebeneinander zu stellen und den Horizont zu öffnen.

**Metz:** Ich bin da pessimistischer, was die Geisteswissenschaften angeht. Die Systemtheorie z. B. ist im Grunde genommen eine der Biologie abgelesene Wissenschaft, jedenfalls nach dem Selbstbekenntnis von Niklas Luhmann. Die Systemtheorie spielt in den Naturwissenschaften fast überhaupt keine Rolle, aber in der Geisteswissenschaft. Und dort ist das Subjekt erledigt, das ist die Prämisse der Diskussion. In unserer Gesellschaft, in der die Wissenschaft zur Definition dieser Gesellschaft gehört und nicht ein marginales Phänomen ist, ist die Wissenschaft in einer Situation, in der sie die Orientierungshilfe, die wir für unsere Diskussion brauchen – die Würde des Menschen –, nicht liefern kann oder zu wenig bietet. Der Tod des Subjekts wird ja nicht in den Naturwissenschaften verkündet, Foucault war kein Naturwissenschaftler. Nietzsche sagt, das Ich, das ist ein Anthropomorphismus, das ist etwas Dahintergestecktes, das ist die Grundbeirung der Geistes- und Religionsgeschichte des Abendlandes. Wir leben in einer Zeit des atmosphärischen Nietzsche, was wir postmodern nennen, wenn wir es nicht unterschätzen wollen.

*Was sind die politischen Konsequenzen der biotechnologischen Forschung? Welche Argumente kommen etwa in der Debatte um die Stammzellenforschung zum Tragen und in welche Konflikte führen sie?*

**Glötz:** Der Politiker weiß, dass Stammzellenforschung in wesentlichen industriellen Ländern wie Frankreich, USA, England, Israel betrieben werden wird. Nun weiß der



Foto: Heinz Duttmann

**Prof. Ludwig Siep:** »Es gibt verschiedene Begriffe von Menschenwürde«.

Politiker auch, dass Robert Spaemann sagte: Jede wirtschaftliche Argumentation bei der Würde des Menschen ist unwürdig, unerträglich und nicht akzeptabel. Aber gleichzeitig weiß dieser Politiker, wenn er etwa Bundeskanzler ist, dass die biotechnologische Industrie eine der zwei, drei großen Zukunftsindustrien der nächsten dreißig Jahre sein wird – und auf ihm lasten 4 Millionen Arbeitslose, die statt weniger immer mehr werden. Dann fragt er sich: Was hilft mir nun diese Argumentation?

Und er hat noch ein weiteres Argument: Wenn die Versprechungen oder Hoffungen der Wissenschaftler eintreffen sollten und durch diese Stammzellenforschung wirklich die Möglichkeit gegeben ist, Organe zu transplantieren, ohne dass sie vom Immunsystem abgestoßen werden, oder dass Medikamente entwickelt werden gegen Multiple Sklerose oder Alzheimer oder andere schwere Krankheiten, dann wird es völlig unmöglich sein, diese dann in diesen Ländern entwickelten Präparate den Deutschen zu versagen. Ist es dann moralisch und berechtigt zu sagen: Die sollen die Forschung +betreiben, wir aber halten uns sauber, wenn aber Ergebnisse kommen, nehmen wir die Medikamente auch?

Das ist im Grunde genommen die Argumentation von Schröder. Was ist an solchen politischen Überlegungen unerträglich, falsch, illegitim, Herr Theologe?

**Metz:** Der Moralthologe, der ich nicht bin, sagt sich grundsätzlich: Je mehr es dem Leben an den Kragen geht, umso genauer schaue ich hin. Je zugänglicher das Leben einem letzten, analytischen Zugriff wird, desto mehr geht die Moral den sichereren Weg. Wenn die katholische Kirche in der Diskussion um das Schwangerschaftsthema gewusst hätte, wie eng dies verbunden wird mit der biomedizinischen Diskussion und den biogenetischen Entwicklungen, dann hätte sie noch viel mehr auf Nummer Sicher gesetzt, als sie es ohnehin getan hat.

**Siep:** Das Argument ist völlig in Ordnung und der Gesetzgeber könnte dieses auch benutzen, indem er sich sagt: Das ist zu gefährlich, die Missbrauchs- und die Dammbruchsgefahr ist zu groß. Deshalb bin ich vorsichtig und verbiete das. Dies ist ein legitimes Argument. Aber das normale Argument, das wir in der Debatte hören, von Spaemann etwa, ist kein »Dammbruch«-Argument, sondern ein Statusargument. Dort wird gesagt: Sobald ein individuelles Genom da ist, ist der Mensch vorhanden mit seiner unbedingten Menschenwürde. Und mit diesem Argument kommt man in wirkliche Probleme, sehr schwere Dilemmata.

Wenn Sie sich vorstellen, Sie hätten ein Ehepaar, von dem der Mann eine schwere Multiple Sklerose hat, und es wäre möglich, von seiner Frau eine Eizelle zu bekommen und von ihm aus irgendeiner erwachsenen Zelle das Genom in diese Eizelle zu pflanzen, und es wäre zudem möglich, daraus eine für ihn rettende Regeneration der entsprechenden Gehirnzellen zu erzielen – ob wir dann noch sagen würden: Das ist ein individuelles Genom und deswegen dürfen wir nicht daran rühren? Da bin ich sehr am Zweifeln. Und ob es dann noch im Sinne der Menschenwürde wäre, so zu argumentieren, muss man sich überlegen.

## **b. Gemeinsame Werte – globales Recht**

GESPRÄCH MIT  
HERTA DÄUBLER-GMELIN  
**Vor dem Karlsruher Kongress  
»Recht schafft Zukunft«**

**NG/FH.** Durch die Globalisierung steht das Recht vor ganz neuen Herausforderungen. Wie richten wir unser Recht im 21. Jahrhundert aus?

**Herta Däubler-Gmelin:** Genau das ist das Hauptthema unseres Rechtspolitischen Kongresses Ende April in Karlsruhe. Wir brauchen globale Werte und globales Recht – aber das ist eine Art Revolution, waren Gesetze und Verfassungen bisher doch rein oder überwiegend national orientiert. Globale Probleme, aber auch globale Wirtschaft, Finanzen und Technik zwingen dazu, auch im Bereich des Rechts den Blick viel stärker über die Grenzen zu richten. Und seit den Terroranschlägen vom 11. September wissen wir auch, dass wir gut daran tun, individuelle Rechte, Chancen, Demokratie und Menschenwürde nicht nur in Sonntagsreden für alle Menschen zu fordern, sondern auch ganz praktisch durchzusetzen.

Da Verfassungen, Gesetze und Rechtsprechung ein Teil unserer Kultur sind, viel mit unseren Traditionen, unseren Erfahrungen und unserer Geschichte zu tun haben, stellen sich hier ganz neue Probleme: Wir müssen darüber nachdenken, ob wir gemeinsame Werte finden, dann gemeinsame Fragen durch gemeinsame oder wenigstens abgestimmte Regelungen bewältigen.

In der Europäischen Union sind wir damit schon ein beträchtliches Stück vorangekommen. Das zeigt die Europäische Grundrechte-Charta, aber auch die tägliche Arbeit für das ehrgeizige Ziel eines gemeinsamen Raumes der Freiheit der Sicherheit und des Rechts. Auch im Bereich des größeren Euro-

pa, also den 43 Staaten des Europarates gibt es Fortschritte, wie etwa die Abschaffung der Todesstrafe oder die Biomedizin-Konventionen zeigen.

Auf globaler Ebene gibt es Ansätze, gute Ansätze, wie gemeinsame Konventionen, etwa die über den Verbot von Kindersoldaten, sondern mittlerweile auch der ständige Internationale Strafgerichtshof, der im Herbst dieses Jahres seine Arbeit aufnehmen kann. Hier war es – nach Jahrzehnten mühevollster Vorarbeiten – möglich, sich auf gemeinsame strafrechtliche und strafprozessuale Grundlagen zu einigen. Allerdings fehlen noch große wichtige Staaten, wie die USA oder auch Russland. Aber ich hoffe, dass die in den kommenden Jahren nicht weiter beiseite stehen.

### **I. Thema: Europäische Verfassung**

**NG/FH:** Der Europäische Verfassungskonvent konstituiert sich im Moment. Warum ist eine europäische Verfassung notwendig?

**Däubler-Gmelin:** Wir wollen, dass die Europäische Grundrechtecharta über ihre politische Verbindlichkeit hinaus auch Rechtswirkung entfaltet. Und dass die Grundprinzipien von Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Sozialstaatlichkeit verbindlich in der ganzen EU gelten. Außerdem muss über die Institutionen der EU und ihre Zuständigkeit neu nachgedacht werden – wir brauchen z. B. eine Stärkung des Europäischen Parlaments und in den Räten muss mehr per Mehrheit beschlossen werden können. Auch die Fragen der Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen EU und Nationalstaat, oder des Aufbaus der Gerichtsbarkeit oder die Sprachenfrage müssen vor der anstehenden Erweiterung geklärt sein.

Ich hoffe, dass sich das Arbeitsmodell des Konvents mit seiner Mischung aus Regierungs- und Parlamentsvertretern auch hier bewährt – es war bei der Erarbeitung der Grundrechtecharta ja sehr erfolgreich.

**NG/FH:** Was sollte der Konvent erarbeiten?

**Däubler-Gmelin:** So viel wie möglich und so konkret wie möglich. Wenn er es schafft,



Foto: Stephan Falk

**Für die praktische Durchsetzung individueller Rechte: Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin.**

gemeinsame verbindliche Entscheidungen zu erarbeiten – dann haben wir den Durchbruch. Allerdings wird das nicht leicht werden – die konstituierende Sitzung hat die Schwierigkeiten ja schon aufgezeigt.

**NG/FH:** Um welche Streitfragen geht es bei einer europäischen Verfassung?

**Däubler-Gmelin:** Nun, z. B. um die Verstärkung des Gewichts des Europäischen Parlaments und um die Durchsetzung der demokratischen Selbstverständlichkeit des gleichen Stimmengewichts bei den europäischen Wahlen, um den Zuständigkeitsrahmen und das Mehrheitsprinzip in den Räten, um Zentralisierung oder Dezentralisierung etwa in der europäischen Gerichtsbarkeit – alles das gehört dazu.

**NG/FH:** Welches Gewicht sollte die Grundrechtecharta in der Verfassung bekommen?

**Däubler-Gmelin:** Die Grundrechtecharta gilt heute politisch; sie soll juristisch verbindlicher erster Teil des europäischen Verfassungsvertrages werden. Damit wird dann auch für Europa unterstrichen, dass die Bürgerinnen und Bürger und ihre Rechte im Mit-



»Rechtswirkung für die Europäische Grundrechtecharta«. Die Fragen stellten Irina Mohr und Nobert Seitz.

telpunkt stehen – dass ihr Wohlergehen der Zweck der Europäischen Union ist.

**NG/FH:** Wie sollte die europäische Verfassung legitimiert werden?

**Däubler-Gmelin:** Hier hat sich der Weg über einen Vertrag bewährt, der dann von jedem Mitgliedsstaat verabschiedet wird. Das geschieht auf unterschiedlichem Weg, in Deutschland wohl durch Beschlüsse von Bundestag und Bundesrat mit verfassungsändernder Mehrheit, in Frankreich oder Dänemark durch eine Volksabstimmung. Eine europaweite Volksabstimmung, für die ich politisch viel Sympathie habe, gibt es bisher nicht.

## II. Thema: Internationales Strafgericht

**NG/FH:** Kommen wir zum Thema »Internationales Strafgericht«. Im Januar hat das Kabinett zwei Gesetzentwürfe Ihres Ministeriums beschlossen: Einmal soll Deutschland ein Völkerstrafgesetzbuch bekommen; und zum Zweiten Voraussetzung für die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof geschaffen werden. Was ist das Moderne an diesen Vorhaben?

**Däubler-Gmelin:** Neu und bahnbrechend ist zum Einen, dass wir nach Jahrzehnten der vergeblichen Anstrengungen jetzt endlich einen ständigen Internationalen Strafgerichtshof bekommen, der ab dem Herbst die-

ses Jahres in Den Haag seine Arbeit aufnimmt und dann weltweit für die Verfolgung von schwersten Menschenrechtsverletzungen, Völkermord und Kriegsverbrechen zuständig sein wird. Dort werden Verbrechen und Täter verfolgt, für die bisher niemand so richtig zuständig war. Deutschland hat dieses Vorhaben von Anfang an unterstützt und wird eng mit dem IStGH zusammenarbeiten. Wir haben unsere Gesetze, auch unsere Verfassung schon entsprechend geändert. Damit es zu nahtloser Übernahme auch der Straftatbestände des sog. Römischen Statuts als der Grundlage des IStGH kommt, haben wir unser neues Völkerstrafgesetzbuch geschaffen. Dieses nationale deutsche Gesetz ist schon zu einem Modell für andere Staaten geworden. Das finde ich sehr gut.

**NG/FH:** Wie steht es mit dem Beitritt der USA zum Statut?

**Däubler-Gmelin:** Im Augenblick gehören die USA nicht zu den beitragswilligen Staaten. Das ist schade, weil auch dieses große Land ja den Wert der globalen Stärke des Rechts, das für und gegen Alle gilt, fördern sollte. Im Augenblick scheint diese Überlegung in den USA in den Hintergrund getreten zu sein. Ich kenne jedoch viele hervorragende Persönlichkeiten dort, die ebenso wie ich zunächst für eine Annäherung und dann für einen Bei-

tritt der USA werben. Übrigens sollten auf mittlere Sicht auch Staaten wie Russland und China dem ständigen Internationalen Strafgerichtshof beitreten – wie gesagt, es geht um die globale Durchsetzung der Stärke des Rechts – das muss das Recht des Stärkeren ablösen.

**NG/FH:** Welche Rolle spielt in diesem Prozess die Bundesrepublik?

**Däubler-Gmelin:** Wir werben für den Beitritt der USA, bestehen aber darauf, dass der Internationale Strafgerichtshof ein unabhängiges Gericht ist und bleibt. Auch unsere außerordentlich wirksame Politik der Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Rechts, also etwa der Menschenrechtsdialog mit China, aber auch die Kooperation mit den europäischen Transformationsstaaten und vielen Staaten in Afrika und Asien arbeiten wir bei der Schaffung gemeinsamer Rechtsprinzipien und Mindeststandards mit. Unsere globale Gesellschaft hat nur dann eine Zukunft, wenn Gewalt, Willkür und das Recht des Stärkeren durch die Stärke des Rechts abgelöst wird.

**NG/FH:** Wie kommen unterschiedliche Rechtskulturen zusammen?

**Däubler-Gmelin:** Bei der Erarbeitung des sogenannten römischen Statuts, also der rechtlichen Grundlage des Internationalen Strafgerichtshofs hat das geklappt – obwohl nur jeder weiß, wie schwierig es gerade im Strafrecht ist, sich nicht alleine zu verständigen, welche Verbrechen wie bestraft werden sollen, sondern auch auf die Strafverfahrensregeln, also darauf, welche Rechte der Beschuldigte in Anspruch nehmen kann, wie das mit Untersuchungshaft ist und viele Fragen mehr. Auch im Bereich globaler Vertragssysteme wie etwa der WTO oder der WIPO klappt das ganz gut. In anderen Bereichen allerdings muss noch sehr viel diskutiert und verhandelt werden.

**NG/FH:** Sollte man beim Internationalen Strafgerichtshof das islamische Recht mit berücksichtigen?

**Däubler-Gmelin:** Der ständige Internationale Strafgerichtshof hat seine eigene

Rechtsgrundlage im Statut. Das regelt sowohl, welche schwersten Verbrechen wie bestraft werden sollen, wie auch die Verfahrensbestimmungen. Ich denke, dass hier Staaten mit ganz unterschiedlicher Tradition mitarbeiten können. Das hat sich übrigens auch beim Jugoslawien-Gerichtshof oder beim Ruanda-Gerichtshof gezeigt – auch hier sind ja islamische Gegenden betroffen.

### **III. Thema: Bioethik**

**NG/FH:** Unterstellt, die Kritiker der Entscheidung des Deutschen Bundestags zum Thema Stammzellenforschung hätten Recht und es gäbe die Gefahr eines »Dammbruchs«, welche weiteren Entscheidungen müssten dann getroffen werden?

**Däubler-Gmelin:** Die Diskussion des Deutschen Bundestages am 30. Januar und die dort vorliegenden Anträge hatte das Verdienst, dass sehr viele wichtige, aber ganz unterschiedliche Argumente offengelegt wurden, keineswegs allein das »Dammbruch«-Argument. Nach der Entscheidung der Mehrheit des Bundestages für ein grundsätzliches Verbot des Imports embryonaler Stammzellen, verbunden mit einer Erlaubnismöglichkeit unter sehr engen Bedingungen, muss jetzt ein Gesetz erarbeitet und dann beschlossen werden, das diesem Beschluss entspricht. Der vorgelegte Gesetzentwurf ist sehr interessant – muss aber noch im einzelnen auf Schlupflöcher durchgeprüft werden. Solche Fragen, aber auch den Umgang etwa mit der ja die Selektion fördernden Präimplantationsdiagnostik PID wollen wir auf dem Rechtspolitischen Kongress diskutieren.

**NG/FH:** Ist es notwendig, auf internationaler Ebene zu einer Festlegung zur Biomedizin zu gelangen? Wenn ja, wo sehen Sie Ansatzpunkte?

**Däubler-Gmelin:** Ich halte es gerade in Anbetracht unserer Globalisierungsdiskussion für sehr sinnvoll, gemeinsame Prinzipien zu erarbeiten. Ansatzpunkte dafür gibt es ja schon. Die zeigen freilich auch, wie schwierig es ist, sich sogar im Kreis der Mitglieder des

Europarates zu einigen, obwohl die »Mutterkonvention«, also die Europäische Menschenrechtskonvention von allen getragen wird. Wichtig neben dem Umgang etwa mit Stammzellforschung und PID ist auch die Festlegung, dass Forschungseingriffe am Menschen immer die informierte Zustimmung voraussetzen müssen. Darüber gibt es ja keine Einigkeit, wenn es um Einwilligungsunfähige geht.

#### **IV. Thema: Medienrecht**

**NG/FH:** Im Internetbereich steht das Recht auf informationelle Selbstbestimmung auf dem Spiel. Wäre ein weltweiter Datenschutz durchsetzbar?

**Däubler-Gmelin:** Wenn wir uns auf dem Rechtspolitischen Kongress mit den Auswirkungen des Internet beschäftigen, dann geht es sicherlich zunächst einmal um die großartige Möglichkeit der globalen Kommunikation und der weltweiten Information, die damit verbunden ist. Genau das wird erhebliche Auswirkungen haben – auch für gemeinsame Diskussionen über Werte, für die Entwicklung der Demokratie und gemeinsamer Standards, aber auch die Möglichkeiten etwa der Wissenschaft. Außerdem hat das Internet auch wichtige ökonomische Folgen.

Leider kann man das Internet auch zu kriminellen Handlungen nutzen – da müssen wir einen Riegel verschieben. Und wenn wir in diesem grenzenlosen Medium etwa gegen Hassgruppen oder Rechtsextremisten vorgehen wollen, dann müssen wir das gemeinsam tun. Sonst klappt es nicht. Dass wir dafür auch gemeinsame Vorstellungen über Meinungs- und Informationsfreiheit und deren Grenzen, aber auch über den Datenschutz brauchen, trifft zu. Und hier gibt es erhebliche Meinungsunterschiede z. B. mit den USA und natürlich auch große Schwierigkeiten.

**NG/FH:** Teile der Großmedien scheinen ihre demokratische Kontrollfunktion längst überschritten zu haben. Politische Entscheidungsprozesse werden medial überlagert. Wer kontrolliert eigentlich die

Medienmacht? Gibt es hier Handlungsbedarf?

**Däubler-Gmelin:** Wir werden diesen Fragen viel mehr Aufmerksamkeit schenken müssen als bisher. Das zeigen schon die Entwicklungen in Italien. Aber auch bei uns wird der Einfluss großer Medienunternehmen immer größer; wenn die ihre wirtschaftlichen Interessen gefährdet sehen, haben sie die Chance, die Öffentlichkeit mit ihrer Medienmacht sehr einseitig und nachhaltig zu beeinflussen.

Auch dann, wenn es in Wirklichkeit, wie etwa beim Urheberrecht, um einen fairen Ausgleich der Interessen der Urheber und der Verlage geht. Ich halte übergroße Medienmacht auch für eine ernste Gefahr für unsere Demokratie. Allerdings gibt es noch mehr Fragen, die es zu diskutieren gilt, wie etwa die öffentliche Vorverurteilung von Menschen, denen Vorwürfe gemacht werden, die sich dann bei einer späteren Gerichtsverhandlung als nicht tragfähig erweisen. Ein hochwichtiges Thema, bei uns, in Europa und weit darüber hinaus!

---

#### **MARGOT VON RENESSE** **Muster für wechselseitiges** **Verständnis**

#### **Zum Kompromiss in** **der Stammzellendiskussion**

Descartes hat eindrucksvoll dargelegt, worin modernes Denken und Forschen sich von dem des Mittelalters unterscheidet: Der neuzeitliche Verstand begnügt sich nicht mehr damit, Natur kontemplativ zu betrachten und zu deuten, sondern analysiert und sezziert sie, zerlegt sie in ihre Bestandteile und baut unter Nutzung der aufgedeckten Gesetzmäßigkeiten Welten auf, die in der Natur nicht vorkommen. Die Natur ist für den modernen Geist ein Reservoir voller wunderbarer Bausteine, die derjenige, der sie genau erkannt hat, zu beherrschen weiß, bändigt und mittels schöpferischer Gestaltung entsprechend den eigenen Zwecken nutzen kann. Descar-

tes sah diese Fähigkeit des Menschen mit Zustimmung, ließen sich doch durch Verstandeskräfte zugleich die vielfältigen Gefahren eingrenzen, die dem Menschen in der Natur drohten.

In derselben Zeit, am Ausgang ihres Mittelalters, entstand die Legende, das Volksbuch vom *Doktor Faustus*. Es schildert in klassischer Weise die ambivalente Aufnahme der neuen Gedanken in der damaligen Gesellschaft. Der Gelehrte Faustus war überaus geschickt und brachte Dinge zustande, die jeden anderen in Erstaunen versetzten. Seine Fähigkeiten waren faszinierend: Er konnte an zwei Orten gleichzeitig sein, konnte fliegen und Wein aus einer toten Tischplatte fließen lassen. Aber – und das konnte man sich ja schon vorher denken! – er hatte seine Seele dem Teufel verschrieben und der hat ihn schließlich zu Recht auch geholt.

Das Volksbuch vom *Doktor Faustus* beschreibt die wachsende Angst einer Gesellschaft, die zugleich fasziniert und erschreckt auf die stürmisch sich entwickelnde Naturwissenschaft reagiert. Sie verliert ihre Selbstsicherheit: Schon der Tabubruch der Anatomie hatte das Menschengeschlecht in seinem Selbstverständnis als Krone der Schöpfung schwer gekränkt, was durch Heilerfolge nicht kompensiert wurde. Es kam zu einer Entfremdung zwischen der Wissenschaft sowie denen, die sie betrieben, und dem Volk der »Laien«, die dem naturwissenschaftlichen Experten nicht folgen können, sich aber mit dem identifizieren, der in seiner Hand zum Ding, zur Sache, zum Objekt herabgewürdigt werden könnte. Diesen Graben konnte die Wissenschaft bislang kaum zuschütten, – schon gar nicht mit ihren Erfolgen. Nur kurz, im 19. Jahrhundert mit seiner Fortschrittsgläubigkeit schien Wissenschaft tatsächlich reiner Fortschritt, ohne Trübung durch Zweifel und Sorge.

Aber schon trat die Romantik auf den Plan mit ihrem Misstrauen gegen alles Technische. Es gab in Deutschland schon immer eine unterschwellige Strömung von Ableh-

nung der Wissenschaft, die in die Natur eingreift. Im 19. Jahrhundert, im Zeitalter der explodierenden Industrie und Proletarisierung gesellschaftlichen Schichten floh man erst recht vor den Menschen zu der Natur, wenn auch nicht zu der naturwissenschaftlich ergründeten. Die Romantik mit ihren »weiten Tälern und Höhen« entfaltete ihre Anziehungskraft auf dem Hintergrund der Ablehnung einer Menschengesellschaft, die in einer stets betrogenen Welt leben musste. Man wusste zwar, dass man in der sogenannten Natur nach wie vor dem planenden und schaffenden Menschen begegnete, verschloss aber bewusst die Augen davor, dass die erträumte Urwüchsigkeit schon nicht mehr existierte, sondern alle Landschaften das Ergebnis menschlicher Gestaltung waren.

### **Auslieferung an die Wissenschaft**

Im 20. Jahrhundert wurden Sorgen und Befürchtungen noch intensiver. Das bewirkten nicht zuletzt die furchtbaren Erfahrungen mit dem Einsatz menschlichen Könnens und Wissens bei Kriegen, bei massenhaften Verbrechen und bei gigantischen Irrtümern. Die Eingriffstiefe und -intensität des durch sein Wissen ungeheuer gesteigerten Menschen macht Angst. Nicht nur die den Menschen umgebende Natur, sondern auch seine eigene sind diesen Eingriffen zugänglich. Heute können Menschen, vor allem die in weißen Kitteln, Prozesse steuern, die noch vor einer Generation die Menschen als Naturwesen nur hinnehmen, aber nicht lenken konnten.

Darin liegt die eigentliche Tabuverletzung durch die moderne naturwissenschaftlich ausgerichtete Medizin: Grenzsituationen unseres Lebens, nämlich das Entstehen wie das Erlöschen unserer individuellen Person mussten früher als Ereignisse extremer Passivität erlebt werden. Weder wir selbst, noch ein anderer vermochte etwas dagegen. Die moderne Medizin hat eben diese Vorgänge als Prozesse durchschaut, in die sie punktuell eingreifen kann. Statt sich in der Hand des

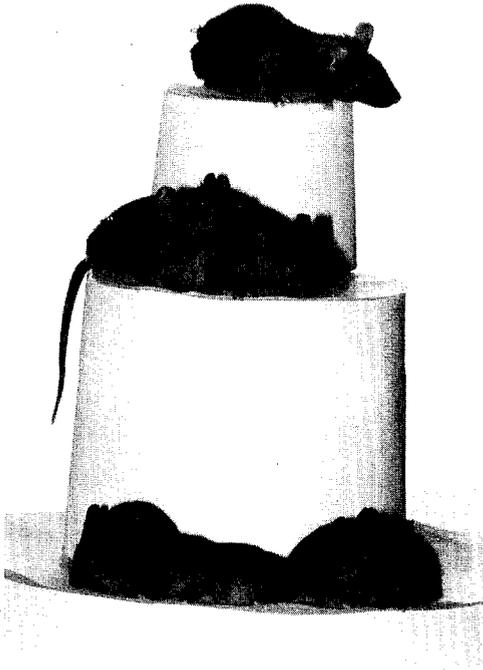


Foto: dpa

**Drei Generationen von geklonten Mäusen.**

Schicksals, des Zufalls oder eines gütigen Gottes zu wissen, findet man sich wissenschaftlichen Experten ausgeliefert, die eben diese Vorgänge beherrschen können. Zwar können sie den Tod nicht endgültig besiegen: Ewiges Leben verheißen sie nicht.

Ebensowenig können Sie wirklich ein Designer-Baby konstruieren mit garantiert strahlender Gesundheit ein Leben lang. Aber selbst solche Märchen finden ihre Anhänger, teils als Horrorszenario und teils als paradiesische Hoffnung. Gerade das Unmögliche für Realität zu halten scheint Menschen zu faszinieren. Daraus entsteht ein Nebeneinander von blinder Anbetung, wie einer bekenntnishaften Ablehnung der modernen Medizin. Beide Haltungen gleichen sich darin, dass sie sich gegen einem Zuwachs an Wissen und Erkennen erfolgreich wehren.

Merkwürdige Koalitionen gibt es an der Ablehnungsfront. Die Bündnisse werden nur verständlich, wenn man sich die geistigen

Strömungen vergegenwärtigt, die ihnen zugrunde liegen:

Eine dieser Strömungen ist ein Abkömmling der katholischen Naturrechtslehre, die sich allerdings von ihrem eigenen Ursprung kräftig entfernt hat und diesen darum nicht mehr reflektiert. Während die Lehre des Thomas von Aquin von aller Naturromantik frei ist und den gehorsamen Dialog des Menschen mit seinem Schöpfer in den Mittelpunkt stellt, vergessen die heutigen Epigonen den zentralen Anteil, den nach Thomas der menschliche Geist als Abglanz göttlicher Vernunft bei der Deutung der Natur besitzt. Sich dieses »göttlichen Funkens« bewusst zu sein, ist Voraussetzung dafür, dass in der Natur Gottesweisheit überhaupt erkannt wird. Hier liegt schon ein Ansatz für das, was Kant später als die für Menschen typische »Freiheit zur sittlichen Entscheidung« bezeichnet. Mit der Freiheit können die spätberufenen Nachfahren der thomistischen Naturrechtslehre nicht mehr so viel anfangen.

Da sind zweitens die Urenkel der romantischen Weltflucht, wie sie im 19. Jahrhundert literarisch geworden ist. Auch sie sprechen von Schöpfung, aber sie kennen keinen Schöpfer mehr. Sie lehnen menschliches Schaffen und Handeln wegen ihrer destruktiven Potenziale ab und setzen Natürlichkeit an ihre Stelle. Ihnen erscheint die Natur als unmittelbarer Ratgeber, ja als Gottheit, deren Weisungen sie zu befolgen meinen. Dass sie selber es sind, die zunächst definieren, was sie unter Natur verstehen wollen, berührt sie nicht. Ihr Glaube an das Natürliche, das sie als solches ausgemacht haben, ist durch Argumente nicht zu erschüttern.

Die romantische Schule hat eine besondere, sehr energische Spielart: ein bestimmter Zweig des Feminismus. Danach sind Frauen besonders berufen, das Natürliche zu erfassen und in ihrem Leben zu verwirklichen. Hier gibt es merkwürdige Widersprüche: Zwar muss frau den (männlichen) Herrgöttern in Weiß den Zugriff auf den weiblichen Körper verwehren, der ihnen so attraktiv erscheint;

auf der anderen Seite sind die Errungenschaften der modernen Medizin – z.B. die Steuerungen der weiblichen Fruchtbarkeit durch Pille oder Spirale, auch der Schwangerschaftsabbruch in frauenschonender Methode – das selbstverständliche Recht der Frauen.

Abgelehnt wird hingegen die moderne Medizin, soweit sie dem Kinderwunsch von Frauen oder Paaren dient. Die Ablehnung betrifft nicht nur die eigene Person und Lebensführung, sondern die Gesamtheit der Frauen. Am besten sollte ein Gesetz alle Frauen daran hindern, Fortpflanzungsmedizin in Anspruch zu nehmen, oder sich freiwillig der Forschung als Probandinnen zur Verfügung zu stellen. Forschung, am weiblichen Körper und dessen Organen, erscheint grundsätzlich als Übergriff.

Auch beim Protestantismus gibt es eine spezielle Argumentationslinie, die zu einer vollständigen Ablehnung der modernen Medizin führt. Sie wird vertreten vor allem von denen, die im diakonischen Bereich kirchlicher Organisationen tätig sind. Ihnen geht es dabei um die Annahme von Leid, Schmerz und Tod. Der Widerstand der modernen Medizin gegen Krankheit, Behinderung und Leiden wird als Aufstand des rebellischen Menschen gegen Gott gedeutet. Das geduldige »Tragen des Kreuzes« erscheint als angemessene Reaktion der Leidenden; solidarische Hilfeleistung und Bewährung christlicher Nächstenliebe ist für die Umgebung individueller und gesellschaftlicher Gewinn. Manche Stimmen dieser Richtung gehen dabei so weit, die Eindämmung von Behinderungen, die Heilung von Krankheiten als gesellschaftlichen Verlust zu beklagen.

Die genannten Strömungen verbinden sich zu vielerlei Mischungen, münden aber im Ergebnis immer auf eines: Das Streben der modernen Medizin, Erkenntnisse zu vermehren und Behandlungsoptionen zu erweitern, wird als Anmaßung und gefährliche Verirrung denunziert.

Im Vorfeld der Entscheidung des Deutschen Bundestages am 30. Januar 2002 war

zu beobachten, wie diese in vielen Fragen der Rechtsethik entgegengesetzten Gruppen plötzlich in der Ablehnung der modernen Medizin ihre Übereinstimmung feststellten und dabei im einzelnen sogar bereit waren, bisher heftig verteidigte Positionen aufzugeben. So konnte man von leidenschaftlichen Befürworterinnen des straflosen Schwangerschaftsabbruchs Äußerungen über den Status des Embryos (»embryonaler Mensch«) hören, die sie zutiefst empört hätten, wäre dergleichen im Zusammenhang mit dem Schwangerschaftsabbruch behauptet worden. Es bleibt ein Geheimnis, wie man so zu konsistenten Haltung gelangen kann.

Bei der Diskussion um das auf die Bundestagsentscheidung folgende Gesetz zur Stammzellforschung zeichnet sich wieder die gleiche Koalition der Gegner ab. Für sie gibt es gegenüber anderen Urteilen über die ethischen Grundlagen der modernen Medizin keine Toleranz. Das gilt auch dann, wenn es eine entsprechende demokratische Entscheidung im Parlament gegeben hat.

Aber ist mangelnde Konsistenz, ja sogar Unredlichkeit und Doppelmoral nicht auch denjenigen vorzuwerfen, die den Import von embryonalen menschlichen Stammzellen nach Deutschland in gesetzlich begrenzten Ausnahmefällen zulassen wollen?

Das werfen ihre Kritiker den Befürwortern des Imports von menschlichen embryonalen Stammzellen nach Deutschland jedenfalls vor. Denn diese Zellen – wenn auch nicht zur Herausbildung eines vollständigen Menschen fähig und darum nicht wie Embryonen vor verbrauchender Forschung geschützt – sind gewonnen worden, indem man sie einem menschlichen Embryo entnommen hat und dieser dadurch ums Leben kam. Eine solche Handlung ist in Deutschland unter Strafe verboten, in einer Reihe anderer Staaten nicht. Zwar hält uns das Prinzip des Respekts vor einer fremden Rechtsordnung in der Regel davon ab, diese nach unseren Maßstäben zu beurteilen. Aber die Frage, ob menschliche embryonale Stammzelllinien zu uns impor-

tiert werden dürfen, ist von der Beurteilung ihrer Gewinnungsart nicht zu lösen, weil wir sie bei uns gebrauchen wollen.

In der Stammzellendiskussion zeigt sich exemplarisch, wie durch das Parlament eine friedentiftende Antwort auf Konflikte gefunden werden kann: Durch Verständigung und Kompromiss. Niemand hat Anspruch darauf, dass man ihm aus der Hand frisst. Jeder aber darf sich an der öffentlichen Suche nach dem Guten und Nützlichen beteiligen. Darum muss ausführlich und leidenschaftlich gestritten werden. Wenn jeder Verständnis für die Gesichtspunkte des anderen hat, auch wenn er sie nicht teilt, kann im Streit allmählich eine Verständigung reifen.

Diese ist nur tragfähig, wenn sie wechselseitigen Respekt widerspiegelt und niemandem ideologische Antworten auf letzte Fragen aufzwingt. Nur so kann die Wertorientierung, wie sie unser Grundgesetz als rechtsethische Basis des Gemeinwesens postuliert hat, erhalten werden. Mit dem Stammzellenbeschluss hat der Deutsche Bundestag seine Fähigkeit zu einem demokratischen Kompromiss unter Beweis gestellt.

---

## BERND HOLZNAGEL

### Medienmacht und digitales Fernsehen

Die Zukunft der Medien ist digital. Datenreduktion und Datenkompression führen bekanntlich zu einer Vervielfachung der Übertragungskapazitäten. Infolgedessen stehen z.B. in den Breitbandkabelnetzen bald 200 an Stelle von bisher 30 Sendeplätzen für Fernsehprogramme zur Verfügung. Daneben entstehen neue Programm- und Vermarktungsformen wie Tele- und Mediendienste oder auch *Video-on-Demand*. Darüber hinaus werden durch die Digitalisierung sowohl die Übertragungswege als auch die Endgeräte untereinander kompatibel.

Mit der Einführung digitaler Techniken löst sich tendenziell die im Vergleich zur Presse bestehende Sondersituation des Rundfunks auf, die durch die Knappheit der Sendefrequenzen und einen hohen finanziellen Aufwand für die Veranstaltung von Rundfunkdarbietungen gekennzeichnet war. Die Sondersituation ist – historisch gesehen – in Europa der bestimmende Anlass für eine staatliche Rundfunkregulierung gewesen. Sie wurde ursprünglich als Argument herangezogen, um das öffentliche Rundfunkmonopol zu legitimieren. Mit der Einführung des privaten Rundfunks verlor dieses Argument schon an Bedeutung. Jetzt wird vorgebracht, dass mit der Digitalisierung die Gründe für eine besondere Rundfunkordnung entfielen. Die Gewährleistung von Meinungsvielfalt und Pluralismus könne nun dem Markt überlassen werden.

Diese Einschätzung ist indes allzu optimistisch. Auch in Zeiten des Frequenzüberflusses werden die Probleme von ungerechtfertigten Zugangshürden und der Konzentration von Meinungsmacht weiter bestehen bleiben. Dies soll am Beispiel der Verbreitung des digitalen Fernsehens gezeigt werden. Dort sind neue *Gatekeeper* entstanden, die den Zugang zu den Übertragungs- und Vertriebswegen steuern können. Um hier den ökonomischen und publizistischen Wettbewerb sicherzustellen, bedarf es einer wirksamen rechtlichen Rahmensezung.

#### Die neuen *Gatekeeper*

Ein analoges Fernsehprogramm legt einen relativ kurzen Weg zurück, bevor es vom Studio des Veranstalters auf den Bildschirm des Zuschauers gelangt. Es wird zunächst in analoger Form produziert, dann direkt vom Veranstalter ausgestrahlt und schließlich vom Endgerät des Rezipienten bzw. von einer Kabel- oder Satellitenkopfstation unmittelbar empfangen.

Beim digitalen Fernsehen wird die Dienstleistungskette vom Veranstalter zum

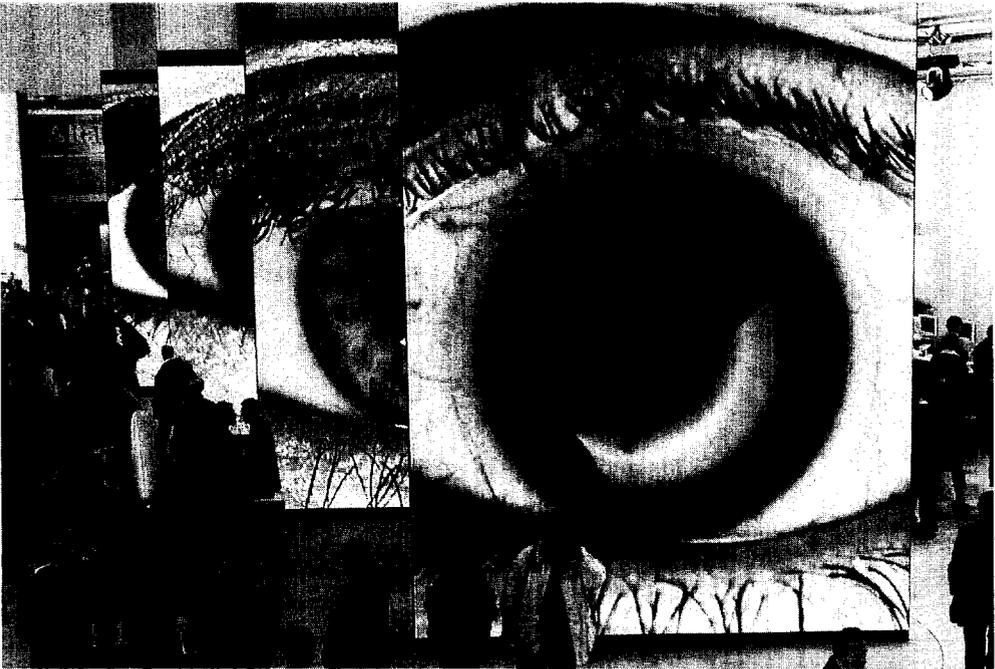


Foto: CARO/Olaf Jandike

**Der unendliche Blick.** Installation eines Telekommunikationsanbieters auf der Cebit 2001.

Rezipienten indes deutlich länger. Zunächst muss der Programminhalt in eine digitale Sendeform gebracht, also in eine computerlesbare Folge von Nullen und Einsen zerlegt werden. Das geschieht im *Multiplexverfahren*. Die effizientere Frequenzausnutzung führt außerdem dazu, dass der Zuschauer beim Digitalfernsehen mit einem immensen Programmspektrum konfrontiert wird. Das weckt bei ihm ein gesteigertes Orientierungsbedürfnis. Weil herkömmliche Fernsehzeitschriften eine solche Programmfülle aber nicht mehr bewältigen können, sind beim digitalen Fernsehen elektronische Programmführer gefragt, die *Navigationssysteme*. Schließlich ermöglicht die digitale Fernsehtechnik aber auch das Angebot von *Pay-tv*, das auf einer Einzelabrechnung beruht. Der Zuschauer kann ein Angebot immer erst dann empfangen, wenn er vom Anbieter hierzu berechtigt wird. Digitales *Pay-tv* arbeitet deshalb mit einer besonderen Verschlüsselungstechnik. Diese Zugangskontrolle wird als *Conditional-Access* bezeichnet.

### **Typische Zugangsgefährdungen**

Das Multiplexing findet im *Play-Out-Center* statt. Hier werden die einzelnen Inhalte digitalisiert und zu einem einheitlichen Transportdatenstrom gebündelt, dem »Datencontainer« oder »Multiplex«. Bei der Übermittlung an den Rezipienten benötigt man dann pro Container nur jeweils eine Sendefrequenz. Je nach Bildqualität der einzelnen Angebote kann dieser bis zu acht Einzelprogramme enthalten. Der Rezipient muss das empfangene Multiplexsignal allerdings zunächst in ein analoges Signal zurückverwandeln, um es auf einem herkömmlichen Fernsehgerät sichtbar zu machen. Dafür braucht er eine *Set-Top-Box*, in die ein entsprechender Konverter integriert ist. Diese muss er vor dem Empfang der digitalen Fernsehprogramme anbieten oder käuflich erwerben.

Jeder Programmhersteller ist also auf den Zugang zu einem *Play-Out-Center* angewiesen, wenn er seine Inhalte im Digitalfernsehen verbreiten will. Besitzt er ein eigenes *Play-Out-Center*, ergeben sich keine Zugangsprobleme. Zu solchen kann es dagegen kom-

men, wenn ein Veranstalter seine Sendesignale an das *Play-Out-Center* eines Dritten heranführen möchte, dieser aber nur seine eigenen Inhalte im Multiplexverfahren aufbereiten will. Es stellt sich deshalb die Frage, ob ein Multiplexbetreiber gesetzlich verpflichtet werden sollte, bei der Zusammenstellung seiner Datencontainer zumindest in einem bestimmten Umfang auch die Angebote Dritter zu berücksichtigen. Denn ohne eine solche Verpflichtung wird der Inhaber eines *Play-Out-Centers* zwangsläufig zum *Gatekeeper*, weil er dann allein entscheidet, welche Fernsehinhalte im Digitalfernsehen verwertet werden und welche nicht.

Das Navigationssystem ist die Programmzeitschrift des digitalen Fernsehens. Sein Betreiber sammelt zunächst die zugrundeliegenden Programmdateien der berücksichtigten Fernsehangebote, also etwa Ablaufpläne oder redaktionelle Hintergrundinformationen. Diese werden dann als Teil des »gemultiplexten« Datencontainers an die *Set-Top-Box* der Rezipienten übermittelt. Mittels einer besonderen Empfangssoftware wird das Navigationsangebot schließlich auf dem Fernsehschirm des Zuschauers in Form eines Menüs dargestellt, wie es aus dem Computerbereich von graphischen Benutzeroberflächen bekannt ist. Der Nutzer kann sich dann durch die Anwahl eines Menüpunkts unmittelbar in ein Fernsehprogramm seiner Wahl einblenden. Angesichts von etwa 200 digitalen Kanälen wird er sich dabei an bestimmten thematisch sortierten Gruppen orientieren, wie etwa »Historienfilme«, *Soap Operas* oder »Dokumentationen«.

In der Praxis kommen zwei verschiedene Arten von Navigationssystemen zur Anwendung. Zum einen kann jeder Anbieter eines Programmbouquets eine *individuelle* Nutzerführung entwickeln und dort dann nur seine eigenen Programme verzeichnen. Aus Zuschauersicht wünschenswert ist es jedoch, wenn ein *zentrales* Navigationssystem nicht nur die hauseigenen Angebote des jeweili-

gen Betreibers auflistet, sondern wenn sich der Zuschauer hierdurch einen Überblick über *alle* digitalen Fernsehprogramme verschaffen kann.

Vor diesem Hintergrund wird schnell deutlich, wo im Bereich der Navigationssysteme die zu überwindenden Zugangsprobleme liegen. Denn genau wie beim *Multiplexing* wird ein Anbieter eines Navigationssystems bestrebt sein, den Nutzern vorwiegend seine selbst produzierten Programme anzubieten. Im Extremfall kann das dazu führen, dass bestimmte Angebote in die Programmlisten überhaupt nicht aufgenommen werden, so dass sie vom Rezipienten gänzlich unbeachtet bleiben. Für die betroffenen Veranstalter bedeutet eine solche Situation das wirtschaftliche Aus, und aus einer Häufung solcher Fälle würden sich für die Meinungsvielfalt untragbare Konsequenzen ergeben. Darüber hinaus kann ein Anbieter seine eigenen Programme aber auch gezielt auf den vorderen Listenplätzen platzieren, oder er hebt sie durch eine besondere optische Gestaltung (Farbe, Schriftgröße) aus seinem sonstigen Angebotsspektrum heraus. Insgesamt sind die Navigationssysteme auch deshalb so bedeutsam, weil sie nicht nur Orientierungshilfe für den Zuschauer, sondern zugleich auch Marketinginstrument für den jeweiligen Veranstalter sind.

Mit seiner Verschlüsselungstechnik kann der Anbieter steuern, welches seiner Programme wann und von wem zu empfangen ist. Die eigentliche Freischaltung besorgt dann eine *Smart-Card*, die zu diesem Zweck von den Rezipienten in die *Set-Top-Box* geschoben wird. Zum *Conditional Access* zählen jedoch nicht nur das rein technische Verschlüsselungsverfahren und die Freischaltung der *Smart-Cards*. Vielmehr werden hierunter auch die administrativen Dienstleistungen beim *Pay-tv* gefasst, also etwa die Entgegennahme und Bearbeitung von Abonnement-Wünschen sowie die Verteilung der individuellen *Smart-Cards* an die Kunden. Weil jede Form der *Pay-tv*-Vermarktung ein *Conditional-Access-System*

voraussetzt, liegt es auf der Hand, dass der Inhaber der eingesetzten Verschlüsselungstechnik einen erheblichen Wettbewerbsvorsprung gegenüber denjenigen hat, die über dieses *know-how* nicht verfügen.

### **Gewährleistung von Zugangsfreiheit**

Diese drei technischen Aspekte des digitalen Fernsehens (Multiplexing, Navigationssystem und *Conditional Access*) verbindet in regulatorischer Hinsicht daher ein zentrales Problem. Derjenige, der hierüber allein verfügt, kann letztlich auch bestimmen, welches Programmangebot die von ihm besetzte Position auf dem Weg vom Veranstalter zum Rezipienten passieren darf – und welches nicht. Vornehmliches Ziel aller Regelungsversuche im Bereich des digitalen Fernsehens muss es deshalb sein, die geschilderte *Gatekeeper*-Problematik durch die rechtliche Gewährleistung eines offenen Zugangs zu diesen Techniken zu überwinden. Nur wenn diese Schlüsselpositionen für eine Vielzahl von Anbietern verfügbar sind, kann den Geboten der Meinungsvielfalt und des chancengleichen Wettbewerbs Folge geleistet werden.

Diese neuen Gefährdungslagen sind von der Europäischen Kommission früh erkannt worden. Bereits im Jahre 1995 hat sie in der Richtlinie 95/47/EG vom 24. Oktober Vorkehrungen für den Bereich *Conditional Access* getroffen. Dort ist festgelegt, dass die Anbieter von Diensten mit Zugangsberechtigung *allen* Rundfunkveranstaltern diese Dienste zu »chancengleichen, angemessenen und nicht-diskriminierenden« Bedingungen anbieten müssen. Diese Verpflichtung ist in der Folgezeit von den Mitgliedsstaaten in nationales Recht umgesetzt, auf die anderen *Gatekeeper* ausgeweitet und hierbei weiter ausdifferenziert worden. Besonders detaillierte Regelungen sind vom britischen OFFICE OF TELECOMMUNICATION ausgearbeitet worden. Sie haben in Europa vielfach als Vorbild fungiert.

In der Bundesrepublik wurde die telekommunikationsrechtliche Dimension des *Gatekeeper*-Zugangs im Fernsehsignalüber-

tragungsgesetz geregelt. Die einschlägigen Vorschriften beschränken sich jedoch im Wesentlichen auf die Wiedergabe der europarechtlichen Vorgaben. In rundfunkrechtlicher Hinsicht wurde der Grundsatz der Zugangsfreiheit im Rundfunkstaatsvertrag verankert. Der Grundsatz der Zugangsfreiheit ist hier für jeden der drei vorgestellten *Gatekeeper* konkretisiert worden. Um das *know-how* zu bündeln, haben die Landesmedienanstalten eine gemeinsame Stelle »Digitaler Zugang« geschaffen. Sie bereitet die Entscheidungen der zuständigen Landesmedienanstalt vor und ist dafür zuständig, Konzepte für die Fortentwicklung des rechtlichen Ordnungsrahmens auszuarbeiten.

In der Bundesrepublik ist in den letzten Jahren ein flexibles Instrumentarium geschaffen worden, um einen angemessenen, diskriminierungsfreien und chancengleichen Zugang zu den *Gatekeepers* des digitalen Fernsehens zu gewährleisten. Es bleibt jedoch abzuwarten, ob es zukünftig gelingen wird, dieses Instrumentarium auch effektiv zur Anwendung zu bringen. Mit dem geplanten Verkauf der Kabelnetze an das Unternehmen LIBERTY MEDIA sollte Ende des Jahres 2001 erstmals ein mächtiger amerikanischer Player Zugang zum deutschen Rundfunkmarkt erhalten. Schon erste Presseverlautbarungen haben zum Ausdruck gebracht, dass LIBERTY MEDIA nicht für alle Wettbewerber offene Verschlüsselungs- und Navigationssysteme einsetzen wollte. Damit wäre ein wesentliches regulatives Ziel der Landesmedienanstalten verfehlt worden, nämlich sicherzustellen, dass alle existierenden und geplanten Programme und Dienste auf allen im Markt befindlichen *Set-Top-Boxen* empfangen werden können. Da das Bundeskartellamt den Verkauf an LIBERTY MEDIA im Februar 2002 untersagt hat, wird es auch nicht zu der sich abzeichnenden Machtprobe mit den Landesmedienanstalten in dieser Frage kommen. Noch nicht, denn die Deutsche TELEKOM hat sich schon jetzt auf die Suche nach neuen Käufern für ihre Netze gemacht.

ULRICH BARON

### Abgegras(s)te Geschichte

Die Gustloff-Novelle ist politisch im Trend, aber literarisch schwach

Indem Günter Grass den Untergang der WILHELM GUSTLOFF ins Zentrum seiner Novelle stellte, hatte er das komplexe Thema auf ein prägnantes und für Zeitungen und Fernsehen plakativ umsetzbares Bild reduziert: Deutschlands TITANIC, die von russischen Torpedos getroffen in der eisigen Ostsee versinkt und dabei Tausende ostpreußischer Flüchtlinge in den Tod reißt.

Das Thema Vertreibung steht auf der politischen Tagesordnung, weil es zu den Stolpersteinen der EU-Osterweiterung zählt. So profitiert Günter Grass von den undiplomatischen Beiträgen des tschechischen Premierministers Milos Zeman, obwohl sein Buch dieses aktuelle Thema nur am Rande berührt. Denn *Im Krebsgang* erzählt von der Flucht vor der Roten Armee und erwähnt die gezielte Vertreibung der Deutschen in der Nachkriegszeit nur in einem Nebensatz.

Vor allem jedoch ging die Kunde, Günter Grass habe ein Tabu gebrochen, das er selber mit errichtet hatte, als er die Verbindung von Auschwitz und der deutschen Teilung herstellte. Tatsächlich jedoch ließen sich mit der Literatur über Flucht und Vertreibung ganze Bibliotheken fllen. Wenn sich Grass in seiner Novelle selbst anklagt, das »Elend der ostpreußischen Flüchtlinge ... den Rechtsgestricken überlassen« zu haben, dann ist diese Pauschalverurteilung so kaum haltbar. Vertriebenen-Romane wie etwa die Bücher Arno Surminskis sind vielmehr oft im vopolitischen Raum verblieben und waren eher um Verständnis als um den Anstoß einer Vertriebenen-Debatte bemüht. Und hätte Grass seine *Danziger Trilogie* in den sechziger Jahren um ein großes Epos von Flucht und

Vertreibung ihrer Helden erweitert, was wäre dabei herausgekommen, wenn er in Zeiten der Ostverträge auf literarischem Weg die bilaterale Verständigung zwischen Polen und Ostpreußen gesucht hätte?

Doch auch Günter Grass hat damals wie so viele Nachkriegsdeutsche die eigene Vergangenheit hinter sich gelassen und sich der Gegenwart zugewandt. Mit gebremstem sozialdemokratischen Fortschrittsglauben wie im *Tagebuch einer Schnecke*. Apokalyptisch verdüstert wie in *Die Rttin*. Als scharfer Kritiker der deutschen Wiedervereinigung. Dann hat er den Nobelpreis erhalten, nun wird er bald fünfundsiebzig und hat vom Schneckentempo auf den Krebsgang umgeschaltet. Die kleinen Helden, mit denen er groß geworden ist, sind wieder da. Als vage Schatten die meisten, als Zeitzeugin die eine: Tulla Pokriefke, die eigentliche Heldin der *Danziger Trilogie*, taucht jetzt noch einmal auf. Geht nicht unter mit der GUSTLOFF, bringt in der Schreckensnacht vom 30. Januar 1945 sogar einen vaterlosen Jungen zur Welt: Paul, der uns die ganze Geschichte im Auftrag des »Alten«, der »sich mdegeschrieben hat«, erzählen muss. Dabei hilft ihm das Internet, wo ein fanatischer Jungnazi seine *homepage* mit Material über die GUSTLOFF und ihren Namensgeber füttert.

Jener Wilhelm Gustloff war 1936 in der Schweiz von einem jüdischen Studenten erschossen worden, worauf ihn die NS-Führung als »Blutzeugen« nicht nur durch ein Denkmal in seiner Heimatstadt Schwerin ehrte, sondern auch das Flaggschiff ihrer KDF-Flotte nach ihm benannte. Und während Paul Pokriefke an seiner Geschichte bastelt, muss er nebenbei feststellen, dass sich hinter der *homepage blutzeuge.de* sein Sohn Konrad verbirgt, der von Großmutter Tulla systematisch mit Flchtlingsgeschichten agitiert worden ist.

*Im Krebsgang* greift damit ein weiteres aktuelles Thema auf: Das Versagen von Eltern

angesichts der Radikalisierung ihrer Kinder sowie die im Dialog zwischen Großeltern und Enkelgeneration betriebene Geschichtsbereinigung und Verklärung. So fordert die GUSTLOFF-Katastrophe ein weiteres Opfer: Am Ende sitzt Sohn Konrad hinter Gittern, weil er den Mord an Wilhelm Gustloff an einem Jungen »gerächt« hat, den er fälschlicherweise für einen Juden hielt. »Das hört nicht auf. Nie hört das auf«, heißt es am Schluss.

So brisant dieses Themenbündel ist, so wenig kann dessen literarische Gestaltung überzeugen. Auch wenn man davon absieht, dass die Mehrsträngigkeit samt Wiederholungstäterschaft selbst das erzählerische Gerüst eines Romans stark beansprucht hätte, hat Grass mit einigen Untiefen und Gegenströmungen zu kämpfen. Den publikumswirksamen aber unglücklichen Vergleich mit der TITANIC hat er selbst gezogen und dabei auf die ungleich höhere Opferzahl beim Untergang der GUSTLOFF verwiesen. Doch mit der TITANIC ging eine ganze Epoche unter, und auf der GUSTLOFF befanden sich neben zivilen Flüchtlingen auch »kroatische Kriegsfreiwillige«, Luftwaffenhelferinnen, Offiziere der Kriegsmarine und Flakgeschütze. So sah sich Grass schon bald genötigt, diesen wichtigen Aspekt seiner Novelle noch einmal öffentlich deutlich zu machen, um sich gegen die Legende zu verwahren, mit der GUSTLOFF sei ein ziviles Passagierschiff heimtückisch versenkt worden.

Von den historischen Figuren abgesehen, bleiben die Gestalten der Novelle unglaubwürdig. Sie reden viel, aber denken nicht, denn Grass hat für seinen Erzähler eine »Verbotstafel« aufgestellt, ihm untersagt über die Gedanken seines verlorenen Sohnes zu spekulieren: »Jede Stirn hält dicht, nicht nur seine Sperrzone. Für Wortjäger Niemandsland.«

Doch warum hat Grass überhaupt diesen ausgesprochen schlechten Schreiber als Ich-Erzähler installiert? Man hat bisweilen den Eindruck, er sei eine wandelnde salvatorische Klausel, mit der gewisse Unzulänglichkeiten entschuldigt werden sollen.

Er habe, so beschreibt Paul Pokriefke seinen Werdegang, »bei einer Springer-Zeitung volontiert, bald gekonnt die Kurve gekriegt, später für die TAZ Zeilen gegen Springer geschunden, mich dann als Söldner von Nachrichtenagenturen kurz gefasst und lange Zeit freiberuflich all das zu Artikeln verknüpft, was frisch vom Messer gesprungen ist«. Eine wendige Laufbahn, die durchaus Interesse verdiente, wenn sie denn glaubhaft wäre.

Doch wenn Paul Pokriefke in seinem »Kreuzberger Altbauloch« von »jedem Stapellauf, bei dem ich als Journalist zur Stelle sein muss«, schreibt, dann ist diese Präsenzpflicht schon erstaunlich, da spektakuläre Stapelläufe in Berlin eher selten sind. Auch das HAMBURGER ABENDBLATT würde den Spezialisten für Schiffstauen zudem kaum den »Bericht über die bevorstehende Landtagswahl in Schleswig-Holstein« schreiben lassen. Und wenn Paul vor der Bundestagswahl »wie die gesamte Journaille« versucht haben will »aus dem Kaffeesatz permanenter Wählerbefragungen zu lesen«, dann zeigt er damit, dass seine Vorstellung von journalistischer Praxis kaum weniger naiv ist als die seiner Mutter Tulla, die ihn einmal als »Reporter von Springer saine Zeitungen« vorstellt. Auch sprachlich unbeholfen sind des Erzählers – angeblich berufbedingte – Annäherungen an die Computerwelt: »Bereits als die Dinger auf den Markt kamen, habe ich mir einen Mac mit Modem angeschafft.« Nur hat er sich trotz jahrelanger Praxis die Sprache des professionellen Users nicht anzueignen vermocht. Wenn Paul schreibt, die Homepage seines Sohnes habe aller Welt »ein Window« aufgestoßen, dann verrät dieser matte Wortwitz den Laien, der das für originell hält.

Natürlich sind das Kleinigkeiten. Aber sie entscheiden über Gelingen oder Nichtgelingen eines literarischen Werks. Für die Wirkung der Werke von Günter Grass sind sie inzwischen offenbar belanglos.

Günter Grass: *Im Krebsgang. Eine Novelle.* STEIDL VERLAG, Göttingen 2002, 224 Seiten, € 18,-.

## Neu in der Reihe TEXT + KRITIK

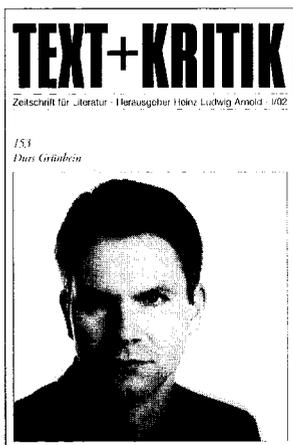
Heft 153

**Durs Grünbein**

93 Seiten, € 13,--/sfr 23,80

ISBN 3-88377-703-X

Waren die Naturwissenschaften von Anfang an Thema des Lyrikers und Essayisten, wurden nach und nach auch Bezüge zur literarischen Tradition, vor allem zur Antike, wichtig. Beiden Spuren im Werk Grünbeins geht das neue Heft nach.



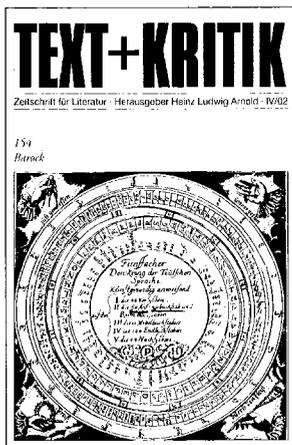
Heft 154

**Barock**

etwa 90 Seiten, ca. € 12,--/sfr 22,--

ISBN 3-88377-704-8

In einer Zeit des medialen Wandels widmet sich das Heft einer Epoche, die ebenfalls eine mediale Revolution erlebte. Es verfolgt eine aktuelle »Lektüre« der barocken Schriftkultur unter gattungshistorischen, medientheoretischen und medienanthropologischen Aspekten.



Heft 53/54

**Paul Celan**

3. Auflage: Neufassung, etwa 200 Seiten, ca. € 25,--/sfr 44,60

ISBN 3-88377-705-6

Unter den »Sieben Göttinger Literaturtipps« und der »Rezension des Monats« finden Sie auf unserer Homepage jeden Monat neue Lektüreempfehlungen der TEXT + KRITIK-Redaktion.

**edition text + kritik**

Postfach 80 05 29 | 81605 München | Levelingstraße 6a | 81673 München  
etk.muenchen@t-online.de | www.etk-muenchen.de

WINFRIED HAMANN  
Die Stunde der Strukturreform

Wäre Berlin eine Stadt und kein Bundesland, würde schnell deutlich, welche Lasten die Stadt selbst nicht tragen könnte und nicht tragen müsste. In Verkennung der eigenen ökonomischen Möglichkeiten und aus Angst vor föderalem Zorn gegen einen vermeintlichen Zentralismus, vielleicht auch im Taumel des Glücksgefühls der gefallenen Mauer und der Hauptstadtentscheidung, akzeptierte Berlin eine Lastenverteilung und einen Luxus von staatlichen Einrichtungen, die es sich nicht leisten konnte.

Kein Berliner Politiker – auch kein westdeutscher Landesfürst – wollte dies zugeben, denn in der Konsequenz hätte dies bedeutet, nicht weiter machen zu können wie gewohnt. Erst als deutlich wurde, dass hieraus faktisch unabbaubare Schuldenberge für die Stadt Berlin erwachsen, begann die Besinnung.

Es ist jedoch eine Besinnung, die einem aus einer Art von Betäubung Aufwachenden nahe kommt. Man kann die Milliardenzahlen, um die es geht, einfach nicht fassen. Man kann auch nicht erfassen, was das in naher und ferner Zukunft bedeutet. Die von der SPD ins Spiel gebrachte Erhöhung der Biersteuer, welche die FDP veranlasste, aus den Ampelkoalitionsgesprächen auszusteigen, ist nur einer von vielen hilflosen Vorschlägen. Ältere Berliner erinnern sich an den »Eintopf-Sonntag« im Krieg. Man zahlte den vollen Preis für ein normales Essen, bekam aber nur eine dünne Krautsuppe. Nachts die Straßenbeleuchtung abschalten, ist auch so eine der Krisenerfahrungen, von denen in Berlin überreichlich viele existieren. Könnte man auch ein paar Millionen einsparen.

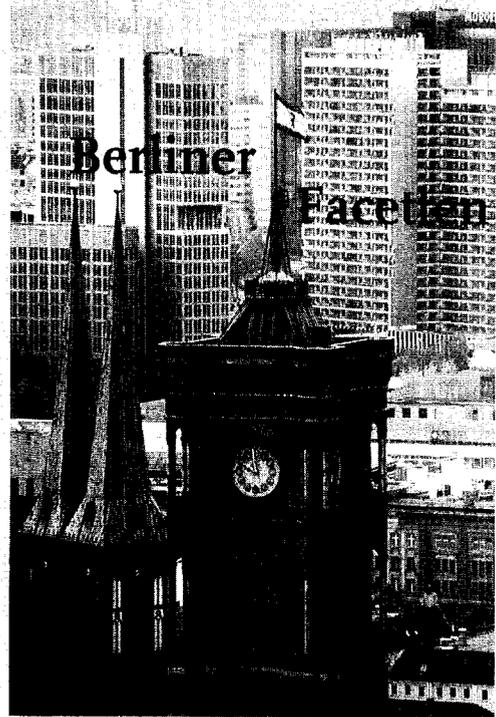


Foto: Olaf Jandke/Caro

Vielleicht sind diese Erfahrungen der Grund für die seltsame Gelassenheit, mit der die gegenwärtige Krise trotz aller verbalen Proteste noch hingegenommen wird. Die Theater und Opernhäuser sind voll, die Touristen kommen trotz des 11. Septembers und ohne besonderes Begrüßungsgeld. Berlin hat seine Hotelkapazitäten enorm gesteigert und die Einwohnerzahl von offiziell 3,4 Millionen (inoffiziell weit über 100.000 mehr) ungefähr gehalten, obwohl über 110.000 Haushalte ins Umland gezogen sind. Es verzeichnet seit Neustem sogar wieder einen Zuzugsgewinn. Berlin ist die am besten verkabelte Stadt Europas mit 1,8 Millionen Usern am Netz. Ein Drittel der Bevölkerung sind Neuberliner, woher auch immer diese im letzten Jahrzehnt gekommen sind. Man hört viele osteuropäische Sprachen, die man immer noch nicht auseinander halten kann, in der U-Bahn, auf den Baustellen, in den Geschäften und Restaurants. Das sind nicht unbedingt die Standort-Indikatoren, welche die Investoren suchen. Aber sie machen deutlich, dass sich

die Stadt in einem selbst noch nicht nachvollziehbaren Wandel befindet.

Der Mentalitätswechsel, der nunmehr vom Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit in der Regierungserklärung gefordert wird, ist keine Kleinigkeit. Mentalitäten sind etwas unter der Oberfläche des Tagesbewusstseins und in tieferen Erfahrungsschichten der Gesellschaft Liegendes, das eigentlich nur sehr langfristig modellierbar ist. Etwas anderes ist es, wenn eine Gesellschaft auf Erfahrungen zurückgreifen kann, die sie bereits einmal gewonnen und dann verdrängt hatte. Die Berliner Erfahrungsschicht, die nunmehr wieder gehoben werden müsste, liegt in der Zeit vor dem ersten Weltkrieg, als die Stadt sich gegen die staatliche Bevormundung emanzipiert und einen Großteil seiner Sozialstruktur als Selbstverwaltung organisiert hatte. Berlin war faktisch 1809 bankrott und musste bis zur Reichsgründung den Schuldendienst an internationalen Banken zahlen. Die gesamte Armenverwaltung war ehrenamtlich organisiert, die 48er Revolutionäre waren Unternehmer, Ärzte und Sozialreformer, andere bauten Arbeitervereine und Wohnungsbaugesellschaften auf. Sie ließen sich als Stadtverordnete wählen und gewannen darüber zunehmend Einfluss auf die Gestaltung des Gemeinwesens, das die Feudalherren wenig interessierte.

Ein Modell des »Loslassen«, das gleichzeitig die soziale Balance auf neuer Basis herstellt, ist die Kunst der Stunde, die der Politik abverlangt wird. Berlin wird sich hier noch einmal neu erfinden müssen. Bislang klingt es recht dünn, was von der Regierungsseite zum Thema Bürgergesellschaft herüber kommt, und gar eisig ist die Atmosphäre, wenn die Besitzstände der Lobbyisten der Stadt offen angesprochen werden. Der Regierende hat aber keine andere Wahl mehr, er muss einen Runden Tisch organisieren, an dem der Konsens für Berlin neu ausgehandelt wird. Die Finanzkrise ist die Stunde der Strukturreform. Sie muss genutzt werden, oder Berlin droht das Schicksal Roms – halb Museums-, halb Beamtenstadt.

## Lokalitäten

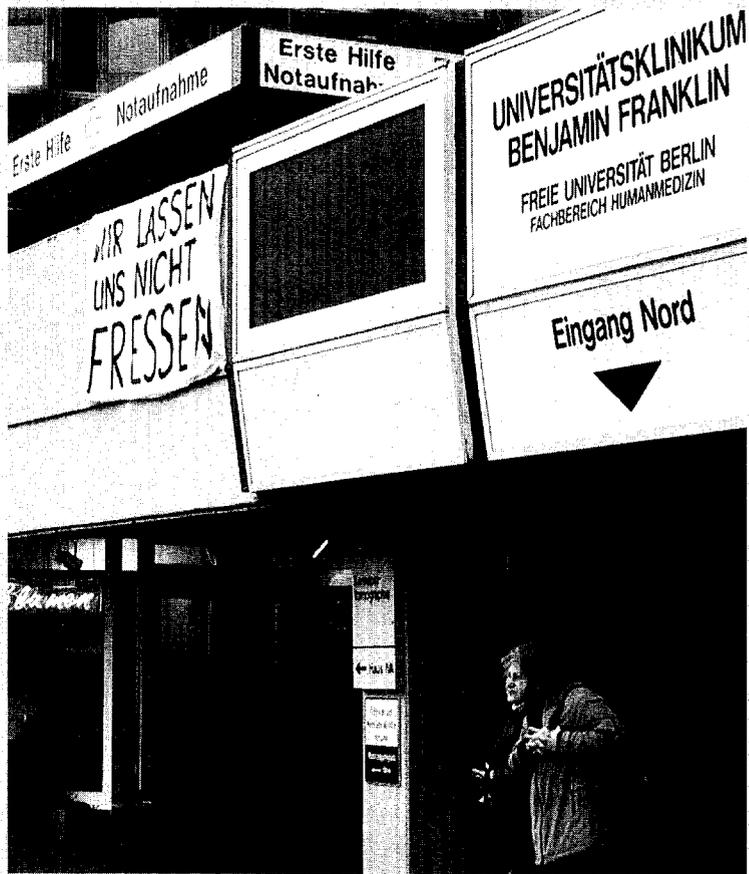
CLAUDIA ALDENHOVEN /  
FRANZISKA WODARZ

### Die letzten ihrer Art

Im »Zentrum für  
Weltraummedizin«

Wissenschaft braucht Artenschutz. In den letzten Monaten wurde eine Reihe Argumente gegen die Umwandlung des BENJAMIN-FRANKLIN-KLINIKUMS in ein Regionalkrankenhaus zum Jahre 2005 und die Abwicklung der medizinischen Fakultät der FU Berlin zusammengetragen. Der Verlust von Bundesmitteln, von Arbeitsplätzen und wissenschaftlichem Know-how schade dem Land Berlin mehr, als die vorgesehenen Einsparungen nutzen könnten. Der Beschluss der rot-roten Koalition wurde erst einmal auf Eis gelegt. Stattdessen hat der Senat zusammen mit Vertretern der Hochschulen eine fünfköpfige Expertenkommission einberufen, die sich nun seit Februar an einem Konzept versucht: Es soll die Hochschulmedizin und Kliniken leistungsfähig erhalten und gleichzeitig ab 2006 die Landeszuschüsse von 98 Millionen Euro einsparen. Doch was passiert, wenn hier die Rechenkünste versagen?

Es könnte beispielsweise das Aus für die vierzigjährige Gravitationsforschung an der FU bedeuten. Der traditionsreiche Wissenschaftszweig erhielt vor zwei Jahren mit der Gründung des ZENTRUMS FÜR WELTRAUMMEDIZIN (ZWMB) neuen Auftrieb. Die europaweit einzigartige Institution beschäftigt sich nicht nur mit dem Leben auf Raumstationen, sondern untersucht auch die Lebensbedingungen anderer extremer Umwelten. Neben Raumfahrern, die schwerelos in kleinen Kapseln um die Erde fliegen, betreiben sie Feldstudien in großen Höhen, in Antarktisstationen, Tauchkammern, Minen oder U-Booten. Dass Gravitation nicht nur etwas für Weltraumreisende ist, sondern auch im Alltag eine große Rolle spielt,



Die Schließung des »Benjamin-Franklin-Klinikums« könnte auch das Aus für 40 Jahre Gravitationsforschung sein.

Foto: dpa/Bernd Settnik

erklären uns Professor Karl Kirsch und Privatdozent Hanns-Christian Gunga (Sprecher der Weltraummedizin) beim Besuch des Instituts für Physiologie.

Die Schwerkraft beeinflusst unsere Körperhaltung, unser Gleichgewichtsempfinden aber auch Kunst und Sprache. Ihre Erforschung findet auch nicht ausschließlich im Weltraum statt. Eine Methode, die weltraumähnliche Situation nach zu stellen, ist die mehrwöchige Bettruhe in einer leichten Kopftieflage. Zur Zeit sind die Berliner Gravitationsforscher an einer Studie in Toulouse beteiligt, welche die körperlichen und psychischen Veränderungen bei den gesunden aber bewegungslosen Versuchspersonen untersucht:

Zunächst steigt das Blut in den Kopf. Weil das Herz jetzt gegen einen geringeren Druck pumpen muss, verlagert sich das Blut-

volumen bei den Versuchsteilnehmern von den Beinen in die obere Körperhälfte. Gleichzeitig werden durch die Ruhigstellung des Körpers die Muskulatur und das Skelettsystem entlastet. Besonders die Antigravitationsmuskulatur im Gesäß- und Oberschenkelbereich hält das Skelett entgegen der Schwerkraft in aufrechter Stellung. Sie macht 60% des gesamten Muskelapparates aus. Die Entlastung durch die liegende Haltung führt schließlich zur Abnahme von Muskel- und Knochengewebe. Was der Körper nicht benötigt, baut er ab: Für Menschen, die im Weltraum schweben, ist die Antigravitationsmuskulatur genauso überflüssig wie für den bettlägerigen Kranken. Beobachten lässt sich der Muskelabbau auch bei der Entfernung des Gipses nach verheiltem Knochenbruch. Das schwache dünne Bein braucht jetzt Training.

Zurück auf der Erde wird dem Astronauten schwarz vor Augen. Wer nach langem Liegen ganz plötzlich aufsteht, erlebt ebenfalls, wie der Kreislauf »in den Keller rutscht«. Ursache dieser Kreislaufdysregulation ist die erneute Umverteilung des Blutvolumens. Schaltet man das Licht aus, fällt ein eben aus dem Weltraum Zurückgekehrter sogleich um. Da die optische Kontrolle des Gleichgewichtes bei Dunkelheit wegfällt, hat der Astronaut keine Möglichkeit mehr, sein noch fehlendes Gleichgewichtsempfinden mit den Augen aus zu gleichen. Auch die Kontrolle über die Stellung der Muskulatur und Gelenke im Raum muss er erst wiedergewinnen. So dürfen Astronauten nach der Rückkehr drei Wochen lang nicht Autofahren, weil sie nicht in der Lage sind, sicher durch Kurven zu lenken.

An der Gravitationsforschung nehmen zur Zeit sieben Arbeitsgruppen teil. Der feueigene Campus fördert wie in Harvard, Yale oder Oxford die Zusammenarbeit verschiedener Lehrstühle. Wissenschaftlicher Austausch zwischen Medizinern, Psychologen und Naturwissenschaftlern findet regelmäßig auch beim Kaffeeklatsch statt, denn komplexe Fragen lassen sich nur durch wissenschaftliche Kooperation lösen. Die Frage, wie die Schwerkraft auf den gesunden Menschen wirkt, kann eine Arbeitsgruppe allein nicht beantworten.

Neben dem Physiologischen Institut beteiligen sich das Institut für Anatomie, das Institut für Gleichgewichtsforschung, die Osteoporosegruppe, das Institut für Pharmakologie und schließlich auch die Franz-Volhard Klinik der CHARITÉ. Die Konzentration hochrangiger Forscher in den Arbeitsgruppen lässt Forschungsgelder fließen. So bilden für das deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) die Berliner Schwerelosigkeits-Forscher bei der Verteilung von Bundesmitteln auch den Schwerpunkt. Zwischen 1988 und 2000 summierten sich diese auf 7,8 Millionen DM, und von 2000 bis 2003 wurden weitere 5 Millionen DM bewil-

ligt. Inbegriffen sind dabei auch Gelder für die Industrie zur Entwicklung weltraumtauglicher Geräte, sowie für die Schaffung von Fluggelegenheiten.

International anerkannte Kapazitäten wie Prof. Karl Kirsch und Prof. Hans Scherer sind bei der Erforschung der Schwerelosigkeit von Anfang an dabei. Sie prägten die Forschungslandschaft der Luft- und Raumfahrt. Mit den Jahren hat Kirsch ein einmaliges Archiv zusammengetragen. »Wenn es in den kommenden Jahren heißt, Kirsch pack deinen Kram, dann war es das auch für uns«, sagt Hans-Ulrich Hoffmann vom deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt. Deutschland verlöre seine Experten bei Internationalen Kommissionen wie der ESA (EUROPEAN SPACE AGENCY). Sein ungenutztes Archiv will Kirsch dann in die USA verkaufen. Obwohl die Bedeutung der Gravitationsforschung international wegen der Raumfahrt weiter zunimmt, würde Deutschland dann keine Rolle mehr spielen.

Weltraumforschung liefert auch der Gerontologie neue Erkenntnisse. Denn das Leben auf einer Raumstation und das im Altenheim zeigt Parallelen. Die physiologischen Veränderungen bei Astronauten ähneln dem Altern auf der Erde. In beiden Situationen befindet man sich in einer reizarmen, monotonen Umgebung: Einseitiges Essen, Bewegungsmangel und Einsamkeit führen zu Depression, Antriebslosigkeit, Erschlaffung. Reize durch Temperaturveränderungen – russische Kosmonauten »saunen«, sich im Weltraum in heißen Tüchern – Duftkugeln oder Bewegungsprogramme helfen nicht nur Raumfahrern auf die Sprünge, sondern bewahren ältere Menschen auch vor dem vorzeitigen Vergreisen.

Der Wegfall der Weltraummedizin würde auch gleichzeitig das Verschwinden der Humanphysiologie in Deutschland bedeuten. Kirschs Institut ist einer der letzten Lehrstühle seiner Art. Dieser Zweig der Medizin beschäftigt sich mit dem gesunden, wachen

und voll leistungsfähigen Menschen. Für die Beantwortung der Frage, wie beispielsweise ein Rettungszelt beschaffen sein muss, braucht es Systemphysiologen. Die Antwort entscheidet über Leben und Tod: So starben in der Vergangenheit eine Anzahl von Menschen in Rettungszelten an einer Kohlendioxid-Vergiftung, weil der Hersteller die Zelte zu stark abgedichtet hatte.

Allein durch die Erforschung einzelner Moleküle lässt sich der Mensch nicht erklären. Dennoch konzentriert sich die Medizin zunehmend auf einzelne Gene oder Eiweiße. Diese lassen sich auch leichter erforschen und führen schneller zu den für eine Habilitation geforderten Veröffentlichungen. So verliert die Medizin den gesamten Menschen aus den Augen. Er zerfällt in kleine Bestandteile. Während eine Herzmuskelzelle mit seinen Calciumkanälen heute gut verstanden wird, weiß kaum jemand wie der gesamte Blutkreislauf oder das Herz arbeitet. Statt nur die akuten Symptome eines Kranken zu therapieren, fordern die beiden Physiologen, den gesamten Patienten zu betrachten. So sei es kein Wunder, dass immer mehr Menschen auf Naturheilverfahren schwören. Die Medizin müsse wieder ganzheitlicher Denken. Der Grundstein dieses Denkansatzes sollte bereits in der Ausbildung gelegt werden. Ohne das ZWMB beschränkt sich die medizinische Lehre in Berlin in Zukunft auf das unbedingt notwendige Lehrangebot.

Dass gespart werden muss, bestreiten Gunga und Kirsch nicht. Doch statt der Schließung eines Berliner Klinikums und dem damit verbundenen Abstieg der deutschen Weltraumforschung, gebe es Alternativen. So schlagen die beiden Forscher die Zusammenlegung und Spezialisierung einiger Fachabteilungen vor. »Konkurrenz muss aber bleiben«. Sie schließe Kooperation nicht aus. Denn nur sie beflügele die Forscher zu Höchstleistungen. Um vernünftig zu sparen, brauchen die Universitäten größere Autonomie. Nur wenn sie über feste, eigene Einkünfte verfügen, können sie auch an den richtigen Stellen sparen.

## Berliner Bezirke

DOROTHEE KNAB

### »Ein bürgerliches Monumentalbauwerk«

Das Rathaus

Charlottenburg-Wilmersdorf

Noch immer ist das 1905 erbaute Charlottenburger Rathaus ein Wunderwerk; oder wie es sein vortrefflicher Porträtist Berthold Grzywatz im Titel seines Buches nennt, ein bürgerliches Monumentalbauwerk.

Die Keimzelle Charlottenburgs ist das Dorf Lützow, und eigenartigerweise ist bis heute der dörfliche Charakter dieses Areals, einstmals beschirmt von Königin Sophie Charlottens Sommerresidenz, Schloss »Lützenburg«, jetzt im Schatten des Rathauses liegend, immer noch spürbar. Nach dem Tod seiner Gemahlin im Jahre 1705 veranlasste Friedrich I die Umbenennung des Schlosses in »Charlottenburg« und verlieh gleichzeitig dem Ackerbürgerdorf die Stadtrechte. Das erste fertiggestellte Wohnhaus südlich vom Schloss, die Villa des Oberstallmeisters Marquis François d'Ausson de Villarnoux, in der Schloßstraße Nr. 2 wurde zum Rathaus bestimmt, in dem die Bürgerschaft von nun an und unter dem absolutistischen Blick des Hofes ein Stadregiment mit selbständiger Gerichtsbarkeit, Organisation der Zünfte und eigener Festlichkeit zu entfalten suchte. Doch erst im Zuge der neuen preußischen Städteordnung von 1808 wurde die vollständige Selbstverwaltung der Gemeinden ratifiziert, und es mag als Eigentümlichkeit Charlottenburgs, dieses »königstreuen Nestes«, ausgelegt werden, dass die politischen Stürme bürgerlicher Empörung von Mitte des 19. Jahrhunderts nahezu spurlos an ihm vorüber gingen, dafür aber von 1860 bis zum Zusammenbruch des Wilhelminischen Reiches die bürgerliche Regierungsgewalt ohne Unterbrechung von der liberalen Fortschritts-



**Das Rathaus – Sinnbild bürgerlichen Selbstbewusstseins.**

partei ausgeübt wurde. Für die mittlerweile entwickelten Institutionen städtischer Verwaltung und Vorsorge, einer Einwohnerschaft von über 10.000 (1855) und der damit enger werdenden Verflechtung von polizeilicher Meldepflicht, Armenverwaltung und Steuerwesen war das alte Rathaus definitiv zu klein geworden.

Charlottenburg wuchs und wurde immer reicher, die ungebrochene Anziehungskraft eines bevorzugten Ausflugsortes und gastronomischen El Dorados, gepaart mit der Ansiedlung von großer Industrie am nahen westlichen Rande von Berlin, zahlte sich für das Stadtsäckel aus, und um die Jahrhundertwende zählte Charlottenburg zu den drei reichsten Gemeinden Preußens. Bis zur Eingemeindung nach Berlin im Jahre 1920 geben die wachsende und ausgezeichnete Infrastruktur und der kulturelle Glanz der Stadt auch ohne Lokalpatriotismus ein beredtes Zeugnis bürgerlichen Wohlstands und Selbstwertgefühls, das die Konkurrenz zur

Reichshauptstadt Berlin nicht nur zu scheuen brauchte, sondern offen kundtat: 1896 entsteht das THEATER DES WESTENS, 1907 werden das SCHILLERTHEATER und das KAUFHAUS DES WESTENS eingeweiht, 1912 das Opernhaus, die nach den Kriegszerstörungen 1961 wieder eröffnete DEUTSCHE OPER.

Die Errichtung des neuen und dritten Rathauses auf dem schon bestehenden Gelände zwischen der Lützower (heute Alt-Lietzow) und der damaligen Berliner Straße ist dafür und in diesem Sinne ein Markstein.

Schon der Ausschreibungstext für das Bauvorhaben, den der Magistrat 1897 herausgibt, ist für die damalige Zeit in seiner großzügig liberalen Haltung ungewöhnlich und mag heutigen Stadtentwicklungsplanern und Architekten gar als die utopische Musik eines fernen goldenen Zeitalters klingen: Bezüglich Bausumme und Architektur werden keine besonderen Auflagen erteilt, eine Orientierung am gewachsenen Architektur- bild der Stadt nicht zwingend gefordert.

Dafür wird eine Anlehnung des repräsentativen Baus an das Vorbild des spätmittelalterlichen, gotischen Rathauses empfohlen, welche sich damit im Kern einer Moderne verpflichtet und eindeutig weder ästhetisch dargestellt noch absolut politisch repräsentiert werden kann. Die offenbaren Konsequenzen sind dennoch namhaft zu machen; unter historischen Vorzeichen symbolisieren sie die Kontinuität bürgerlicher Macht, unter architektonischen Gesichtspunkten die offene Konkurrenz zu fürstlichen und staatlichen Repräsentationsbauten und in der Versinnbildlichung bürgerlichen Daseins in all seinen Facetten wird die engst mögliche Verbindung von Funktionstüchtigkeit und qualitativer Gestaltung angestrebt. So kann es gleichermaßen als Glücksfall wie als Folgerichtigkeit bezeichnet werden, dass die Charlottenburger Architektengemeinschaft Heinrich Reinhardt und Georg Süßen-guth für ihren Entwurf »Früh und Spät« noch im selben Jahr den ersten Preis in Höhe von 10.000 Goldmark gewannen.



Foto: Dorothee Knab

**Die Innenräume – eine architekturästhetische Einordnung wäre zum Scheitern verurteilt.**

Vergleicht man den prämierten Entwurf mit Bildern und Beschreibungen des nach sechsjähriger Bauzeit fertiggestellten Gebäudekomplexes, scheint die gotisch aufstrebende Anmut der vorderen Fassade mit dem fast 80 Meter hohen Turm in der Mitte zugunsten einer massiveren Ausbreitung zurückgedrängt; bei näherer Betrachtung des Grundrisses erweist sie sich jedoch als Ausformung einer höchst effektiven Nutzung des für den Magistrat bedauerlicherweise nicht durch Zukauf zu erweiternden Baugrundes. Die Verwaltungsgebäude gruppieren sich nach Norden zur Lützower Straße um zwei Innen- und sternförmige Seitenhöfe, die nicht nur eine optimale Lichtzufuhr gewährleisteten, sondern zusammen mit der Platzierung des Rathauses in der Mitte des Gesamtkomplexes die Anlehnung an die Umrisse einer romanischen Basilika erkennen lassen. Das ist kein Zufall und Teil der Bauprogrammatik; die Liste der Ausführenden, namhafte und berühmte Baumeister, Künstler und Professoren, liest sich von heute aus wie das Who's Who einer wilhelminischen Domauhütte.

Damit soll jedoch keiner vorschnellen architekturästhetischen Einordnung das Wort geredet werden, oder, um es vorwegzunehmen, sie wäre angesichts des Charlottenburger Rathauses sicher zum Scheitern verurteilt. Denn der Formenkanon, der sich in der Durchdringung von Fassadengestaltung und Interieur entfaltet, entlehnt seine Elemente aus den verschiedensten Epochen, um aber aus diesem Eklektizismus eine durchaus eigene Gestalt zu gewinnen.

Auch heute noch fällt zum Beispiel der stoffliche Charakter der Außenfassade einem aufmerksamen Beobachter ins Auge. Er wird hervorgerufen durch barockartige Vorbauten flach hervortretende Mauerstreifen, die wie Litzen an einem Kleid das Muster der verschiedenen Grade von rohem und unbehauenen Sandstein erst als Gesamtreief erscheinen lassen. Innen lässt die breit geschwungene Haupttreppe mit ihrem floralen Schmiedeeisen den Jugendstil erblühen, die durchgängig anzutreffenden Stuckornamente und eingefügten Reliefs; die Weinblätter, Reben und antikisierenden Tugendallegorien verleugnen nicht ihre Herkunft aus der Renaissance. Das all dies nicht den Eindruck

einer postmodernen Architektur *avant la lettre* hervorruft, liegt im Bürgerstolz und Bürgersinn der Charlottenburger um die Jahrhundertwende begründet, die sich hier, in einer einmaligen Folgerichtigkeit ihr Monument lebendig ergriffener Geschichte gebildet haben.

Allein schon der hohe Turm in der Mitte zusammen mit der Einrichtung der Hauptsitzungssäle im Mittelbau, sozusagen im Nabel der Welt, waren ein Fanal bürgerlichen Stolzes. Die Anekdote, der zufolge Kaiser Wilhelm II. stets den Weg zum Schloss über die Bismarckstraße nahm, um sich nicht wieder über den Turm zu ärgern, der sein Schloss weithin überragte, lässt tiefer blicken, als die Kolportage reicht. Regieren war also für die Stadtväter gleichbedeutend mit Verwalten, die Bürgerschaft Inbegriff einer idealen Gemeinschaft, die sich im Lebenskampf gegenseitig unterstützte und in freier Konkurrenz zum Guten hin erzog.

So nimmt es nicht wunder, die Haupteingangshalle von zwei Relieffriesen gesäumt zu betreten, die wie eine Art bürgerlicher Bilderbibel, alle Zweige der Stadtverwaltung in schlichter antikischer Manier darstellen: Kunst und Wissenschaft, Schule und Kirche, Bauwesen, Straßenbau und Vermessungswesen, Rettungswesen und Armenpflege, Gesundheitsvorsorge, Standesamt und Kassenwesen, Gewerbegericht, Beleuchtungswesen und Industrie. Ihnen korrespondiert die Inschrift über dem hinteren Eingangportal Lützower Straße: »Das Leben ein Kampf«. Folgt man nun noch den Tierdarstellungen im Geländer der Haupttreppe, auf jedem Stockwerk in Augenhöhe mit gegenüberliegenden allegorischen Darstellungen des Guten und des Bösen wie Eintracht und Zwietracht, Fleiß und Eigennutz, wird die Frage, wie sich denn dieser Lebenskampf entscheidet, durch ein Bildnis im Herzen der Bürgerschaft beantwortet: der Drachentöter im Sitzungssaal der Stadtverordneten.

Dieser Saal als Teil des alten Rathauses wurde 1943 noch mehr zerstört als der bis

1914 unter der Federführung von Stadtbaurat Heinrich Seeling entstandene Erweiterungsbau. Bis heute dauert die künstlerische Rekonstruktion und die funktionale Neuordnung des Gesamtbaues an.

Seit dem 1. Januar 2001 existiert der neue Berliner Stadtbezirk Charlottenburg-Wilmersdorf mit einer Gesamtbevölkerung von ca. 318.000 Menschen, rund um den Kurfürstendamm, dessen Bürgermeisterin im Rathaus Charlottenburg regiert. Währenddessen schicken sich Teile der Verwaltung an, in der gesetzten vierjährigen Frist, den großen Umzug ins Wilmersdorfer Rathaus am Fehrbelliner Platz, wo nun die Bezirksverordnetenversammlung tagt, zu vollziehen. Welche schon sichtbaren Folgen hat, so könnte man fragen, diese kommunalpolitische Hochzeit hervorgebracht, und in welcher Weise berührt sie die gewachsenen Bezirksstrukturen. Ein Gerücht, das durch die Flure des Rathauses geistert, mag ein Schlaglicht auf Kommendes werfen. Geflüstert wird vom Verkauf der neoklassizistischen *VILLA KOGGE*, Warburgzeile Ecke Alt Lietzow, in der noch das Charlottenburger Standesamt residiert. Trauungen würden dann im sogenannten Intarsiensaal vorgenommen werden, der kunsthandwerklich prächtigen Ratsstube im Bereich des Ratskellers, die bis dato als Kommissionssitzungszimmer gedient hatte. Heiratswillige Paare, die andere Angebote des neuen Großbezirks wie die Eheschließung im Funkturmrestaurant oder in der Rotunde des *KRANZLER-ECK* ausgeschlagen hätten, würden sich das Jawort unter einer prächtigen Holzdecke geben, deren Herzstück die vier widerstreitenden und elementaren Lebensprinzipien, Erde, Luft, Wasser und Feuer darstellt. Ob der »Lebenskampf« unter solchen Prinzipien zur Erringung der höchsten bürgerlichen Tugenden führen soll, bleibt mittlerweile wohl jedem selbst überlassen.

*Literatur: Berthold Grzywatz, Das Rathaus Charlottenburg. Zur Geschichte und Ikonographie eines bürgerlichen Monumentalbauwerks, STAPP VERLAG Berlin, 1989.*

NORBERT SEITZ  
**Warhols Brandt in  
Fischers Zimmer**  
Gunter Hofmanns  
unvollendetes Projekt

»De Marias Farben im Restaurant  
von Behnischs Parlamentsbau,  
das Blau, die Sterne und die  
Plastik Henry Moores vor  
dem Kanzleramt, two large forms,  
sie sind es letztlich, die ich  
in Berlin noch immer vermisste.«

Diese Leidenschaft im Blick! Muss Journalismus manchmal schön sein. Bonn am Nachmittag des 11. März 1999. In der niedersächsischen Landesvertretung will SUHRKAMP den neuesten Giddens mit Gerhard Schröder und Ulrich Beck präsentieren. In den Begrüßungsumtrunk platzt die Sensation von Lafontaines Totalausstieg. Der Kanzler muss absagen. Aufgewühlte Journalistengespräche. Manche werden richtig sentimental. In seiner ersten Enttäuschung regt sogar ein schmallippiger Magazinjournalist die Gründung einer »neuen Partei links von der SPD« an.

Mitten im Pulk ringt auch Gunter Hofmann um Fassung. Auf verlorenem Posten kämpft er gegen die bestürzende Nachricht. Sein Blick verrät: Wenigstens den Parteivorsitz hätte er doch behalten können! Dass der schwach gestartete Kanzler seinen Parteichef zur Aufgabe gezwungen haben könnte, – diese erste Vermutung wird ihm bei einem späteren Treffen in Saarbrücken nicht bestätigt: »Sogar einen Ämtertausch, den Fraktionsvorsitz statt des Finanzressorts habe der ihm angeboten.« Doch es blieb beim radikalen Schnitt. Nur der Barschel-Suizid in Genf, schreibt Hofmann, hätte »diese Abschieds-

radikalität noch tragisch übertrumpft«. Ach, Gunter.

Wohl selten konnte man den langjährigen Hauptstadtkorrespondenten der ZEIT so engagiert erleben wie bei jenem letzten Bonner *highlight*. Ansonsten geht ihm eher der angenehme Ruf voraus, sich von niemandem und nichts aus der Ruhe bringen zu lassen, weder damals in Bonn noch heute in Berlin. Hofmann lässt politische Prozesse erst auf sich wirken, beschreibt sie vorsichtig, urteilt abwartend, aber nicht unentschieden, kurzum: Er nimmt sich Zeit und wirkt darin inzwischen wie ein sanfter Solitär inmitten all jener apodiktischen Hüftschützen, die häufig nur mit Platzpatronen schießen.

Genau vier Jahre benötigte er für seine »Anatomie« der Bundesrepublik, fast so lang wie die bisherige Kanzlerschaft Schröders dauerte. Sein Buch ist kein feierlicher Abschied von Rot-grün, sondern eher die Reklamation eines Neubeginns, pathetisch gesprochen: die Erinnerung an ein unvollendetes Projekt. Denn »noch immer gilt: Man findet bei ihnen anregendere Gesprächspartner als anderswo, gerade im Parlament. Es wäre schade, würden sie verschwinden.« Gemeint sind die vielerorts bereits abgeschriebenen GRÜNEN, die »zu unrecht niederkartätscht werden«.

*Abschied und Anfang* – Gunter Hofmann hat sich ein literarisches Motiv für sein großes Resumée gewählt, den Spannungsbogen schlagend zwischen Aufbruch und Rückzug, Hoffnung und Depression, Vision und Realität. Doch wie definiert sich das jeweils Neue und wie viel Kontinuität verträgt es? Welchen tatsächlichen Beginn symbolisiert zum Beispiel der 11. September außer der »Enttabuisierung des Militärischen«, einer neuen, deutschen Außenpolitik des »Wir verstecken uns nicht« oder der Dominanz der Medien auf eine »fast amerikanische Weise«?



**Der Zivilgesellschaft auf der Spur:**  
**Gunter Hofmann, langjähriger Hauptstadt-**  
**korrespondent des Wochenmagazins DIE ZEIT.**

Schnell hat das Jahrhundertereignis gestandene Politiker durcheinander gebracht: Hofmann schildert, wie Schröder im Streit um den Afghanistan-Einsatz einen »Paradigmenwechsel auf Knopfdruck« verabschiedet. Im Notfall würde er auch mit einer breiten parlamentarischen Zustimmung ohne eigene Mehrheit »ganz gut leben können«. Doch vier Tage später stellte der Kanzler die Vertrauensfrage. Der ultimativ auftretende Machtpolitiker hatte den diskursiven Regierungschef besiegt, »Schröder I setzte Schröder II ab.«

Gleichzeitig revidiert Alt-Kanzler Schmidt seine vormalige Auffassung, ein dialektisches Zusammenspiel aus Entspannungspolitik und militärischer Drohgebärde habe das kommunistische Imperium zum Einsturz gebracht. Sensibel registriert der Autor jenes SPIEGEL-Interview, in dem der einstige Prophet der Nachrüstung keinen Zweifel daran lässt, dass nur die Drohung mit einer neuen Rüstungsrunde Gorbatschow zur Aufgabe seines Reiches gezwungen habe.

Hofmann beginnt seine *tour d'horizon* bei frühen Anfängen, die getragen waren von

falschen Hoffnungen oder übertriebener Skepsis: den Nürnberger Prozessen, Hannah Arendts erstem Besuch im Nachkriegs-Deutschland, der Ahlener Programmepisode der CDU oder Wolfgang Koeppens skeptischem Bonn-Roman *Treibhaus*.

Auf der Suche nach einem verlässlichen Maßstab für Zäsuren kehrt er stets zu Willy Brandt zurück, bei dem »ein eigentümlicher Rhythmus von Abschieden und Anfängen sein Leben durchzieht.« Als wolle er den schiefen Eindruck in Schöllgens kritischer Biografie korrigieren, erinnert er an Brandts Bericht der Internationalen Nord-Süd-Kommission aus dem Jahre 1980, der nachdrücklich davor warnte, sich der *einen* Welt zu verschließen. Die Stichworte stehen nach wie vor auf der Agenda: Weltinnenpolitik, Nord-Süd-Dialog, Nachhaltigkeit.

In den Bereich der Legende gehört dagegen die Vermutung, Brandt habe nach dem Mauerfall '89 nochmals – mit 76 Jahren! – Bundeskanzler werden wollen. »Mein Brandt«, so Hofmann, »hat ein schwieriges Leben in einem schwierigen Vaterland geführt. Er ist ebenso oft diffamiert worden, wie er an sich gezweifelt hat. Aber das Wort »Glück« verbinde ich dennoch mit ihm.«

Dass Warhols Brandt in Fischers Amtszimmer hängt, ist für Hofmann mehr als nur eine Mischung aus politischer Verbundenheit und ästhetischer Wertschätzung. Kein Zweifel: Joschka ist für den Autor der späte Enkel Willys geworden. Doch davor waren erst noch andere Anfänge zu wagen, die wehmütig ins Gedächtnis gerufen werden. *Fischer trifft Habermas*. Im Hinterzimmer bei »Dionysos« in Frankfurt-Bockenheim luden der Sozialphilosoph und der grüne Realo Ende der 80er Jahre zum monatlich tagenden Diskussionskreis. Ehe hier das geistige Fundament für ein Bündnis »diesseits der Union« angedacht werden konnte, mussten die Teilnehmer freilich erst noch ihre stille Faszination für Heiner Geissler, Rita Süßmuth und die »CDU-Achtundsechziger« verarbeiten.

Damals ließen sich konservative Reformer gerne mit solchen Etiketten ausstaffieren. Umso wütender machen Hofmann die letztjährigen Nachhutgefechte um Fischers wilde Spontzeit. »Wenn man die »Freiheitsrevolte« von 1968 mit der Nazizeit oder der Stasi vergleicht oder ihn zum wiederholten Mal fragt, was den jungen Joschka denn von einem heutigen Rechtsradikalen unterscheidet, »da krieg ich 'nen Hals«.

Unser Mann von der ZEIT galt bei »Dionysos« als willkommener Bonner *messenger*, der manche skeptische Politikbetrachtung aus der Frankfurter Wissenschaftsecke zu dämpfen verstand. Unvergessen die Schilderung seiner Eindrücke von Honeckers Bonn-Visite vom Fenster nebenan. Als der DDR-Staatsratsvorsitzende den roten Teppich im Kanzleramt betrat, seien sich die Kollegen einig gewesen: »Das hätten die Sozis sicher nie gepackt«. Gemeint war nicht das Zustandekommen des Besuches, sondern die Flexibilität der Schwarzen, derart über den eigenen Schatten gesprungen zu sein.

Dies war gewiss das Verdienst Helmut Kohls, dessen Rolle als Parteireformer Hofmann als Maßstab immer im Hinterkopf behält. Selbst wenn er demnächst ausscheiden werde, habe sich die Bundesrepublik bis heute nicht wirklich von Helmut Kohl verabschiedet. Die stilvolle Negativbilanz könnte auch von einem streng urteilenden Konservativen à la Hennis stammen: »Die Dauer seiner Kanzlerschaft hat den Blick auf weitreichende Metamorphosen verstellt. Die Erosion der Institutionen, der Verfall des Öffentlichen: Das hängt nicht allein, aber es hängt auch mit Kohl zusammen.«

Umso größer die Hoffnung auf einen Anfang, der nicht nur »manches besser« machen möchte. Ob »Berliner Republik«, »Neue Mitte« oder »dritter Weg« – die Erwartungsfreude wird getrübt: »Keine Spur von Modellcharakter«. Nach Kohls Neo-Biedermeier mangelt es immer noch an einer »klaren Begrifflichkeit«, da Schröder auf jedes säkulare Pathos verzichtet und die eigentliche

Zäsur auf einen »Generationswechsel im Leben unserer Nation« reduziert. Doch wer sich nur auf die eigene Generation beruft, wie alte Kriegsteilnehmer, 68er Veteranen oder Kohl bei Gorbatschow, der läuft Gefahr, die Vergangenheit nur als Verklärung oder die Zukunft als Selbstverwirklichung wahrzunehmen.

Dass die Generation Berlin geschichtslos geworden sei, will Hofmann nicht behaupten, auch wenn von der Aufbruchstimmung, mit der die Generation Schröder-Fischer nach Berlin kam, schon rasch nichts mehr zu spüren war.

»Es weht leider kein wirklich kritisches Lüftchen von Seiten der Linken«. Weshalb der Autor sich zu einer Wiederbesichtigung der Ahnengalerie aufmacht und nostalgisch das *Lexikon linker Leitfiguren* durchkramt, 1987 bei einem längst nicht mehr existierenden Verlag erschienen: von A wie Abendroth bis Z wie Arnold Zweig. Doch das Buch erregte schon damals weniger durch die erwartbaren Größen als durch kühne Vereinnahmungen Aufsehen: vom republikanischen Thomas Mann bis zum konziliaren Roncalli-Papst.

Was hat der Linken die Gewissheiten geraubt: »Das Ende des Systemkonflikts, die Kritik der Dissidenten Osteuropas an den Sozialdemokraten, die Zweifel am ewigen Wachstumsversprechen und an der Zukunft der klassischen Arbeitsgesellschaft endlich die faktische De-Nationalisierung der Politik.« Hat die Linke damit abgedankt? Läuft sie Gefahr, von der Modernisierung wegrationalisiert zu werden? Mitnichten, meint Hofmann, und rät, die Nachhaltigkeit zum Maßstab zu machen, also die Grenzen und die Endlichkeit der Natur zu bedenken. Aber genügt dies, um die gesellschaftspolitische Führung im Land zu behaupten?

Derzeit besetzen die Globalisierungskritiker, die unbekanntenen Streiter von ATTAC, unterstützt von LE MONDE DIPLOMATIQUE, die Lehrstelle der Politik: »Die Linke, das ist meine Kritik, hat die »Globalisierung« zum Gegner

erklärt und überall nur Neoliberalismus entdeckt, dabei aber versäumt, den kleinen großen Unterschied zum Neoliberalismus klarzumachen«. Eine Alternative ist nicht in Sicht.

Deshalb kehrt Gunter Hofmann auch am Ende seiner Anatomie – dramaturgisch konsequent – zu Joschka Fischer und Gerhard Schröder zurück. Über deren Neuanfang wird im September entschieden. Aber selbst bei einem frühzeitigen Abschied mag er sich trösten, so schwer dies auch fallen mag, denn »auf die zivile Gesellschaft, die die Bundesrepublik geworden ist, kann man sich oft eher verlassen, als auf viele ihrer Politiker. Im Zweifel regiert sie sich zum Gutteil selber – und gar nicht so schlecht.«

*Gunter Hofmann: Abschiede, Anfänge.*

VERLAG ANTJE KUNSTMANN, Berlin 2002, 380 S., € 24,90.

---

TANJA BUSSE

## **Die Selbsterschaffung der Neuen Mitte**

Franz Walter erzählt  
die Geschichte der SPD

Das kann Franz Walter gut: Geschichte erzählen. Der Göttinger Parteienforscher, der die Welt und die Parteien gern aus ihrem Milieu heraus erklärt, hat sich die SPD vorgeknöpft und berichtet gut lesbar und spannend von ihrem Weg »vom Proletariat zur Neuen Mitte«. Zu diesem Titel hat der Leser zwei Bilder im Kopf, das eines hungrigen und zerlumpten Industriearbeiters, der im Kaiserreich die Revolution erwartet, und das von Bundeskanzler Schröder im ARMANI-Anzug, von denen das zweite vielleicht sogar richtiger ist als das erste. Denn, so schreibt Franz Walter, es waren nie die untersten Schichten, die am schlimmsten verelendeten Gruppen in der Gesellschaft, die zur SPD neigten. Der typische Aktivist und Anhänger der Sozialdemokraten sei gut qualifiziert gewesen, arbeitete oft eher in einem handwerklichen Beruf und habe

durch Bildung und Organisation nach oben gestrebt. Genau wie Gerhard Schröder, der nach dem Krieg dem Hunger näher als dem ARMANI-Anzug gewesen sei. Sein Aufstieg wurde durch die sozialdemokratische Bildungs- und Sozialreform erleichtert.

Mit dieser Politik hat sich die SPD die »neue Mitte« gewissermaßen selbst erschaffen. Genau dieser erfolgreiche Weg vom Rande der Gesellschaft in ihre Mitte könnte aber die Zukunft der Sozialdemokratie schwächen wie kaum eine Ausgrenzung und Verfolgung zuvor. Franz Walter zeigt, wie sich die Sozialdemokraten über 150 Jahre lang treu geblieben sind – und wie sie sich dabei verändert haben. Es ist die Geschichte einer Partei und einer Bewegung, einer Alltagskultur und einer großen Vision. Die Sozialdemokratische Partei wurde immer wieder von starken Politikern streng geführt – »wie ein Diktator« schreibt Walter etwa über den Gründer Ferdinand Lassalle – und doch gibt es wohl keine andere Partei, die über Jahrzehnte hinweg so viel, so offen, so demokratisch gestritten hat. Aber dieser Streit war die logische Folge der inneren Zerrissenheit der SPD und ihrer Vorgänger: Denn immer wieder mussten sich die Sozialdemokraten zwischen Utopie und Realpolitik, zwischen Revolutionshoffnung und Machtanspruch entscheiden. Wie heute die GRÜNEN hat es sie dabei fast zerrissen, und doch haben die Sozialdemokraten gerade daraus ihre Stärke geschöpft.

Dass die SPD so selbstverständlich die Macht in den Händen hält wie heute, ist etwas Neues in der Parteigeschichte. Früher haben sich die Sozialdemokraten nach Niederlagen oft beleidigt zurückgezogen, um sich in der Nische ihres Milieus als bessere Menschen zu fühlen. Das war ihr Schicksal in der Weimarer Republik und auch davor im Kaiserreich. Unter der Herrschaft des deutschen Kaisers und seines Kanzlers Bismarck sprachen die sozialdemokratischen Politiker von der neuen Welt nach der Revolution wie von einer religiösen Verheißung. Die Sozialdemokratie war

eine Art Religionsersatz, sie versprach die Erlösung vom kapitalistischen Übel, und zwar nicht im Himmel, sondern hier – und wenn auch nicht jetzt, so doch ziemlich bald. Doch ganz so ernst wie den Kommunisten war es ihnen nicht mit der sozialistischen Zukunftsgesellschaft. Der Parteiführer August Bebel hat die erträumte Revolution sogar – durchaus etwas abfällig – »großen Kladderadatsch« bezeichnet. Der Ausbau der eigenen Organisation und die ganz banale politische Mitwirkung, Erfolge bei den Wahlen und in der Sozialgesetzgebung – das alles war ihnen wichtiger als Revolution. Der Leidensdruck ist nicht groß genug gewesen, schreibt Walter, und der staatliche Terror gegen die Arbeiterbewegung unter Bismarck nicht so heftig wie etwa im zaristischen Russland. Dennoch war die Zeit der Verfolgung unter den Sozialistengesetzen von 1878 prägend für die deutsche Sozialdemokratie: »Sie wurden verachtet, verfolgt und beleidigt, sie fühlten sich gedemütigt – und das von allen gesellschaftlichen Kräften.«

Das wurde zum Urerlebnis der Sozialdemokraten im Umgang mit sozialen und politischen Gruppen: Seither taten sie sich schwer mit bürgerlichen Bündnispartnern und misstrauten prinzipiell der Charakterfestigkeit deutscher Liberaler. Seither teilten sie die Gesellschaft streng in Gut und Böse auf, in »Wir und die anderen«. »Durch diese Erfahrung der Ausgrenzung entstand das sozialdemokratische Milieu, in das sich die politisierten Arbeiter und Handwerker zurückzogen. Eine eigene Alltagskultur, mit Sport- und Gesangsvereinen, Feiern und Symbolen nur für Sozialdemokraten. Diese autarke Welt der Arbeiterbewegung radikalisierte gerade nicht, sondern dämpfte eher. Die Sozialdemokraten richteten sich im Alltag ein, schreibt Walter, und wurden Vereinsmeier. Das Milieu, »das ganze lebensweltliche Geflecht, das sich um die Partei gelegt hatte und bekanntlich von der Wiege bis zur Bahre reichte«, ist dabei, so analysiert Walter, Kraftquelle und Ghetto zugleich gewesen. Erst der Nationalsozialismus zerstörte diese sozialdemokratische Sonderkul-

tur. Die Wahlen in den 50er Jahren zeigten der SPD, dass sie als Milieupartei keine Chance haben würden.

Es waren die Reformer wie Herbert Wehner, Willy Brandt und Fritz Erler, die die SPD auf den Weg zur Volkspartei brachten – durchaus gegen den Widerstand mancher Parteimitglieder. In dieser Zeit war der Autor des Buches ein kleiner Junge, der verfolgte, wie sein Vater mit dem Großvater über genau diese Fragen debattierte. Der Sohn, Franz Walter, hat sein Leben mit der SPD verbracht – als Mitglied und als Politikwissenschaftler. Auf die Frage, in welcher Epoche er gerne als Sozialdemokrat gelebt hätte, antwortet er: als junger Mensch in der Weimarer Republik. Das waren zwar keine sehr erfolgreichen Jahre für die SPD gewesen, aber in den Reihen der jüngeren Sozialisten sei es sehr lebendig zugegangen.

So wundert es nicht, dass Franz Walters Buch über die SPD – unter Schröder endlich zurück an der Macht – so traurig endet, dass es dem Leser schwer ums Herz wird: »Alles, was die Sozialdemokratie über lange Jahrzehnte charakterisiert hat, ist verschwunden. Vielen Sozialdemokraten ist der Sinn ihres Tuns verloren gegangen. Sie waren erklärte Feinde der Neoliberalen, entschiedene Gegner der Deregulierung, Entstaatlichung und Marktorthodoxie. Kaum eine dieser Forderungen hat heute noch Bestand, vieles, was die Bundesregierung beschlossen oder zumindest verkündet hat, widerspricht den Zielen, für die die Parteiaktivisten so lange gekämpft, für die sie über Jahre hin samstags auf Marktplätzen ihre Tapeziertische aufgestellt und ihre Flugblätter verteilt haben.«

Die neue Mitte ist ein prekärer Ort, meint Franz Walter, gut zum Regieren, mit allen Optionen für die Koalitionsbildung, aber auch blass und visionslos. Zur Zeit schwächelt die alte starke Idee einer besseren Welt sozialdemokratischer Prägung, aber es wäre nicht das erste Mal, dass die Partei sich erneuerte.

*Franz Walter: Die SPD. Vom Proletariat zur Neuen Mitte.* ALEXANDER FEST VERLAG, Berlin 2002, 282 S., 140 Abbildungen, € 24,90.

ALEXANDRA PRZYREMBEL

## Schreiben als Widerstehen

Der neue Essayband  
von Esther Dischereit

Der polemische, oftmals bissige, aber immer mahnende neue Essayband der jüdischen Schriftstellerin Esther Dischereit mutet – so sollte man angesichts einer längst etablierten, vom politischen Establishment wohlwollend geförderten Erinnerungskultur an den Nationalsozialismus meinen – wie ein Anachronismus an. Hätten die geschäftigen Organisatoren des Berliner Holocaust-Mahnmals mit ihrer Werbekampagne in eigener Sache nicht wieder einmal auf die Fallstricke des angemessenen Erinnerns und Mahnens verwiesen. *Mit Eichmann an der Börse* ist die adäquate Antwort auf den völlig daneben geratenen Werbeslogan *Den Holocaust hat es nie gegeben* der Berliner Mahnmal-Betreiber im vergangenen Jahr. Die Geschichte über die Holocaust-Überlebende Rose Rosenberg ist denn auch so beunruhigend, wie ihr Titel vermuten lässt (Obwohl, dies sei am Rande bemerkt, er die Buchhandlung HUGENDUBEL am Kurfürstendamm dazu veranlasste, den Band zunächst in der Wirtschaftsabteilung zu platzieren.):

Rose Rosenberg hat zwei Töchter, Mirele und Hanne. Die ältere Hanne überlebte den Holocaust »zusammengefasst« in einem Kleiderschrank, »bis Eichmann keine Kinder mehr holte«. Seitdem war Frau Rosenberg unruhig geblieben und legte ihre karge Wiedergutmachungsrente in Aktien an. Mirele, die »Nachgeborene«, leidet unter der Unruhe ihrer Mutter, die – nachdem Hanne nach Italien ausgewandert ist – kaum noch zu bändigen zu sein scheint. Aufgrund der gelungenen Verknüpfung von Vergangenem und Gegenwärtigem, körperlichem und seelischem Leid ist die Geschichte über Rose Rosenberg und ihre Töchter einer der herausragenden Beiträge des vorliegenden Bandes.

In dem Band finden sich programmatische Beiträge über die jüngeren und älteren Fauxpas der deutschen Erinnerungskultur,

Episoden und Geschichten aus dem jüdischen Alltag sowie Reflexionen über den Prozess des Schreibens wieder. Über *Aimée und Jaguar* – vor wenigen Jahren zum Kultpaar deutsch-jüdischer Frauenliebe unter dem Nationalsozialismus avanciert – fördert sie eine andere Wahrheit zutage: Dem Motiv der »Judenhilfe« aus Liebe steht Esther Dischereit skeptisch gegenüber. Die Schenkungen, die Felice Schragenheim (*Jaguar*) an ihre Geliebte Lilly Wust (*Aimée*) kurz vor ihrer Deportation machte, lassen diese Vorbehalte mehr als gerechtfertigt erscheinen. Die Texte über den Schriftsteller Jürgen Fuchs, der in den siebziger Jahren der DDR verwiesen wurde, nimmt Esther Dischereit zum Ausgangspunkt ihres Nachdenkens über die Funktion von Literatur in einer Diktatur. Das Schreiben müsse zum Akt des Widerstehens, zur Geste der »Anklage« werden. Dies ist offenkundig auch der Beweggrund ihres eigenen literarischen Schaffens.

Angesichts der Bandbreite der hier verhandelten Themen und Stilmittel ist es fraglich, warum die Beiträge nicht unter den bereits erwähnten Motti – Erinnerung, Politik und Schreiben – zusammengeführt worden sind. Auch eine Einleitung, von den renommierten Literaturwissenschaftlern Sander Gilman und Itta Shedletzky verfasst, hätte das Anliegen Esther Dischereits und ihren Platz in der deutsch-jüdischen Gegenwartsliteratur deutlicher werden lassen. Insgesamt vereinigt der vorliegende Band ein disparates Sammelsurium. Der anklagende Gestus der Essays macht die Lektüre zu einer (vermutlich gewollt) strapaziösen Angelegenheit. Esther Dischereits Lakonie im Hinblick auf ihre jüdische Identität lässt andererseits hoffen, dass wir – die Kinder und Enkel der Täter – bei nächster Gelegenheit auch einmal über uns und unsere Verfehlungen lauthals lachen dürfen.

*Esther Dischereit: Mit Eichmann an die Börse. In jüdischen und anderen Angelegenheiten*, ULLSTEIN BERLIN QUADRIGA, Berlin 2001, 170S., € 17,95.

KLAUS HARPPRECHT

## »Ein unsagbar erbärmliches Gesindel«

### Die Kriegsbriefe Heinrich Bölls

Nein, der Reichtum der Weltliteratur hat sich durch den Druck der beiden dicken Bände mit Heinrich Bölls Briefen aus dem Krieg (1653 Seiten samt Apparat) nicht allzu üppig gemehrt, doch immerhin gewinnen wir Einblick in ein Dokument, das uns die Person des künftigen Nobelpreisträgers und mit ihr ein Stück Zeitgeschichte auf seltsame Weise näherrückt: durch eine fast uferlose Fülle von Liebes- und Klagebriefen aus den Jahren 1939 bis 1945. Liebe zum vielköpfigen Kleinbürger-Clan der Bölls, Liebe zum heimatlichen Köln, das er vor seiner Einberufung kaum je verlassen hat – er kannte weder Berlin noch Hamburg oder Frankfurt –, Liebe vor allem zur Freundin Annemarie Cech, die 1942 seine Frau wurde, Liebe (*last not least*) zu seinem brennenden jung-katholischen Glauben, zu Jesus Christus, mit der auf innigste eins zu werden hoffte, zu Gott, der seine Wege lenkte (was immer er mit den anderen anstellen mochte). Klage bis zur Quengligkeit über die stumpfsinnig-trostlose Monotonie des Kasernenalltags, über die Fremdheit der kartenklopfenden Mannsbilder, mit denen er zusammengepfercht ist, über die verfluchte Uniform, über die »Preußen« in Gestalt von brüllenden Unteroffizieren, über den Militarismus, von dem er in einem heftigen Ausbruch (ohne Rücksicht auf die Mitleser der Zensur) an die Frau schreibt, er »hasse, hasse« ihn »wie nichts auf der Welt, weil er alles andere Hassenswerte in sich enthält«.

Er hätte den Titel des unwilligsten Soldaten im Dienst des »Führers und Obersten Befehlshabers« wohl verdient. Das Militär war für ihn »Knechtschaft«, ja eine »vollkommene Unterdrückung und Abhängigkeit von den primitivsten Kreaturen«, die er fast vom ersten Kriegstag an sechs lange Jahre bis zur Entlassung aus der Gefangenschaft im September 1945 zu erdulden hatte. Nähme

man die lebhaften Schilderungen seiner Leiden wörtlich, dann müssten wir dem angehenden Schriftsteller zubilligen, dass er durch die Hölle ging: »...mir wurde elend vor Trauer, weil ich daran denken musste, wie unsagbar viel Erniedrigung, Schmutz und Elend und Anschauerei, nur Unangenehmes und Unwürdiges ein Soldat ertragen muss, ehe er sich den unbeschreiblichen Strapazen des Krieges aussetzen darf, um dann vielleicht für sein Vaterland zu sterben...«

Er hatte ja recht, und das Mitgefühl mit seiner armen Seele würde uns überwältigen, käme uns nicht in den Sinn, dass ihm – verglichen mit den »Frontschweinen«, die in Russland wahrhaft unsägliche Heimsuchungen erlitten, mit der Not der geschundenen Bevölkerung in den besetzten Gebieten, mit dem Inferno in den Lagern – ein geradezu privilegiertes Geschick zuteil wurde.

Zu Beginn des Krieges in Russland hatte er noch danach gelehzt, dass sich seine »soldatische Sehnsucht« nach der Frontbewährung endlich erfülle. Außerdem träumte er dann und wann den hirnrissigen Nazi-traum von einer kolonialen Existenz im eroberten Osten, der das »Volk ohne Raum« aus seiner Beengtheit befreien würde.

Doch die Berührung mit Osteuropa weckte in ihm allemal nur das Heimweh nach dem vertrauten Westen, nach Köln, ins vertraute Geviert um den Dom. Freilich jammerte und greinte er nicht weniger, wenn er lange Monate in der unmittelbaren Nähe der Freundin, der Frau, dem Elternhaus stationiert war: ein Glück, das nicht vielen Landsleuten zuteil wurde. In Wahrheit überstand er das halbe Jahrzehnt Krieg in einer genialen Vermummung: er verkörperte den Typus des »ewigen Obergefreiten«, der den Teufel tat, sich um eine Beförderung in den Stand der Unteroffiziere oder – wie es Bölls Bildungsstand entsprochen hätte – gar der Offiziere zu bemühen.

Der klassische Obergefreite brauchte in der Tat ein Element des braven Soldaten Schwejk, um sich durchzumogeln: er musste

bereit sein, niedere Arbeiten zu verrichten, obschon er meist auf der Schreibstube hockte; er musste es zu Wege zu bringen, im rechten Augenblick krank zu werden und sich in Schmerzen unkontrollierbarer Herkunft zu winden; er musste genau wissen, mit welchen Mitteln sich ein Fieberanfall erzeugen ließ und er musste sich darauf verstehen, die Daten von Urlaubsscheinen, ja selbst die Zielorte von »Marschbefehlen« zu fälschen.

Wir haben die Talente und Künste der »ewigen Obergefreiten« – der Kritiker spricht hier aus eigener Anschauung – immer bewundert. Sie verlangten starke Nerven, mit denen der empfindsame Heinrich trotz aller Sensibilitäten offensichtlich begabt war. Nur wer von Vorurteilen verstellt ist, wird ihm posthum die kleinen Triumphe der Überlebentechnik ankreiden: er hasste das Militär, er hasste den Krieg, er hasste auch – ohne es jemals *expressis verbis* zu sagen – das Nazi-Regime. Man gönnt ihm von Herzen, dass er friedvolle Monate im schönen Frankreich Quartier beziehen durfte. Seine kleinstädtisch-teutonischen Vorbehalte gegen die Gesellschaft von windigen Herren und leichten Mädchen überwand er rasch, und er litt – obwohl Puritaner bis ins Mark seiner Seele – auch nicht zu sehr unter der skurrilen Aufgabe, einen Soldaten-Puff überwachen zu müssen. Tastend entdeckte er den bäuerlichen Grundcharakter des Nachbarvolkes. Er genoss die Vorzüge des französischen Schwarzmarkts, der vieles bot, das zuhause im Reich für Geld und gute Worte nicht mehr zu haben war. Es gelang ihm, sich schöne Tage in Paris zu beschern, und im übrigen gab er sich dem Kathedralen-Tourismus hin, mit dem sich der gebildete deutsche Soldat gern über die Realität der Okkupation hinwegtröstete.

Er hatte, alles in allem, nicht allzu viel Anlass, sich über sein Kriegsgeschick allzu heftig zu beschweren: umso besser für ihn. Doch auch umso drastischer prägt sich dem Leser – wie auch James Reid – die Wahrnehmung ein, dass Böll sich in seinen Briefen selten der Mühe unterzog, die Menschen zu

schildern, die seine Tage und Nächte teilen. Von den Kameraden schrieb er meist mit hochmütiger Verachtung, als seien sie der letzte Dreck: »ein niederträchtiges, unsagbar erbärmliches Gesindel«. Die Zwangsarbeiter, die er bei einem Bau einer Raffinerie vor den Toren Kölns zu bewachen hat, scheinen ihn nicht viel zu kümmern. Nur mit den Polen in Bromberg und gelegentlich auch mit seinen Quartiersleuten in Frankreich ließ er sich näher ein. Von Juden und ihrem Geschick ist nirgendwo die Rede: vielleicht der Zensur wegen, vielleicht auch nicht.

Es bedrückte ihn, dass er unter den Kameraden so selten einen Christen fand. Er selber war von einem manchmal mystisch glühenden Glaubenseifer durchdrungen (und von einer tiefen Abneigung gegen den Zeitgeist: »Ich hasse alles Moderne unerbittlich, wild und erbarmungslos«). Arbeit für das »Reich Gottes« erhoffte er sich von der Zukunft, und er spürte mit hochgespannten Nerven die »Gegenwart Christi«. »...Ich will das Kreuz tragen«, schrieb er der Freundin in hingebungsvoller Ergriffenheit: »Ich liebe das Kreuz, und ich meine, dass mir dieses Zeichen eingebrannt ist in Herz und Seele«.

Das freilich ist die Sprache missionierender Vorstadt-Kapläne oder einer religiösen Überwältigung, die man eher von empfindsamen Jünglingen kennt. Böll war aber in den Kriegsjahren ein ausgewachsener Mann. Die Berufung zum Schriftsteller zeigt sich in den Briefen durch einige intensive Schilderungen der Landschaft und (selten) durch einige satirische Volten an. Frühreif war er nicht. Die Literatur-Geschichte wird ihn auch kaum als einen der großen Stilisten deutscher Sprache vermerken. Vielleicht hätte er für seine humanitäre Leistung eher den Friedensnobelpreis verdient gehabt.

*Heinrich Böll: Briefe aus dem Krieg 1939-1945. Zwei Bände. Hrsg. und kommentiert von Jochen Schubert. Mit einem Vorwort von Annemarie Böll und einem Nachwort von James H. Reid. VERLAG KIEPENHEUER & WITTSCH, Köln 2001, 1963 S., € 65,90.*

## Autorinnen und Autoren

**Claudia Aldenhoven**, geb. 1964, ist Biologin und lebt als Wissenschaftsjournalistin in Berlin.

**Ulrich Baron**, geb. 1959, früherer Literaturredakteur der Tageszeitung *DIE WELT*, lebt als freier Publizist in Hamburg.

**Tanja Busse**, geb. 1970, freie Publizistin, lebt in Berlin.

**Herta Däubler-Gmelin**, geb. 1943, seit Oktober 1998 Bundesjustizministerin.

**Klaus Faber**, geb. 1940, Anwalt in Potsdam, früherer Staatssekretär im Kultusministerium von Sachsen-Anhalt.

**Günter Franzen**, geb. 1947, Schriftsteller, lebt in Frankfurt/M.

**Winfried Hamann**, geb. 1950, ist Vorstand der *BÜRGERSTADT AG* und Mitglied des Lenkungsausschusses des *STADTFORUM BERLIN*.

**Bernd Holznagel**, geb. 1957, Professor für Staats- und Verwaltungsrecht an der *WESTFÄLISCHEN-WILHELMS-UNIVERSITÄT* Münster.

**Dorothee Knab** lebt als freie Lektorin in Berlin.

**Albrecht von Lucke**, geb. 1967, Jurist und Politologe, lebt als Publizist in Berlin.

**Johann Baptist Metz**, geb. 1928, lehrte von 1963 bis 1993 Fundamental-Theologie an der *WESTFÄLISCHEN-WILHELMS-UNIVERSITÄT* Münster, gilt als der Begründer der »Politischen Theologie«.

**Martha C. Nussbaum**, geb. 1947, Professorin für Philosophie an der *SCHOOL OF LAW* der University of Chicago.

**Alexandra Przyrembel**, geb. 1965, M.A., promoviert an der *TU* Berlin.

**Margot von Renesse**, geb. 1940, Richterin a. D., SPD-MdB, Vorsitzende der Enquête-Kommission Recht und Ethik der modernen Medizin.

**Ludwig Siep**, geb. 1942, seit 1986 Professor der Philosophie und Direktor des Philosophischen Seminars der *WESTFÄLISCHEN-WILHELMS-UNIVERSITÄT* Münster.

**Jochen Thies**, geb. 1944, Sonderkorrespondent des *DEUTSCHLANDRADIO* Berlin.

**Ludwig Watzal**, geb. 1950, Redakteur der *PARLAMENTS-Beilage AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE*.

**Franziska Wodarz** ist Medizinstudentin und lebt in Berlin.

Das Thema unseres Mai-Heftes:  
**Die Globalisierung und ihre Gegner**

Mit Texten von Gerhard Schröder, Johano Strasser, Kersten Knipp, sowie Gesprächen mit Susan George von ATTAC, Wolfgang Kraushaar und Dieter Rucht.



une mondialisation  
**solidaire**

Foto: Reuters/Yves Herman

# Die Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte

Herausgegeben für die *Holger Börner, Klaus Harpprecht,*  
Friedrich-Ebert-Stiftung von *Carola Stern und Hans-Jochen Vogel*

**Redaktion** *Peter Glotz (Chefredakteur)*  
*Norbert Seitz (verantwortlich)*  
*Sonja Thränert (Assistenz)*  
*Elke Schubert (Berliner Facetten)*

**Redaktionskreis** *Tilman Fichter, Wieland Freund, Rainer*  
*Münz, Burkhard Reichert, Hans-Joachim*  
*Schabedoth, Uli Schöler, Dierk Spreen,*  
*Tina Stadlmayer und Johano Strasser*

**Redaktionsbeirat** *Frank Benseler, Jürgen Burckhardt,*  
*Gottfried Erb, Iring Fetscher,*  
*Horst von Gizycki, Martin Greiffenhagen,*  
*Norbert Greinacher, Tomas Kosta,*  
*Ferdinand W. Menne, Thomas Meyer,*  
*Susanne Miller, Siegmar Mosdorf,*  
*Peter von Oertzen, Richard Schröder,*  
*Wolfgang Thierse und Christoph Zöpel*

**Anschrift der Redaktion** c/o Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin  
Hiroshimastraße 17, 10785 Berlin  
Telefon 030 / 26 93 58 18-21  
Telefax 030 / 26 93 58 55  
[www.frankfurter-hefte.de](http://www.frankfurter-hefte.de)

**Verlag und Anzeigenverwaltung** Verlag J.H.W. Dietz Nachfolger GmbH  
Dreizehnmorgenweg 24, 53175 Bonn  
Telefon 02 28 / 23 80 83  
Telefax 02 28 / 23 41 04

**Anzeigenpreisliste**  
Nr. 27 vom 1.1.2000

**Anzeigenverwaltung:**  
*Susanna Weineck*

**Umschlag- und Innenkonzept**  
Groothuis + Malsy, Bremen

**Satz und Lithografie:** Maerken Kommunikation GmbH, Köln  
**Druck und Verarbeitung:** satz + druck gmbh, Düsseldorf

## **Bezugsbedingungen**

Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte erscheint monatlich wobei die Hefte 1/2 und 7/8 im Januar bzw. Juli als Doppelheft erscheinen. Bezug durch den Buch- und Zeitschriftenhandel oder den Verlag. ISSN 0177-6738

Einzelheft € 7,60 frei Haus;

Doppelheft € 15,10 frei Haus;

Jahresabonnement € 50,60 frei Haus.

Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Kalenderjahr, wenn die Kündigung nicht bis zum 31. Oktober erfolgt (Lieferende mit Heft 12).

In den Bezugspreisen sind 7 % Mehrwertsteuer enthalten.